

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Dieter Nohlen

Politischer Wandel
durch Wahlen:
Der Fall Uruguay

Ernst-J. Kerbusch

Die Bedeutung von Wahlen
in Lateinamerika

Boris Goldenberg

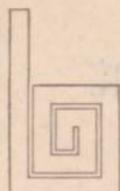
Chiles Weg zum Sozialismus

B 48/71

27. November 1971

Dieter Nohlen, Dr. phil., geb. 1939, Studium der Geschichte, Romanistik und Politischen Wissenschaft, Lehrbeauftragter und Leiter des Forschungsprojektes „Wahl der Parlamente“ am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg; Mitarbeiter des Instituts für Internationale Solidarität; z. Z. Forschungsaufenthalt in Lateinamerika, Dozent an der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (FLACSO) in Santiago de Chile.

Veröffentlichungen u. a.: Spanischer Parlamentarismus im 19. Jahrhundert, Meisenheim/Glan 1970; Begriffliche Einführung in die Wahlsystematik sowie zahlreiche Beiträge in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, hrsg. von Dolf Sternberger und Bernhard Vogel, Red. Dieter Nohlen, Band I, Europa, Berlin 1969; Wahlen in Deutschland, Berlin und New York 1971 (zusammen mit Bernhard Vogel und Rainer-Olaf Schultze); Die Bundestagswahl in wahlstatistischer Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51—52/69 (zusammen mit Rainer-Olaf Schultze); Chile vor den Präsidentschaftswahlen. Westliche Demokratie und sozialer Wandel in Lateinamerika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35—36/70; in Vorbereitung: Las elecciones chilenas del 70 (zusammen mit Genaro Arriagada Herrera).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Ernst-J. Kerbusch, Dr. rer. pol., Wissenschaftlicher Assistent im Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln, geb. am 22. Mai 1943 in Rheydt.

Veröffentlichungen u. a.: Kollegiale Exekutive in Uruguay. Ein gescheitertes Experiment, Jahrbuch Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Köln 1967; Uruguay in der Verfassungskrise, Jahrbuch Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Köln 1969; Das uruguayische Regierungssystem. Der Zweite Colegiado 1952—1967, Köln 1971.

Boris Goldenberg, Dr. phil., geb. 1905 in Leningrad. Nach dem Studium der Soziologie, Neueren Geschichte und Philosophie an den Universitäten Berlin, Freiburg und Heidelberg 1929 Promotion; 1941—1960 in Havanna; 1960—1963 in London; von 1964 bis zur Pensionierung im September 1971 Leiter der Lateinamerika-Abteilung der Deutschen Welle, Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Lateinamerika und die kubanische Revolution, Köln-Berlin 1963; Gewerkschaften in Lateinamerika, Hannover 1964; Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1971.

Politischer Wandel durch Wahlen: Der Fall Uruguay

Ein Jahr nach dem Wahlsieg des marxistischen Kandidaten Salvador Allende bei den chilenischen Präsidentschaftswahlen steht für die Republik Uruguay eine Wahlentscheidung an, die für das Land wie für den Subkontinent ähnliche Bedeutung haben könnte wie die chilenische Wahl¹⁾. Am 28. November 1971 werden in Uruguay sämtliche politischen Mandate erneuert. Die wichtigste Wahl ist die des Präsidenten des Landes; aber auch die Senats- und Abgeordnetenhauswahlen haben im politischen System Uruguays große Bedeutung. Daneben werden noch die Provinzvertretungen und die Intendanten der Städte bzw. Departements neu bestellt.

Zum erstenmal in der Geschichte des Landes bewirbt sich bei den kommenden Wahlen eine Parteienkombination, die Volksfrontcharakter hat und die das Parteiensystem des Landes grundlegend verändern wird. Verschiedene politische Gruppen, die bislang keine besondere Rolle in der uruguayischen Politik gespielt haben, haben sich — angeführt von der Christlich-demokratischen Partei — zur Frente Amplio (Breite Front) zusammengeschlossen und bilden eine gänzlich neue Alternative eines bislang traditionell auf zwei große poli-

tische Gruppierungen, Colorados und Blancos, auch Nationale genannt, festgelegten Parteiensystems.

Die Frente Amplio versucht, mittels demokratischer Wahlen das Mandat zur Durchführung eines Programms zu erhalten, das den politischen und sozialen Wandel eines von einer tiefen Krise betroffenen Landes einleiten will. Wiederholt sich möglicherweise innerhalb von 15 Monaten eine in Chile gemachte Erfahrung, daß sozialrevolutionäre Bewegungen unter Beachtung der Spielregeln der bürgerlichen

Ernst-J. Kerbusch

Die Bedeutung von Wahlen in Lateinamerika S. 23

Boris Goldenberg

Chiles Weg zum Sozialismus S. 37

Demokratie die politische Macht gewinnen können? Welches sind die sozio-ökonomischen und politischen Voraussetzungen und Möglichkeiten des Falles Uruguay? Welche Bedeutung kommt ihm in lateinamerikanischer Perspektive zu?

Uruguay, ein lateinamerikanisches Land

Während vieler Jahrzehnte hat Uruguay, das heute etwa 2,8 Millionen Einwohner zählt, eine viel gerühmte Ausnahme unter den lateinamerikanischen Ländern dargestellt. Vielfach mit der Schweiz und ihrer besonderen Entwicklung in Europa verglichen, vermochte das Land im politisch und sozial bewegten, von Revolutionen verschiedenster Observanz erschütterten Subkontinent ein stabiles politisches System aufzubauen und eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung zu erlassen, die ihm den Titel des ersten Wohlfahrtsstaates La-

teinamerikas einbrachten¹⁾. Seit 1830 unabhängig, gelangte Uruguay bereits mit Beginn unseres Jahrhunderts zur Einrichtung eines Parteiendualismus zweier Parteien, die ohne Interventionen der bewaffneten Streitkräfte die Politik des Landes bestimmten²⁾.

¹⁾ Alberto Zum Felde, *Proceso histórico del Uruguay*, 5. Aufl., Montevideo 1967, S. 82 ff.; George Pendle, *Uruguay. South America's First Welfare State*, 3. Aufl., London—New York—Toronto 1963, S. 2 ff.

²⁾ In vergleichender lateinamerikanischer Perspektive dazu allgemein: Edwin Lieuwen, *Arms and Politics in Latin America*, New York 1961; John Johnson, *Militares y sociedad en América latina*, Buenos Aires 1966.

^{*)} Der Autor dankt den Herren Juan Pablo Corlazzi, Arnold Klausmeier und Brian Palmer, alle Montevideo, für die freundliche Hilfe bei der Materialbeschaffung.

Heute dagegen ist Uruguay ein „lateinamerikanisiertes“ Land, gekennzeichnet wie seine Nachbarn durch wirtschaftliche Stagnation, Inflation und außenwirtschaftliche Abhängigkeit. Es hat den sozio-ökonomischen Kontext des Subkontinents nicht verlassen und scheint eher noch tiefer als andere Länder Lateinamerikas von den Merkmalen und Auswirkungen der Unterentwicklung betroffen. Es konnte nicht ausbleiben, daß die ökonomischen Probleme und die ungerechten Sozialstrukturen Uruguay auch in politisch-ideologischer Hinsicht und in den Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens nach Lateinamerika zurückführten. Repression von oben und violencia, Gewalt von unten, traten in den Vordergrund der Politik. Das Auftauchen der revolutionären städtischen Untergrundbewegung der Tupamaros und ihre spektakulären Aktionen haben auch die Weltöffentlichkeit rasch ein sehr verändertes Bild von der uruguayischen Wirklichkeit gewinnen lassen.

Die Analyse dieser Wirklichkeit muß davon ausgehen, daß zwischen politischem System, politischen Traditionen und Verhaltensweisen eines Landes einerseits und sozio-ökonomischer Entwicklung andererseits ein enger Zusammenhang besteht. Wenn wir die Grundlagen und Strukturen der uruguayischen Politik beurteilen wollen, haben wir heute — von sozio-ökonomischen Problemen ausgehend — teilweise neue Kriterien anzulegen, die auch die in vielen Jahrzehnten entwickelte politische Kultur des Landes unter anderem Licht erscheinen lassen.

Die Basis für eine zunächst den Rahmen Lateinamerikas sprengende gesellschaftliche und politische Entwicklung Uruguays bildete in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts die wenig kapitalintensive und mit geringer Technologie auskommende Landwirtschaft³⁾. Boden und Klima begünstigten die von staatlicher Seite geförderte Produktion, die im funktionierenden System der internationalen Arbeitsteilung hohe Exportüberschüsse abwarf. Die ökonomische Expansion ging einher mit einer zielbewußten Modernisierung des Landes in sozio-kultureller, politisch-institutioneller und sozialer Hinsicht. Relativ frühzeitig wurde die

politische Macht demokratisiert⁴⁾, erfolgte die Integrierung der Mittelschichten und wurde eine fortschrittliche Sozialpolitik durchgeführt (Achtstundentag, Mindestlöhne für Landarbeiter, Arbeitsunfallgesetz, Schutzbestimmungen bei Frauenarbeit etc.), die ein spezifisches Merkmal der uruguayischen sozio-politischen Entwicklung geblieben ist⁵⁾. Während der Periode hoher Exporte bildete sich das Kapital und auch der Markt für eine dynamische Industrialisierung, die Basis eines qualitativen Umschlags der Wirtschaft von der Periode des „Wachstums nach außen“ zur Periode des „Wachstums nach innen“⁶⁾.

Dieser Wandel in der Wirtschaftsorientierung ergab sich in Uruguay indes bald zwangsläufig als Folge des Preiseinbruchs bei den landwirtschaftlichen Produkten während der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre. In dieser Krise zeigte sich nicht nur, daß das Kapitalaufkommen der uruguayischen Wirtschaft als Produzent von Primärgütern vollkommen vom Weltmarkt abhängig war, sondern vor allem, daß der Verfall der Preise die inländische Produktion entscheidend bestimmte. Die Exportleistungen der uruguayischen Landwirtschaft aus den Jahren 1925 bis 1930 wurden seither nicht mehr erreicht.

Während jedoch die Produktion landwirtschaftlicher Güter stagnierte, entwickelte sich die „importsubstitutive Industrialisierung“⁷⁾ zum Eckpfeiler des wirtschaftlichen Wachstums. Der Wert der industriellen Produktion stieg in den Jahren von 1936 bis 1955 um einen jährlichen Mittelwert von 6,5 Prozent⁸⁾. Doch blieb die Industrietätigkeit wesentlich auf die Befriedigung des — für die moderne Techno-

⁴⁾ Die Verfassung vom 3. Januar 1918 führte das Männerwahlrecht ein. Die Altersbegrenzung betrug 18 Jahre. Etwa 20 Prozent der Bevölkerung war effektiv wahlberechtigt.

⁵⁾ Die frühe Sozialpolitik erhält allerdings heute einen anderen Bewertungssakzent. Sie ist entwicklungshemmend. Zu den Lasten, die der „Wohlfahrtsstaat“ von einst heute ökonomisch bedeutet, liegt noch keine detaillierte Untersuchung vor. Die Problematik durchzieht jedoch fast sämtliche Literatur zur gegenwärtigen Unterentwicklung des Landes.

⁶⁾ Comisión Económica para América Latina (CEPAL), El pensamiento de la CEPAL, Santiago 1969, S. 13 ff.

⁷⁾ Zu den Perioden der Wirtschaftsentwicklung Lateinamerikas und ihrer Kennzeichnung siehe ebenfalls den angegebenen Bericht der CEPAL.

⁸⁾ Nicolás Reig, La latinoamericanización del Uruguay, in: Begú/Benevenuto/Buno u. a., El Uruguay en la conciencia de la crisis, Montevideo 1971, S. 191 ff., hier S. 209.

³⁾ Zur ökonomischen Entwicklung Uruguays siehe die Veröffentlichungen des Instituto de Economía de la Universidad de la República, u. a.: El proceso económico del Uruguay, Montevideo 1969; Uruguay: Estadísticas Básicas, Montevideo 1969; Estudios y Coyuntura, bisher 2 Hefte, Montevideo 1970, 1971.

logie im übrigen zu kleinen — eigenen Marktes beschränkt. Nur zehn Prozent der Produktion gingen in den Export.

Die sozio-ökonomische Entwicklung auf der Basis importsubstitutiver Industrialisierung reichte aber aus, um die städtische Arbeiterschaft, die im industriellen Sektor seit 1930 von 77 000 bis 1960 auf 207 000 anstieg, in das politische System zu integrieren. Was die Wirtschaft nicht an zur Verfügung stehender Arbeitskraft absorbieren konnte, fing der Staat durch Erweiterung des Verwaltungsapparats auf. Er erzielte damit einen politisch zunächst unbestrittenen positiven Effekt. Solange nur das Wirtschaftswachstum nachkam, konnten die traditionellen staatstragenden Parteien die Bedürfnisse ihrer Klientel weitgehend befriedigen und eine breite Mittelschicht schaffen, die vital an der Stabilität des eingerichteten politischen Systems interessiert war. Die staatliche Bürokratie, die in enger Interessenverbindung mit den traditionellen Parteien verblieb, wurde dabei zur entschiedensten Stütze gegen revolutionäre Ideen und Bewegungen auf der Linken ⁹⁾.

Die sozio-politischen Kriterien und Bedingungen einer aufgeblähten Verwaltung, die weder Stellenpläne noch Laufbahnen kannte, wandelten sich, als die Wirtschaft seit 1956 zu stagnieren begann. Die in der staatlichen Verwaltung unkündbaren Posten, die 1961 21,1 Prozent der aktiven Bevölkerung umfaßten ¹⁰⁾, banden wichtige Arbeitskraft in für die Volkswirtschaft weniger produktiven Beschäftigungen und belasteten eine Wirtschaft, deren jährliche Zuwachsrate sich dem Nullwert näherte, ja ins Minus ging ¹¹⁾. Da sich einerseits — anders als in der landwirtschaftlichen Krise zu Beginn der dreißiger Jahre — kein neues Feld zeigte, in dem wirtschaftliches Wachstum erzielt werden konnte, und andererseits — als Folge davon — die distributiven Fähigkeiten des Staates, die vordem wachstums- und so-

zialpolitisch regulierend gewirkt hatten, nachließen, schien die sozio-ökonomische Innovationskapazität des politischen Systems erschöpft.

Seit 1956 ist die uruguayische Volkswirtschaft in erster Linie durch Stagnation der Industrie und Rückgang der Agrarproduktion gekennzeichnet. Weder kann der Konsumbedarf des Inlandsmarktes durch die nationale Produktion gedeckt werden noch ist die Agrarproduktion in der Lage, hohe Exportgewinne zu erzielen. Bezogen auf den Kopf der Bevölkerung ist die landwirtschaftliche Produktion im Jahre 1970 um 10 Prozent geringer als 1966 und um 15 Prozent geringer als 1955. Der Indexwert für 1968 beträgt 86 bei 100 als Mittelwert der Agrarproduktion der Jahre 1952 bis 1956 ¹²⁾. Die landwirtschaftlichen Produkte stellen nach wie vor 90 Prozent der uruguayischen Exporte dar.

Zu den weiteren Kennzeichen der Wirtschaftslage gehören u. a. eine negative Zahlungsbilanz, eine hohe Auslandsverschuldung und enorm hohe Inflationsraten, die vor allem die kleinen Lohn- und Gehaltsempfänger und die Rentner treffen und die ungerechte Einkommensverteilung verstärkt haben. Über die Hälfte der etwa 300 000 Funktionäre der öffentlichen Verwaltung büßten ihren früheren Lebensstandard ein und erreichen nur noch ein Realeinkommen von 30 bis 40 Prozent bezogen auf den Wert von 1957 ¹³⁾.

Die Regierung Pacheco Areco hat seit 1968 versucht, durch ein Bündnis mit den die Wirtschaft beherrschenden Personen in Banken und Handel eine Politik der Stabilität zu betreiben — unter Einfrierung der Löhne und Preise und unter drastischer Beschränkung der politischen und gewerkschaftlichen Freihei-

⁹⁾ Vgl. hierzu Carlos H. Filgeira, *Burocracia y clientela: Una política de absorción de tensiones*, in: *Uruguay — Poder, Ideología y clases sociales*, Montevideo 1970, S. 75 ff.

¹⁰⁾ Aldo Solari, *Estudios sobre la sociedad uruguaya*, Montevideo 1964, 2 Bde., Bd. 1, S. 136. Die Ausweitung der Verwaltung nach absoluten Zahlen hat folgendes Bild: 1938: 58 000, 1955: 170 000, 1959: 193 000. Siehe Lilliana de Rez, *Ejército y política en Uruguay*, in: *Uruguay — Poder, ideología y clases sociales*, a. a. O., S. 111 ff., hier S. 119 f.

¹¹⁾ Für die Periode von 1965 bis 1968 weist die CEPAL-Statistik einen Wert von -0,8 aus. Angaben nach *Panorama Economico*, 261, Mai 1971, Santiago, S. 29.

¹²⁾ Nach einer Statistik der FAO, in welcher Uruguay als letztes lateinamerikanisches Land rangiert, das als einziges unter dem Index von 1952—1956 liegt. Angabe nach CENADEC, *Situación Socio-Economica del Uruguay*, hekt., Montevideo 1970, S. 6. Leichter zugängliche Statistiken findet der Leser im Prebisch-Bericht: Raúl Prebisch, *Transformación y desarrollo, la gran tarea de la América latina*, Mexico 1970, hier vor allem die Tabellen A 13, A 14, A 27, A 37 und die Grafik A 5.

¹³⁾ Siehe Roque Faraone, *El Uruguay en que vivimos (1900—1968)*, Montevideo 1968, S. 137. Der Preisindex stieg von 1953 = 100 auf 1965 = 2395, die Lebenshaltungskosten im Jahre 1967 erhöhten sich um 137 Prozent, siehe *Marcha*, Nr. 1408, vom 28. 6. 1968. Die Daten für 1969—1970 sind zu entnehmen aus Instituto de Economía, *El fin de la estabilización*, *Estudios y coyuntura* Heft 2, Montevideo 1971, S. 64 u. passim.

ten¹⁴⁾. „Damit veränderten sich die Verhältnisse in Uruguay substantiell ... Der Ausgleich, der Dialog, die friedliche Schlichtung von Konflikten wurden ersetzt durch Repression, ... Einsperrung von Gewerkschaftsführern, schlimmste Zensur der freien Meinungsäußerung, Gewalt und Tote“¹⁵⁾, ohne daß eine

Situation erreicht wurde, die Hoffnung auf ein zukünftiges Wachstum eröffnet¹⁶⁾. Unter veränderten sozio-politischen Voraussetzungen wird die neue Regierung, die aus den Wahlen von 1971 hervorgehen wird, vor den gleichen Problemen stehen wie die gegenwärtige Regierung zu Beginn ihrer Amtszeit¹⁷⁾.

Parteien und Politik

Das uruguayische Parteiensystem wird von zwei großen Gruppierungen bestimmt, den Colorados und den Nationalen. Beide Parteien, die auf das 19. Jahrhundert zurückgehen¹⁸⁾, weisen „weder eine einheitliche Organisation noch ... sonstige Kennzeichen auf, die sie jeweils als Einheit charakterisierten. Im politischen Alltag greifbar sind sie nur in der Gestalt vieler fraktionalistischer Klubs und Gruppen, deren Interessen stark divergieren können“¹⁹⁾. Die Klubs bilden sich in aller Regel um politische Persönlichkeiten, die zumeist selbst die politischen Entscheidungen der Gruppe fällen. Der überstarke Personalismus verhinderte, daß Sachprogramme in der uruguayischen Parteipolitik große Bedeutung erhielten. Deshalb lassen sich die beiden großen

Gruppierungen kaum programmatisch, sondern eher von den Interessen und der sozialen Schichtung ihrer Anhänger unterscheiden — Merkmale, die allerdings nur global zutreffen. Die Vielfalt der durch das personalistische Moment bewirkten Verschränkungen läßt nur eine sehr relativierende Charakterisierung der uruguayischen Parteien zu.

Die Nationalen stützen sich wesentlich „auf Teile des städtischen Kleinbürgertums, der oberen Mittelklasse und der ländlichen Oberklasse“²⁰⁾. Ihre stärkere Position auf dem Lande wird ihrer etwas konservativ-agrarischeren Orientierung gerecht. Stadt und Land, städtische Mittelklasse und ländliche Oberklasse, bedingen einen gewissen Gegensatz, den man als Basis für zwei Grundströmungen innerhalb der Nationalen, den „Herrerismo“ und den „Nacionalismo independiente“, bezeichnen könnte. Die Colorados sind weniger agrarisch als die Nationalen und haben vor allem dank der früheren staatlichen Sozialpolitik in der Industriearbeiterschaft Fuß fassen können. In ihren Reihen spielt der Gegensatz zwischen „colegialistas“ und „presidencialistas“, den Anhängern des kollegialistischen Regierungssystems nach Schweizer Muster und denen des präsidentiellen Regierungssystems, noch immer eine Rolle — in früheren Jahrzehnten bestimmte er die innerparteiliche Gruppenbildung²¹⁾. Er wird nur langsam von Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Hintergrund gedrängt. Es kann einerseits nicht unberücksichtigt bleiben, daß viele längst der Vergangenheit angehörende Divergenzen zwischen Colorados und Nationalen heute noch nachwirken und die Parteipräferenz gro-

¹⁴⁾ Diese Politik geht zurück auf ein Gutachten des Internationalen Weltwährungsfonds, dessen Leitlinien sich die Regierung zu eigen machte und die die kapitalistischen Länder moralisch unterstützten; siehe Camara de Representantes, Comisión de Hacienda, Ley de emergencia, Carpeta 324, XI, Juli 1967.

¹⁵⁾ Instituto de Economía, El fin de la estabilización, a. a. O., S. 92.

¹⁶⁾ Ebenda, S. 94.

¹⁷⁾ Zu den Perspektiven wirtschaftlicher Entwicklung in den Jahren 1971 und 1972 siehe ebenda, S. 98 ff.

¹⁸⁾ Zu den Anfängen der Parteien siehe Juan E. Pivel Devoto, Historia de los partidos y de las ideas políticas en el Uruguay, bisher 2 Bde., Montevideo 1956. Zur Geschichte der Colorados in der für die Modernisierung des Landes wichtigen Zeit siehe Göran Lindahl, Uruguay's new path, Stockholm 1960. Die kenntnisreiche Studie wurde jüngst ins Spanische übersetzt und ist unter dem Titel: Batlle, Fundador de la democracia en el Uruguay, Montevideo 1971, erschienen.

¹⁹⁾ Hans-Jürgen Puhle, Politik in Uruguay. Einige Bemerkungen zum uruguayischen Parteien- und Verfassungssystem, Sonderheft 1 der Vierteljahresberichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover o. J., S. 33. Die Untersuchung von Puhle ist die gegenwärtig beste deutschsprachige Einführung in das uruguayische politische System. Sie ist mit sehr viel Verständnis für die speziellen Eigenarten der Politik in Uruguay geschrieben.

²⁰⁾ Ebenda, S. 35.

²¹⁾ Die gegenwärtige Verfassung von 1967 ist präsidentiell. Sie löste die Verfassung von 1952 ab, die eine kollegialistische Führungsspitze kannte. Zur Verfassungsgeschichte siehe Republica Oriental del Uruguay, Secretaría del Senado: La constitución de 1967. Proceso constitucional del Uruguay hasta la reforma de 1967, Montevideo 1969.

ber Teile der Wählerschaft unverändert prägen; andererseits sind die Grenzen zwischen beiden Parteien heute teilweise fließend, wie die Entwicklung der ruralistischen Bewegung zeigt, die als agrarische Mittelstandsbewegung zunächst innerhalb der Nationalen zu politischen Ämtern aufstieg, sich mehr und mehr mit den Colorados liierte und gegenwärtig über die Person des Landwirtschaftsministers Bordaberry an der Colorado-Regierung teilhat. Die Pacheco-Areco-Regierung eines Sektors der Colorados findet bei einer Gruppe der Nationalen Unterstützung. Diese Bündnisse über die Grenzen der politischen Parteien hinweg entsprechen der klassen- und interessenmäßigen Mischstruktur der beiden großen Gruppierungen.

Es würde hier zu weit führen, die einzelnen Gruppen und Tendenzen zu nennen²²⁾. Innerhalb eines unermüden Prozesses von befristeten Absprachen, Neuorientierungen und Standortwechseln der politischen Gruppenführer verdient allerdings erwähnt zu werden, daß sich innerhalb von Nationalen und Colorados auch in den sechziger Jahren fortschrittliche, sozialreformerische Vorstellungen und Gruppen entwickelten. Anders als in der Epoche der großen Modernisierung unter José Batlle y Ordóñez erhielten sie keine Mehrheit, sondern gingen im Konglomerat widersprüchlichster politischer Ideen, das die traditionellen Parteien darstellen, unter.

Wesentlich größere programmatische Konsistenz zeigen die kleinen Parteien der Mitte und der Linken: Christliche Demokraten, Kommunisten und Sozialisten. Doch ahmten vor allem die marxistischen Parteien durch Bündnisse mit anderen revolutionären Gruppen die innerparteiliche Praxis der großen Parteien nach. Während die Sozialisten darin scheiterten — Versuch einer Unión Popular bei den Wahlen von 1962 — und sich vor allem seither von einer ursprünglich sozialdemokratischen Partei so weit nach links entwickelten, daß sie sich der sozialistischen Front der OLAS anschlossen und die These von der nur gewaltsam möglichen Revolution in Lateinamerika übernahmen²³⁾, ging das Bündnis der Kommu-

nisten mit der linken Befreiungsfront „FIDEL“ (Frente de Izquierda de Liberación) nicht ungünstig aus. FIDEL erzielte bei den Wahlen von 1962 3,6 und bei denen von 1966 5,7 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Kommunisten, die unter ihrem Führer Rodney Arismendi die Macht innerhalb von FIDEL ausübten, entwickelten sich so zur stärksten der kleinen Parteien, die sich durch Organisation und Disziplinen sowie durch ihre Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung und an den Universitäten hervorhebt. Bemerkenswert ist, daß die marxistischen Parteien in Uruguay nie zu einem Bündnis zusammengefunden haben, sehr zum Unterschied von Chile, wo Kommunisten und Sozialisten trotz großer ideologischer Differenzen und Spannungen untereinander seit 1938 stets ein Wahlbündnis zustande brachten²⁴⁾.

Die Christdemokraten, die der Unión Cívica del Uruguay nachfolgten, vereinen heute den politischen Linkskatholizismus in ihren Reihen. Sie setzen strategisch dabei auf die sozial fortschrittliche Entwicklung der Kirche. Rechte, konservative Kräfte haben die ideologisch stark an der chilenischen Christdemokratie orientierte junge Partei unter der heutigen Führung von Juan Pablo Terra in zwei Etappen verlassen und ihr zu größerer innerer Geschlossenheit verholfen²⁵⁾. Die Ausgetretenen bildeten im Jahre 1963 zunächst das Movimiento Cívico Cristiano (Bürgerlich-christliche Bewegung), das sich 1971 mit der zweiten Abspaltung zur Unión Radical Cristiano (Radikale Christliche Union) zusammenschloß.

Vergleicht man die Wahlen seit 1925, so zeigt sich, daß die traditionellen Parteien stets über 83 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich haben vereinigen können. Keine der Gruppen außerhalb von Colorados und Nationalen erreichte jemals über 6 Prozent der Stimmen.

Das Parteiensystem ist außerordentlich stabil. Die Wählerschaft hat trotz der ökonomischen Misere und trotz der viel beschworenen Krise

²²⁾ Zum Stand von 1967 siehe Hans-Jürgen Puhle, Politik in Uruguay, a. a. O., S. 34 ff.

²³⁾ OLAS, Organización Latinoamericana de Solidaridad, eine 1967 in Havanna/Kuba gegründete Vereinigung aller sozialistischen Parteien Lateinamerikas, die den gewaltsamen Weg der Revolution als den allein richtigen ansehen. Siehe OLAS, 1^{re} conférence de l'organisation latino-américaine, Paris 1967.

²⁴⁾ Dafür ist sicherlich der Wahlerfolg der Volksfront unter Pedro Aguirre Cerda aus dem Jahre 1938, in dessen Folge Kommunisten und Sozialisten bei den Parlamentswahlen von 1941 einen Durchbruch erzielten, ausschlaggebend gewesen. Dazu J. R. Stevenson, The Chilean Popular Front, University of Pennsylvania Press, 1942.

²⁵⁾ Zum Gedankengut der uruguayischen Christdemokratie siehe Juan Pablo Terra, Mística, desarrollo y revolución, Montevideo 1969, und ders., Del pachequismo al Frente Amplio, Montevideo 1971.

Tabelle 1:

Stimmen der Parteien bei den Wahlen von 1925 bis 1966 nach Prozent ²⁶⁾

Jahr	Colorados	Nationale	Zusammen	Kommunisten	Sozialisten	Christdemokraten	Andere
1925	49,1 *)	45,1	94,2	1,2	0,6	1,0	2,1
1928	49,0	48,3	97,3	1,2	—	0,3	1,2
1931	44,8 *)	43,3	88,1	2,0	1,8	2,4	5,9
1934	51,0 *)	38,3	89,3	1,5	2,4	2,8	4,0
1938	58,4	30,4	88,8	1,5	3,5	3,9	0,4
1942	57,2	32,8 *)	90,0	2,4	1,6	4,3	1,4
1946	46,3	37,6 *)	83,9	4,9	2,3	5,2	0,3
1950	52,3	34,5 *)	86,8	2,3	2,1	4,3	0,6
1954	50,6	38,6 *)	89,2	2,2	3,2	5,0	0,4
1958	37,7	49,7	87,4	2,6	3,5	3,7	2,7
1962	44,4	46,4	90,8	3,6	2,3	3,0	0,1
1966	49,4	40,4	89,8	5,7	1,1	3,0	0,4

*) Diese Daten schließen die Stimmen für Colorados und Nationale mit ein, die nicht für das Hauptlema (s. S. 9 f.) der Gruppierungen abgegeben wurden, sondern für ein Nebenlema beider Parteien.

der beiden großen Parteien bis einschließlich der letzten Wahlen die traditionellen Träger des politischen Systems gewählt. Der auffallendste Wechsel ist der der Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse zwischen Colorados und Nationalen bei den Wahlen von 1958 und 1966. Die politische Linke hat bislang keinen Einbruch in das Parteiensystem erzielen können.

Viele Beobachter führen diese Tatsache darauf zurück, daß Uruguay ein Land der Kontinuität und der politischen Mäßigung sei. Sicher-

²⁶⁾ Angaben nach Julio T. Fabregat, Elecciones Uruguayas, 7 Bde., Montevideo 1946—1968, in Fortsetzung erscheinende Zusammenstellungen der offiziellen Wahlergebnisse nach jeder Wahl. Für die Christdemokraten werden vor 1962 die Stimmen der Unión Civica del Uruguay, für die Kommunisten nach 1958 der FIDEL und für die Sozialisten 1962 der Union Popular sowie 1966 inclusive der Unión Popular angegeben.

lich spielen Faktoren der politischen Kultur und Tradition eine Rolle, auf die wir bei der Analyse der öffentlichen Meinung vor den Wahlen von 1971 eingehen werden ²⁷⁾. Diese Faktoren sind jedoch nicht losgelöst von parteisozziologischen Phänomenen zu sehen. Die Verflechtung von historischen Parteien, Staat (Verwaltung) und Gesellschaft mittels Klientensystem und Patronage bestimmen in hohem Maße das Wahlverhalten in Uruguay. Die traditionellen Sozialstrukturen vor allem auf dem Lande wirken in die gleiche Richtung. Hinzu kommen schließlich institutionelle Eigenarten des politischen Systems, die die traditionellen politischen Bezüge und Verhaltensweisen verstärken und ihren Wandel erschweren.

²⁷⁾ Siehe unten S. 18 ff.

Das uruguayische Wahlsystem fußt auf einem abgestuften Organisationsschema von sogenannten Lemas, Sublemas und Listen²⁹⁾. Den Status eines Lemas besitzen nach der letzten, verschärften Reform die Parteien, die bei den letzten Wahlen Parlamentsmandate erhalten haben²⁹⁾. Andere politische Gruppen können nur als Sublema kandidieren, das heißt, sie müssen sich entweder einem Lema anschließen oder können unabhängig auftreten, haben aber dann kein Recht, sich mit anderen Sublemas, die den Status eines Lemas nicht besitzen, zusammenzuschließen oder Listen aufzunehmen, es sei denn, sie bilden eine Einheitsliste. Das Wahlgesetz diskriminiert also kleine oder neue Parteien und versucht zumindest, sie in das bestehende System zweier großer Parteien zu integrieren. Da auch die Wahlentscheidung sowohl bei Präsidentschafts- als auch bei Kongreßwahlen nach den Stimmen, die auf die Lemas entfallen, getroffen wird und erst nachfolgend in einem zweiten Verrechnungsverfahren Sublemas und Listen herangezogen werden, sind für den Wahlprozeß von der Wahlbewerbung bis zum Wahlergebnis die Lemas von primärer Bedeutung³⁰⁾.

Dem entspricht keineswegs der Stellenwert der Lemas im Bereich der politischen Willensbildung. „Die eigentlichen Zentren der politischen Willensbildung vor den Wahlen und im Parlament sind dagegen die ... Zusammenschlüsse mehrerer Listen zu einer größeren Gruppe, die als Sublemas ihre Institutionalisierung gefunden haben“³¹⁾. Die Sublemas kommen am ehesten dem westeuropäischen Begriff politischer Parteien nahe, obwohl auch sie noch keineswegs als relativ homogene politische Aktionseinheiten angesprochen werden können. Erst die Listen als unterste Stufe im

Organisationsschema politischer Willensträger leisten die für das Funktionieren des politischen Systems wichtige politische Willensbildung und Führungsauslese³²⁾.

Zwar gewährt das uruguayische Wahlsystem dem Wähler einen großen Entscheidungsspielraum innerhalb seiner Parteipräferenz. Die wahlgesetzlich verstärkte Integrationsfunktion der großen Parteien geht aber zu Lasten der Profilierung und des Durchsetzungsvermögens substantiell neuer politischer Vorstellungen. Es hat sich gezeigt, daß die traditionale Politik beharrender Tendenz auf Veränderung hienzielende Bewegungen absorbiert. So konnte der Vorwurf nicht ausbleiben, daß die traditionellen Parteien mit der Einführung des Lema-Gesetzes und seiner steten Verfeinerung durch eine Reihe von Änderungen vor allem die Verfestigung der eigenen Herrschaft und den Ausschluß neuer, reformerischer politischer Bewegungen und Kräfte gesucht haben³³⁾.

Für das politische System wurden indes weniger jene Aspekte der Selbstperpetuierung in der Machtausübung, die das Lema-Gesetz kennzeichnen, ausschlaggebend, sondern offensichtliche Funktionsschwächen des so kompliziert anmutenden Wahlsystems. Statt die politischen Meinungen und Interessen zu zwei großen handlungsfähigen politischen Parteien zu integrieren, förderte das Wahlsystem den Fraktionalismus, indem die Institution des Lemas die politische Pönalisierung der Parteizersplitterung aufhob. Die Zergliederung der Colorados und Nationalen blieb ohne Auswirkungen auf ihre jeweiligen Chancen, die politische Macht zu gewinnen oder zu verteidigen, da die offene Konkurrenz der Fraktionen untereinander durch die Institution des Lemas gegenüber dem politischen Gegner außerhalb des Lemas abgeschirmt wurde. Da die Verteilung der Mandate zudem noch nach Verhältniswahl erfolgt, bleibt den politischen Gruppen der politische Besitzstand innerhalb des Lemas gesichert, wie sehr sie sich auch teilen und zersplittern. Das Wahlsystem gibt

²⁹⁾ Zur Entstehung und Struktur des Lema-Wahlsystems siehe die jüngste Untersuchung von Alberto Perez Perez, *La ley de Lemas. Contenido, alcance, inconvenientes, sugerencias para su reforma*, Montevideo 1970. Text der Untersuchung auch in: *Diario de Sesiones de la Camara de Representantes*, XL, Band 599, S. 275 ff.

³⁰⁾ Vor der letzten Reform genügte für den Erhalt des Status einer sog. dauerhaften Partei (= Lema), bereits einmal an einer Wahl auf nationaler Ebene oder in mehr als nur einem Departement teilgenommen zu haben.

³¹⁾ Vgl. hierzu Hans-Jürgen Puhle, *Politik in Uruguay*, a. a. O., S. 56, der das Lema „heute nur noch als Hilfskonstruktion zur Ermittlung der Stimmenzahl“ sieht.

³²⁾ Ebenda, S. 56.

²⁹⁾ Ebenda, S. 57.

³³⁾ Dieser Vorwurf wird vor allem von marxistischer Seite erhoben, steckt aber implizite auch in der Kritik, die namentlich das Wahlsystem als entscheidenden Faktor politischen Immobilismus herausstellen, wie etwa Alberto Perez Perez, *La ley de Lemas*, a. a. O., S. 77 ff.

Tabelle 2:

Ergebnis der Präsidenten- und Parlamentswahlen vom 27. November 1966

Parteien	Stimmen absolut	in %	Präsidentschaftsformeln	Stimmen Sublemas	Mandate	
					Senat	Abgeordnete
Colorados	607 633	49,4	Gestido/Pacheco	261 977	7	24
			Batlle/Lacarte	210 947	6	18
			Vasconcellos/ Rodriguez	77 476	2	5
			Michelini/Lanza	48 022	1	3
			Aréchaga/Berchesi	4 064	—	—
			Nationale	490 910	40,4	Echegoyen/Ortiz
			Gallinal/Zeballos	170 904	5	14
			Heber/Storace	94 920	2	8
Christdemokraten	37 219	3,0	ohne Kandidatenformel		—	3
Bürgerlich- christliche Bewegung	4 230	0,2	ohne Kandidatenformel		—	—
Sozialisten	11 559	1,1	Cardoso/Bernhard	7 892	—	—
			Frugoni/Gavazzo	3 646	—	—
Unión Popular	2 655	0,1	ohne Kandidatenformel		—	—
FIDEL	69 750	5,7	ohne Kandidatenformel		1	5
Andere	1 860	0,1	ohne Kandidatenformel		—	—
Insgesamt	1 231 762	100,0			30	99

keine Anregung zur Bildung aktionsfähiger politischer Mehrheiten³⁴⁾. Die Institution des Lemas verhindert, daß sich der politische Willensbildungsprozeß bis in die zu treffenden Entscheidungen über Regierungssamt und Abgeordnetenmandat fortsetzt. Dieser notwendige Prozeß bricht nach der Organisationsstufe der Sublemas ab, so daß das uruguayische Parteiensystem aus Colorados und Nationalen zwar nach dem äußeren Erscheinungsbild ein

³⁴⁾ Siehe hierzu den Aufsatz von Ernst J. Kerbusch, Uruguay in der Verfassungskrise, in: Jahrbuch für Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Köln-Opladen 1969, S. 195 ff. Kerbusch hebt besonders die Auswirkungen des Wahlsystems auf das politische System hervor und sieht die Krise des Landes wesentlich von institutionellen Faktoren her bedingt.

Zweiparteiensystem, seiner inneren Struktur nach aber ein Vielparteiensystem ist. Es gab deshalb in aller Regel keine Präsidenten, die von einer Mehrheit des Volkes gewählt worden waren, noch eigentlich parteiliche Mehrheiten im Kongreß³⁵⁾.

³⁵⁾ Die große historische Ausnahme ist der Führer der Colorados und Schöpfer des demokratischen Uruguay, José Batlle y Ordóñez, gewesen, der in der Lage war, seiner Modernisierungspolitik von Wirtschaft, Gesellschaft und politischem System Mehrheiten zu verschaffen. Doch auch schon zu seiner Zeit war die parlamentarische Mehrheit der Colorados in aller Regel in eine kaum zu übersehende Vielzahl von Gruppen und Klubs aufgeteilt. Siehe die Studie von Göran Lindahl, Batlle, Fundador de la democracia en el Uruguay, a. a. O., die die parlamentarischen Auseinandersetzungen detailliert wiedergibt.

Das Ergebnis der letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, das Tabelle 2 wiedergibt, zeigt im Detail auf, wie zersplittert das Parteiensystem in Wirklichkeit ist³⁶⁾. Die siegreiche Präsidentschaftsformel Oscar Gestido — Jorge Pacheco Areco³⁷⁾ erreichte nur 261 977 Stimmen, das sind 21 Prozent der insgesamt 1 231 762 abgegebenen gültigen Stimmen. Die Mandatsverteilung auf die verschiedenen

Gruppen entspricht im Hinblick auf Colorados und Nationale nur einer Momentaufnahme direkt nach den Wahlen. Der gewählte Präsident erhielt für das von ihm angeführte Sublema 24 Abgeordnete und 7 Senatoren³⁸⁾ bei einer Mitgliederzahl des Abgeordnetenhauses von 99 Repräsentanten und des Senats von 31 Senatoren.

Politische Situation im Wahljahr 1971

Die kommenden Wahlen finden unter außergewöhnlichen Umständen statt. Obwohl die Tupamaros angesichts des Urnengangs ihre Aktivitäten eingeschränkt haben, hat Präsident Pacheco Areco sich gegenüber dem Parlament durchgesetzt und gegen dessen Willen den Ausnahmezustand aufrechterhalten. Die traditionellen Parteien haben den Erfolg einer von den Linken sofort angestrebten Verfassungsklage vereitelt. Alle Anzeichen deuten jetzt darauf hin, daß Uruguay seinen neuen Präsidenten unter Ausnahmezustand wählen wird. Diese illegale Situation hat der Regierung und den traditionellen Parteien große Vorteile im Wahlkampf verschafft. Pacheco Areco ließ mehrfach Organe der linken Presse verbieten, zuletzt Anfang September die Tageszeitungen *Ahora*, *El Popular*, *La Idea*, *El Eco* und die Wochenzeitung *Liberación*. Wie viele Verhaftungen aus politischen Motiven erfolgten, ist empirisch schwer nachzuweisen. Wichtig scheint jedoch, festzustellen, daß die Frente Amplio unter effektiven Beschränkungen und psychischem Druck arbeitet und die Chancengleichheit der politischen Gruppierungen bei der Wahl keineswegs gewahrt

ist³⁹⁾. Von freien Wahlen kann nur bedingt gesprochen werden.

In die Bemühungen der Regierung um die Aufrechterhaltung der Ordnung, die mehr als Folge der Repression als aus revolutionärem Aktionismus der Tupamaros oder der freien Meinungsäußerung oppositioneller Kräfte gestört ist, hat Pacheco Areco nach dem Massenausbruch der gefangen gehaltenen Tupamaros vom 7. September 1971 die bewaffneten Streitkräfte mit eingeschaltet. Während die politische Linke mutmaßt, daß Pacheco Areco das Militär gegebenenfalls zum Eingreifen bewegen möchte, um letztlich doch die Wahlen zu verhindern⁴⁰⁾ oder um ein der politischen Rechten unliebsames Wahlergebnis zu zunichte zu machen, hat nach Umfragen des uruguayischen Gallup-Instituts die Maßnahme Pacheco Arecos, den Fuerzas Armadas den Kampf gegen die Tupamaros zu übertragen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Aufrechterhaltung des politischen Systems und die Abhal-

³⁶⁾ Angaben nach Julio T. Fabregat, *Elecciones uruguayas*, a. a. O., Bd. 7, Montevideo 1968, S. 32 ff. Zu den Wahlen von 1966, in denen per Referendum auch über die neue Verfassung entschieden wurde, siehe Marvin Alisky, *El rechazo del sistema de presidencia pluralista por los partidos políticos uruguayos durante las épocas críticas*, in: *Revista Mexicana de Ciencia Política*, 15, Nueva Epoca, Nr. 55, Jan.—März 1969, S. 79 ff.

³⁷⁾ Oscar Gestido starb am 6. Dezember 1967, so daß Jorge Pacheco Areco als gewählter Vizepräsident seine Nachfolge übernahm.

³⁸⁾ Da der Vizepräsident ex-officio Mitglied des Senats ist (er fungiert als Senatspräsident) erhöhte sich die Zahl der Senatoren der gewählten Präsidentschaftsformel auf 8. Der Senat zählt insgesamt 31 stimmberechtigte Mitglieder.

³⁹⁾ Wollte man diesen Gesichtspunkt vertiefen, so müßten auch die Wahlgeschenke der Regierung in Form einmaliger Prämien an die Funktionäre in der staatlichen Verwaltung genannt werden, deren Zahlung vor den Wahlen bereits Konvention geworden ist. Die Prämien unterlaufen dabei das haushaltsrechtliche Verbot von Gehaltserhöhungen während des Haushaltsjahres. Zum Stellenwert der Chancengleichheit der Parteien bei bürgerlich-demokratischen Wahlen siehe Bernhard Vogel — Dieter Nohlen — Rainer-Olaf Schultze, *Wahlen in Deutschland. Theorie, Geschichte, Dokumente*, Berlin-New York 1971, S. 2 ff.

⁴⁰⁾ In einer Fernseh- und Rundfunksprache vom 11. September 1971 betonte Pacheco Areco dagegen, daß seine Maßnahmen dazu dienen sollen, daß die Wahlen normal ablaufen können: „Der Wahlprozeß erfordert objektive Bedingungen, die ihn zulassen und sein Endergebnis legitimieren“, *El Dia*, 12. September 1971. Diese Erkenntnis steht jedoch in krassem Gegensatz zur „Wahlpolitik“ der Regierung.

tung von Wahlen gestärkt⁴¹⁾. Es ist deshalb von Interesse, nach der Verfassung und dem politischen Standort der bewaffneten Macht zu fragen.

Das uruguayische Militär hat wie nur in wenigen Ländern Lateinamerikas eine relativ unpolitische Rolle gespielt. Die staatsstreichähnlichen Interventionen von 1933 und 1942 wurden von der Polizei durchgeführt, die in viel stärkerem Maße politisiert und mit den bestehenden Parteiinteressen liiert ist⁴²⁾. Wenn auch neuere Studien eine apolitische Verfassung der Streitkräfte als Mythos herausstellen, „den es als ersten aller Mythen zu zerstören“ gelte⁴³⁾, so sind die uruguayischen Streitkräfte doch bis 1966 außerhalb der Politik verblieben. In dieses Bild paßt auch, daß der militärische Führer als aktiver Politiker nach Austritt aus den Streitkräften eine Ausnahme darstellte⁴⁴⁾. Jedoch darf nicht übersehen werden, daß die Colorados die militärischen Laufbahnen beherrschten. Erst der Wahlsieg der Nationalen im Jahre 1958 und der nachfolgende Wechsel in der Führungsspitze der Streitkräfte hat der Öffentlichkeit die enge Verbindung von Politik und Militär mittels gezielter Personalpolitik aufgezeigt.

Das Selbstverständnis des Militärs hat sich vor allem in den sechziger Jahren gewandelt, seit die Vereinigten Staaten die Funktion der bewaffneten Streitkräfte als innenpolitische Ordnungshüter, die die kommunistische Unter-

wanderung des Subkontinents abzuwehren hätten, proklamierten. Als Folge dieser Strategie sah sich das uruguayische Militär als potentieller repressiver innenpolitischer Faktor bewertet. Das Heer begann, „als beschützende Macht des Systems visualisiert zu werden“⁴⁵⁾. Der Einsatz der Streitkräfte zur Bekämpfung der Tupamaros hat diese von der Pacheco-Areco-Regierung kontinuierlich geförderte Entwicklung besiegelt. Die Wechselwirkung ist evident. „Politisierung der Streitkräfte bedeutet Militarisierung der Politik.“⁴⁶⁾

Diese Politik hat jedoch einen Bruch innerhalb des uruguayischen Militärs gezeitigt. Er wurde deutlich durch den 1968 erfolgten Rücktritt des Generals Liber Seregni, Chef der ersten Militärregion mit Sitz in Montevideo, aus dem aktiven Dienst. Seregni protestierte damit u. a. gegen die Besetzung der Universität durch Militärverbände. Seither muß von zwei Tendenzen innerhalb der Streitkräfte ausgegangen werden. Auf der einen Seite stehen die konservativen sogenannten *golpistas*, die die herrschenden politischen Kräfte repräsentieren, auf der anderen Seite die sogenannten *legalistas*, die das Institutionensystem verteidigen wollen und ideologisch als fortschrittliche sogenannte *desarrollistas* bezeichnet werden können. Beide Gruppen sind sich wohl noch darin einig, nach Möglichkeit die bestehenden politischen Institutionen zu stärken und eine offene Auseinandersetzung untereinander zu vermeiden. Die Kandidatur eines ehemaligen Generals als Repräsentant der politischen Linken kann dazu beitragen, die Neigung zu einem Staatsstreich (*golpe*) von rechts zu verringern. Fraglich bleibt, ob nicht die Militarisierung der Politik langfristig einem Staatsstreich auf kaltem Wege gleichkommen wird.

⁴¹⁾ *Indice Gallup de opinion pública*, Nr. 176—177, September 1971, S. 18 f.

⁴²⁾ Die Polizei ist direkt dem Klientensystem der politischen Parteien angeschlossen und vor allem auf dem Lande im Zusammenwirken mit den Intendanten der jeweiligen Departements ein wichtiges Instrument des Herrschaftsapparats.

⁴³⁾ Gabriel Ramirez, *Las Fuerzas Armadas Uruguayas en la crisis continental*, Montevideo 1971, S. 181.

⁴⁴⁾ Seit 1886 weist das Land nur zwei Präsidenten auf, die vordem hohe Stellungen bei den Streitkräften innehatten: Alfredo Baldomir und Oscar Gestido.

⁴⁵⁾ Liliana de Riz, *Ejercito y política en Uruguay*, a. a. O., S. 133.

⁴⁶⁾ Gabriel Ramirez, *Las Fuerzas Armadas Uruguayas*, a. a. O., S. 325.

Kandidaturen 1971

Wie in fast allen präsidentialen Verfassungen Lateinamerikas ist die Wiederwahl des Präsidenten auch in Uruguay nicht gestattet⁴⁷⁾. Erst eine Verfassungsänderung, die vom Volk mit einfacher Mehrheit angenommen werden muß, könnte diese Möglichkeit eröffnen.

Pacheco Areco hat bereits frühzeitig seine Absicht verkündet, sich bei den Novemberwahlen der Wiederwahl zu stellen und im Wahlakt selbst zu versuchen, eine Verfassungsänderung herbeizuführen. Dies ist in der uruguayischen Verfassungsgeschichte kein unbekanntes Verfahren. Sämtliche Verfassungsänderungen per Referendum haben bislang in Verbindung mit der Wahl der Regierungsspitze und des Parlaments stattgefunden⁴⁸⁾. Der Wähler gibt seine Stimme am Wahltag unter zwei verschiedenen Annahmen ab. Er wählt einmal unter der Annahme, daß in Zukunft das bisher bestehende System erhalten bleibt, und zum anderen unter der Annahme, daß die Verfassungsreform zum Zuge kommt. Die Praxis zeigt, daß die geforderte differenzierte Stimmabgabe den Wähler keineswegs überfordert.

Die sogenannten reeleccionistas um Pacheco Areco kalkulieren ein, daß der gegenwärtige Präsident die erforderliche Mehrheit eventuell nicht erreichen wird, wie Umfrageergebnisse erwarten lassen⁴⁹⁾. Diese Gruppe hat deshalb auch unter dem bestehenden System Kandidaten aufgestellt.

Vier Wochen vor den Wahlen scheinen unter dem gegenwärtig gültigen Verfassungssystem unter Außerachtlassung der Kandidatur von Pacheco Areco auf Wiederwahl sieben Kandidaturen als sicher:

Bei den Colorados sind dies

Jorge Batlle/Renan Rodriguez
Juan Maria Bordaberry/Jorge Sapelli
Amilcar Vasconcellos/Manuel Flores Mora
Juan Pedro Ribas/Ruben Gorlero

bei den Nationalen

Wilson Ferreira Aldunate/Carlos
J. Pereyra
General Aguerrondo/Alberto Heber

und bei der Frente Amplio

Líber Seregni/Dr. Crottogini

Die Christlich Radikale Union hat keinen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt und bewirbt sich nur um Mandate in den parlamentarischen Institutionen.

Fragen wir nach den programmatischen Grundlagen der verschiedenen Kandidaturen, so muß vor allem für die Colorados festgestellt werden, daß sie traditionsgemäß ihre Hauptaufmerksamkeit auf den personellen Aspekt der Nominierung von Präsidentschaftsformeln gerichtet haben und Bemühungen um programmatische Aussagen dagegen verblissen. Die erst fünf Wochen vor dem Wahltag erklärte Option Pacheco Arecos für den ehemaligen Nationalen Juan Maria Bordaberry als Kandidat des Colorado-Regierungsblocks hat zu einer Reihe von Zerwürfnissen mit dem gegenwärtigen Präsidenten geführt und wird noch neue Kräftekonstellationen innerhalb der Colorados hervorrufen, die für die Stimmenstärke der einzelnen Gruppen wichtig werden können und für die Programmatik insignifikant sind.

Die Nationalen haben dagegen bereits im März 1971 ein Grundsatzprogramm vorgelegt⁵⁰⁾, auf das sich die Kandidatur von Wilson Ferreira Aldunate, eines reformerischen Konservativen, stützt⁵¹⁾. Das Programm bekennt sich zu einer „tiefgreifenden Strukturreform“ mit dem Ziel, „die ökonomische Ungleichheit und die Privilegien abzuschaffen“⁵²⁾. Es hebt die Staatsintervention als notwendig im Rahmen einer weiterhin kapitalistischen

⁴⁷⁾ Art. 153 der Verfassung von 1967. Die Ausschließung der Wiederwahl, historisch sehr wohl begründet darin, den Druck der Verwaltung auf die Wählerschaft zur Erneuerung des Mandats der bestehenden Regierung zu vermeiden, ist entwicklungspolitisch von Nachteil. Sie stößt sich mit den Erfordernissen langfristiger Entwicklungspläne, zu deren Ausführung eine Mandatsperiode in aller Regel zu kurz ist.

⁴⁸⁾ Zu den Fragestellungen der Referenden und den Ergebnissen siehe vor allem Julio T. Fabregat, *Elecciones uruguayas*, a. a. O., passim.

⁴⁹⁾ *Indice Gallup de opinion pública*, Nr. 174—175, Tabellen 45 und 46. Bei 1 950 000 Wahlberechtigten, das sind etwa 60 Prozent der Bevölkerung, müßte Pacheco Areco von über 80 Prozent, die erwartet werden, 800 000 Stimmen auf sich vereinigen. Siehe *El Pais*, 27. Oktober 1971.

⁵⁰⁾ Partido Nacional, *Declaración de principios*, Montevideo 1971.

⁵¹⁾ Siehe die Wahlkampfschrift *Nuestro compromiso con Usted*, Montevideo 1971.

⁵²⁾ *Declaración de principios*, a. a. O., S. 5.

Wirtschaft und Entwicklung hervor, „die die Begriffe der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit stets miteinander verbinden“ soll⁵³⁾. Wesentlicher Programmpunkt ist eine Agrarreform, die „vom Prinzip ausgehen soll, daß der Boden dem gehört, der ihn bearbeitet“⁵⁴⁾, und die vor allem den kleinen und mittleren Besitzstand fördern soll.

Unter ähnlichem Programm — und das zeigt die Krux der traditionellen Parteien — hatten die Nationalen den Wahlkampf von 1958 geführt, als sie nach Beginn der Wirtschaftskrise, gestützt auf die agrarische Mittelstands-

bewegung des *ruralismo*, zum erstenmal seit 94 Jahren die *Colorados* in der Machtausübung ablösten. Die damals von Wilson Ferreira Aldunate als Landwirtschaftsminister geplante Agrarreform wurde von der Nationalen Partei selbst verhindert. Die Frage an das Grundsatzprogramm ist deshalb, wie ernst die Reformabsicht und wie groß die Realisierungschance innerhalb der eigenen Gruppierung ist. Wird sie sich nicht wieder an den Interessen der die Partei gesellschaftlich tragenden Kräfte stoßen und folglich keine parlamentarische Mehrheit finden?

Frente Amplio: Genesis und Programm

Diese mögliche Kluft zwischen Programm und Politik wird der Frente Amplio („Breite Front“) kaum unterstellt werden können; denn diese neue Alternative im uruguayischen Parteiensystem wird ähnlich wie die chilenische *Unidad Popular* mit den Ankündigungen des Regierungsprogramms ernst machen.

Viel weniger aber als gemeinhin angenommen wird, hat das Experiment der chilenischen Volksfront auf die substantiellen Veränderungen im uruguayischen Parteiensystem Einfluß gehabt. Zwar wird auch in Uruguay nach Chile geschaut, und dies nicht erst seit dem Wahlsieg Allendes. Doch ruht der politische Prozeß Uruguays in erster Linie auf sozio-ökonomischen Entwicklungen dieses Landes. Der eigene nationale Kontext bestimmt die Politik des Landes sowie Gefüge und Programmatik der politischen Parteien. Der Vergleich mit Chile, den wir nachfolgend unternehmen wollen, hat keine kausale Bedeutung für Ereignisse in Uruguay; auch wird in explikativer Hinsicht zumeist die Leistungsfähigkeit des Vergleichs überschätzt.

Sicherlich hat der Wahlerfolg der chilenischen Volksfront die Einigungsbemühungen der Linken in Uruguay gefördert. Doch längst bevor es in Chile zur Bildung der *Unidad Popular* kam, wurde im Juni 1968 von den Christdemokraten wenige Tage nach Inkraftsetzen der Ausnahme Gesetze die Idee einer Frente Amp-

lio propagiert. Damit antwortete die PDC auf die einsetzende Repressionspolitik der Pacheco-Areco-Regierung. Wichtiger als das Argument der zeitlichen Priorität gegenüber dem Wahlsieg Allendes erscheinen jedoch Fragen der Genesis und des Programms der uruguayischen Volksfront. Es ist bereits ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal, daß die Initiative zur Bildung einer Frente Amplio von einer nicht-marxistischen Partei ausging. Gestützt auf eine Umfrage unter ihren Parteimitgliedern in zwei Departements⁵⁵⁾ waren die Christdemokraten auch maßgeblich am Zustandekommen der Frente Amplio beteiligt und sind — anders als in Chile — integrierter Bestandteil des Bündnisses.

Die zentrale Idee des Vorschlags zur Bildung einer Frente Amplio war, eine große Massenbewegung ins Leben zu rufen und mit ihrer Hilfe das alte politische Kräfteverhältnis von Status-quo-Politik und Reform aufzuheben. In dieser Strategie eines Durchbruchs war die PDC daran interessiert, eine „Breite Front“ zu bilden, die in der Lage sein würde, auch Kräfte aus den traditionellen Parteien herauszulösen. Die Christdemokraten lehnten deshalb einerseits ein Zweierbündnis mit den Kommunisten ab, was jene zuerst forderten, und schlossen zunächst einen Pakt mit Gruppen, die sich in

⁵³⁾ Ebenda.

⁵⁴⁾ Ebenda, S. 13.

⁵⁵⁾ Vgl. dazu Juan Pablo Terra, *El P.D.C. y las raíces del Frente*, in: *Cristianos y marxistas. Frente Amplio, Cuadernos de Marcha*, Nr. 47, März 1971, S. 13 ff.

⁵⁶⁾ Die Umfrage fand unter den Parteimitgliedern in Montevideo und Paysandú statt und brachte auf die Frage, wie die Bildung einer Frente Amplio für die PDC gesehen werde, folgende Ergebnisse (in Klammern die Daten für Paysandú): sehr günstig 36 % (17 %), günstig 46 % (46 %), weder günstig noch nachteilig 1 % (9 %), nachteilig 4 % (11 %), sehr nachteilig 6 % (9 %); keine Antwort gaben 7 % (9 %).

der Aussicht einer großen neuen Alternative von den Colorados und Nationalen abgespalten hatten⁵⁷⁾. Sie traten andererseits für eine ideologisch möglichst offene Einigungsbewegung der Linken ein. Ihnen erschien bereits von der Namensgebung her eine Frente Amplio eine realere Machtalternative zu sein als eine *frente revolucionario*, *frente de izquierda* oder *frente popular*. Da die PDC sich „der Schwierigkeit bewußt war, die es darstellt, mittels Wahlen an die Regierung zu kommen“⁵⁸⁾, setzte sie sich auch programmatisch für eine demokratische und nationalistische Basis ein. Schließlich waren es auch die Christdemokraten, die den Präsidentschaftskandidaten Liber Seregni vorschlugen und durchsetzten. Man wird deshalb das Gewicht der PDC kaum überschätzen können: sie hat im wesentlichen den Namen, die Formgebung, die politische Strategie, den Präsidentschaftskandidaten und das Programm des Bündnisses bestimmt⁵⁹⁾.

Die PDC stellte darüber hinaus der Frente Amplio ihr Lema zur Verfügung, so daß das Bündnis unter dem Namen der Christdemokraten kandidiert. Entsprechend den Möglichkeiten, die das Wahlgesetz bietet, bewerben sich die verschiedenen politischen Parteien und Gruppen der Frente als Sublemas oder Listen voneinander getrennt. Dies entspricht der in der konstruktiven Erklärung der Frente Amplio ausgedrückten Konzeption, daß die Frente Amplio keine politische Partei sei, sondern ein dauerhaftes, über die Wahlen hinausreichendes Bündnis, in welchem alle Mitglieder ihre Identität behalten würden⁶⁰⁾. Nur für den Präsidenten und Vizepräsidenten sowie für die Intendanten in den 19 Departements hat die Frente gemeinsame Kandidaten aufgestellt.

Für die Mandate im Kongreß und in den Departementsvertretungen bewerben sich innerhalb der Frente Amplio neun Sublemas, die ihrerseits eine Vielzahl von Listen umfassen, zu denen sich verschiedene Parteien, Unabhängige, Wählervereinigungen etc. zusammen-

geschlossen haben. Die wichtigsten Sublemas sind die Frente del Pueblo unter Beteiligung der Christdemokraten (Liste 808) und ehemaliger Nationaler sowie Colorados um den Senator Zelmar Michelini (Liste 9988), die Frente de Izquierda, die eine einzige Liste bildet (Liste 1001), bestehend aus FIDEL, Kommunistischer Partei und ihnen nahestehender Gruppen, schließlich das Sublema Frente Socialista⁶¹⁾.

Das von elf Gruppen ausgearbeitete Programm der Frente Amplio vom 17. Februar 1971 soll nach der konstituierenden Erklärung dazu dienen, „die strukturelle Krise zu überwinden, dem Land die Zukunft einer unabhängigen Nation wiederzugeben und dem Volk die volle Ausübung seiner Freiheiten, seiner individuellen, politischen und gewerkschaftlichen Rechte wiederzuerwehren“⁶²⁾. Es anerkennt zunächst die „volle Gültigkeit der verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Freiheiten, Rechte und Garantien“. Daraus wird konkret u. a. die Aufhebung des Ausnahmezustandes und eine allgemeine Straffreiheit und Amnestie aller politisch Verfolgten und Inhaftierten abgeleitet mit dem Ziel, die Dialektik von Repression und Gewalt zu überwinden. Das Programm fordert also keine revolutionär neuen, sondern die Wiederherstellung alter Freiheiten.

Im ökonomischen Teil des Programms postuliert die Frente Amplio als wichtigste Strukturveränderungen eine Agrarreform und die Verstaatlichung der Banken und des Außenhandels. Der politische Effekt dieser Maßnahmen soll sein, die ökonomischen Eckpfeiler der uruguayischen und ausländischen Oligarchie zu zerstören⁶³⁾ und damit die sozio-politische Voraussetzung für eine an den nationalen Notwendigkeiten ausgerichtete Entwicklung zu schaffen. Die Agrarreform soll mittelgroße, vor allem genossenschaftlich geführte Betriebe zum Ziel haben, die einerseits die Produktion steigern und andererseits die soziale Entwicklung auf dem Lande fördern sollen. Der Staat wird dabei finanzielle und technische Assistenz leisten, um eine ökonomisch effektive neue Wirtschafts- und Sozialstruktur auf dem Lande zu ermöglichen.

⁵⁷⁾ Manifiesto Frente del Pueblo vom 8. Januar 1971.

⁵⁸⁾ Juventud Demócrata Cristiana, Frente Amplio para unir al pueblo, Montevideo 1970, S. 19.

⁵⁹⁾ Ein synoptischer Vergleich der verschiedenen programmatischen Erklärungen der PDC, der Frente del Pueblo und schließlich der Frente Amplio würde deutlich machen, wie sehr die christdemokratischen Vorstellungen in den gemeinsamen Erklärungen des Sublemas und des Lemas durchgesetzt haben.

⁶⁰⁾ Declaración Constitutiva del Frente Amplio vom 5. Februar 1971.

⁶¹⁾ Zum gesamten Panorama der Sublemas und Listen der Frente Amplio siehe *Las opciones del Frente Amplio*, in: *Cuestión*, I, Nr. 10, Okt. 1971, S. 14 ff.

⁶²⁾ Declaración Constitutiva, a. a. O. Dazu Oscar H. Brusquera, *Las líneas fundamentales del programa del Frente Amplio*, in: *Cristianos y Marxistas. Frente Amplio*, a. a. O., S. 3 ff.

⁶³⁾ Vgl. Rodney Arismendi, *La revolución uruguaya, en la hora del Frente Amplio*, Montevideo 1971, S. 54.

Mit einer Wachstumspolitik in der Agrarwirtschaft, die auf Exportüberschüsse abzielt, soll eine intensive Industrialisierung vor allem im Bereich der Weiterverarbeitung und Kommerzialisierung landwirtschaftlicher Produkte, aber auch importsubstitutiver Güter einhergehen, die nach staatlicher Planung erfolgen wird, ohne indes für die Basisindustrien Nationalisierungen vorzusehen. Einzige Ausnahme bildet die die Wirtschaft beherrschende Gefrierindustrie, der großen Gesellschaften also, die das Vieh von der Weide ankaufen, verarbeiten und verkaufen — für den Export in Form von Gefrierfleisch. Schließlich will die Frente eine umfassende Reform des Steuersystems und der Steuerverwaltung durchführen, dabei die direkten Steuern zugunsten der indirekten erhöhen und die Steuerprogression vor allem bei unproduktivem Kapital oder Gütern und Wirtschaftstätigkeiten erhöhen, deren sozial- und entwicklungspolitischer Beitrag gering ist.

Die Sozialpolitik der Frente Amplio sieht eine gerechtere Verteilung des Einkommens vor, wobei Investitionserfordernisse berücksichtigt werden sollen. Geplant ist die Fixierung eines nationalen Minimallohnes. Das Erziehungswesen soll demokratisiert und die Ausbildung an den Notwendigkeiten der ökonomischen, sozialen und politischen Transformation des Landes orientiert werden.

Im politischen System will die Frente vor allem das Wahlgesetz ändern und die Lemas aufheben. Das Programm spricht sich für eine „Demokratie mit Pluralität von politischen Parteien“ aus⁶⁴⁾ und kündigt eine Verstärkung der plebiszitären Elemente mittels Volksbegehren und Volksentscheid sowie eine umfassende Verwaltungsreform an.

Die internationale Politik der Frente soll auf Unabhängigkeit und Anti-Imperialismus beruhen. Dabei soll einerseits die Integrationspolitik in Lateinamerika gefördert, andererseits die Politik multinationaler Organisatio-

⁶⁴⁾ Bases Programa ticas del Frente Amplio vom 17. Februar 1971, hekt., S. 6. Dieses Dokument wird im übrigen ergänzt durch die ersten 30 Regierungsmaßnahmen, die die Frente ergreifen will; siehe Frente Amplio, Primeras 30 medidas de gobierno, vom 25. August 1971.

nen nach dem Maßstab der Interessen der Völker und hier speziell Uruguays revidiert werden. Da im Rahmen der Außenverschuldung für Zins und Tilgung gegenwärtig 32 Prozent der Exporterlöse aufgebracht werden müssen, will die Frente Amplio die Rückzahlungsmodalitäten der bi- und multilateralen Kredite modifizieren und Zahlungsmoratorien erwirken, um das Inlandkapitalaufkommen den ökonomischen und sozialen Zielen des Programms dienstbar zu machen. Sie glaubt, auf diese Weise das Problem der Finanzierung der angestrebten Entwicklung lösen zu können.

Es ist hier nicht der Ort, eine detaillierte Kritik des Programms zu liefern und seine Praktikabilität zu untersuchen. Einerseits wird man jedoch hervorheben müssen, daß die Frente Amplio eine aufeinander abgestimmte Politik von Transformation und Entwicklung vorsieht, und andererseits darauf hinweisen, daß in der Gleichzeitigkeit der in Angriff zu nehmenden Reformen das Hauptproblem einer erfolgreichen Programmausführung liegen dürfte.

Die ökonomischen und sozialpolitischen Aussagen des Programms sind eher gemäßigt als revolutionär zu nennen. Sie greifen unverkennbar Vorstellungen auf, die bereits im nationalen Entwicklungsplan von 1966 enthalten sind⁶⁵⁾. Die Mittel und Wege, Entwicklung zu erreichen: Produktionssteigerung im Agrarbereich, Exportüberschüsse und -erlöse, Steigerung des Inlandkapitalaufkommens, Industrialisierung zur Importsostituierung etc., entsprechen auch den Empfehlungen des Prebisch-Berichts⁶⁶⁾ und stehen kaum im Widerstreit der Meinungen von Wirtschaftsexperten. Woran es bislang gefehlt hat, ist die gesellschaftliche und politische Basis für eine Durchführung der unabdingbaren Strukturereformen. Hier wirken die Interessen der in- und ausländischen Kapitalisten mit dem das sozialpolitische Verharren stärkenden politischen System und mit dem traditionellen Wählerverhalten zusammen in die gleiche, eine Transformation verhindernde Richtung.

⁶⁵⁾ Siehe hierzu Enrique Iglesias, Uruguay, una repuesta de cambio (Introducción al plan nacional de desarrollo económico y social), Montevideo 1966.

⁶⁶⁾ Raúl Prebisch, Transformación y desarrollo, a. a. O., S. 257 ff.

Kommen wir nun zu unserem Vergleich zwischen chilenischer Unidad Popular und uruguayischer Frente Amplio zurück, so zeigen sich doch gravierende Unterschiede. In keinem Dokument der Frente Amplio wird von Sozialismus gesprochen oder auch nur von einer Übergangsphase zum Sozialismus, die das Bündnis einleiten will. Dahin gehend will sich aber gerade die Unidad Popular verstanden wissen. Zwar denken natürlich die sozialistischen und kommunistischen Gruppen der Frente langfristig an eine marxistische Entwicklung⁶⁷⁾, doch ist das Programm der Frente frei von marxistischer Ideologie. Thesen der extremen Linken haben eigentlich nur einige Aussagen zur internationalen Politik beeinflußt. Hervorzuheben ist auch, daß die nicht-marxistischen Parteien bei den gemeinsamen Kandidaten dominieren. In dieser Hinsicht gleicht die Frente Amplio viel mehr den traditionellen Volksfrontregierungen, wie sie Europa und auch Chile aus den dreißiger Jahren kennt. Generell läßt sich mithin feststellen, daß die marxistischen Parteien, ohne Chance, selbst bereits eine wichtige Rolle im politischen Prozeß Uruguays spielen zu können, sich der Sozialrevolution anschließen, die die demokratischen Kräfte formulieren. So versteht sich, daß am bürgerlich-demokratischen Institutionensystem festgehalten und die parlamentarische Demokratie nicht problematisiert wird, während gerade die Unidad Popular ihre Politik in der Praxis vom Gegensatz zwischen sozialistischem Inhalt und bürgerlich-demokratischer Prozedur erschwert sieht.

Wenn man schon den Vergleich zu Chile wählt, so scheint in vieler Hinsicht die Frente

Amplio stärker dem christdemokratischen Modell der „Revolution in Freiheit“ Eduardo Freis verbunden. Mit der Unidad Popular teilt sie im wesentlichen nur das Merkmal eines Konglomerats vieler Parteien. Das Programm dagegen ist der Frei-Regierung vergleichbar: Sozialrevolution in Freiheit.

Es versteht sich, daß die historische und politisch-strategische Situation beider Länder für alle gewählten Vergleiche eine andere ist. Während Chile bereits seit den vierziger Jahren eine zunehmende Linksgravitation im Wählerverhalten aufweist, die schließlich dazu führte, daß sich bereits 1964 das demokratische und das marxistische Modell einer Revolutionierung der Gesellschaft als einzig valide Alternativen gegenüberstanden, beherrschten in Uruguay eindeutig die Parteien des gesellschaftlichen Status quo bis in die Gegenwart die Politik des Landes. Zwar haben sich die Mitte-Links-Parteien in Uruguay programmatisch ebenfalls nach links entwickelt — besonders deutlich bei Sozialisten und Christdemokraten erkennbar —, doch kam das Wählerverhalten dem nicht nach. Erst die Bildung der Frente Amplio öffnet vor dem Hintergrund eines sich der Krise bewußter gewordenen Landes die Politik zu Prozessen struktureller Transformation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, indem diese Alternative als Angebot erscheint. Eine solche Politik vollzog in Chile bereits die Frei-Regierung, ehe die Unidad Popular aus dem Patt der Reaktion und der demokratisch-pluralistischen Alternative der Sozialrevolution den Nutzen ziehen konnte, der zum Wahlsieg führte.

Kirche und Wahlprozeß

Wie für Chile und Lateinamerika insgesamt ist die sozialreformerische Entwicklung innerhalb der katholischen Kirche seit Mitte der sechziger Jahre auch für Uruguay eminent wichtig. Unidad Popular und Frente Amplio verstehen sich als Manifestationen des Dialogs und der Zusammenarbeit von Christen und Marxisten. Die Kirche in Uruguay betrachtet die Öffnung des politischen Systems und die

Erweiterung des Parteiensystems um eine sozialreformerische Alternative wohlwollend. Eine bischöfliche Konferenz hat sich speziell mit der Frage beschäftigt, wie sich der Christ zum politischen Prozeß Uruguays im Wahljahr zu verhalten habe. Sie antwortete damit zum einen auf eine Frage, die die politische Rechte des Landes an die Kirche gestellt hatte, zum anderen aber auch auf das traditionelle Verhalten von Kirchenfürsten im Landesinneren, die sich gegen jede Form eines Dialogs zwi-

⁶⁷⁾ Siehe Rodney Arismendi, *La revolución uruguaya*, a. a. O., S. 32, 43 ff.

schen Christen und Marxisten ausgesprochen hatten.

Die Erklärung der uruguayischen Bischofskonferenz vom 15. September 1971 folgt der sozial und politisch engagierten Linie der lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Medellin (1968) und betont die Verbundenheit der Kirche mit den „tiefgreifenden und dringenden Erneuerungen der Gesellschaft“⁶⁸⁾. Sie übernimmt die These von der institutionalisierten Gewalt, die ausschließt, die revolutionäre Gewaltanwendung zur Überwindung der ungeordneten, verkrusteten Sozialstrukturen zu verdammen. Die Kirche anerkennt die Gewissensfreiheit des gläubigen Katholiken im Hinblick auf politische Ideologien und auf die Methoden, die Gesellschaft zu verändern, mit einer einzigen Einschränkung: Für den uruguayischen Klerus bleiben Christentum und Marxismus inkompatibel. „Der Christ kann nicht der marxistischen Ideologie anhängen, ihrem ungläubigen Materialismus, ihrer Dialektik der Gewalt und der Art, wie sie die individuelle Freiheit in der Gemeinschaft versteht, ohne seinem christlichen Glauben zu widersprechen ... Christ und Marxist sind einander widersprechende Termini.“⁶⁹⁾

Doch schließt die Ablehnung des Marxismus durch die Kirche den Dialog zwischen Christen und Marxisten nicht aus, ebensowenig wie die Kirche „den Anspruch nach einer verstärkten Sozialisierung der Produktionsmittel in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des allgemeinen Wohls nicht in Frage“ stellt⁷⁰⁾. Die Bischöfe erklären sodann, daß die politischen Parteien (Lemas) in Uruguay als pluralistisch zu verstehen sind. „Allein vom Gesichtspunkt des Glaubens her finden wir keine ausreichenden Argumente, um entweder eine bestimmte Stimmabgabe für ein Lema

(wir beziehen uns nicht auf die Sublemas) zu empfehlen, was nicht in unserer Kompetenz liegt, noch als verboten auszuschließen.“⁷¹⁾

Die Bischöfe stellen dem Gläubigen die Wahl unter den Kandidaten und Lemas frei; sie erleichtern durch ihre Stellungnahme den Christen, die sich als Folge ihres politischen Engagements für die sozialrevolutionäre Alternative in Gewissensnot befanden, das Bekenntnis zu einer Politik gesellschaftlicher Reformen. Sie exkulpieren die Stimmabgabe für ein Parteienbündnis, in dem die Marxisten vor allem vom Stimmenpotential her eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Gerade diese Tatsache, das Stimmgewicht der Marxisten, wurde von der politischen Rechten sowie von konservativer kirchlicher Seite im Wahlkampf hochgespielt. In polemischer Zuspitzung wurde die Wahlentscheidung für die Frente Amplio als Stimmabgabe für den Marxismus bezeichnet und die Argumentation der bischöflichen Erklärung auszuhöhlen versucht. Die sehr differenzierte Betrachtungsweise des Problems durch die Autoritäten der uruguayischen Kirche wird in den Pamphleten rechtsklerikaler Observanz durch teilweisen blinden Antikommunismus ersetzt⁷²⁾.

Es bleibt dahingestellt, welchen Einfluß der orthodoxe Antikommunismus angesichts der soziopolitischen Krise des Landes und der zunehmenden Öffnung der Kirche nach links unter der Wählerschaft noch ausüben kann. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Motivation für die Wahl der konservativen und gesellschaftlichen beharrenden Kräfte unter der allgemeinen Erkenntnis, daß eigentlich etwas geschehen müßte, stärker als je zuvor von simplen, im politischen Bewußtsein aber tief verankerten antikommunistischen Axiomen bestimmt würde.

Öffentliche Meinung und Wahlausgang

Die stärksten Kandidaten der Wahlen scheinen Jorge Pacheco Areco unter der Formel der Wiederwahl und Wilson Ferreira Aldunate sowie Liber Seregni unter dem gegenwärtigen System zu sein. Doch entscheidet nicht primär

die Stimmenzahl, die ein Kandidat auf sich vereinigen kann, sondern die Stimmenzahl des Lemas die Wahl (und im Falle von Pacheco Areco, ob er über 50 Prozent der Stimmen erhalten kann). Die Kandidaten der Colorados können ihren Mangel an jeweiliger Zugkraft im einzelnen deshalb leicht dadurch ausgleichen, daß ihre vereinte Stimmenzahl in der

⁶⁸⁾ Punkt 5 der Erklärung, dessen Text abgedruckt ist in: *Iglesia y socialismo*, Cuadernos de Marcha, 52, August 1971, S. 87 ff.

⁶⁹⁾ Bischöfliche Erklärung, Punkt 14.

⁷⁰⁾ Ebenda, Punkt 17.

⁷¹⁾ Ebenda, Punkt 19.

⁷²⁾ Siehe Eduardo J. Corso, *El cristiano y el Frente Amplio*, Montevideo 1971.

Tabelle 3:

Wahlintention der Befragten im wahlberechtigten Alter in Montevideo in der Zeit von Dezember 1970 bis September 1971, in Prozent ⁷³⁾

	Dezember 1970	Januar 1971	Februar 1971	März 1971	April 1971	Mai 1971	Juni 1971	Juli 1971	August 1971	September 1971
Colorados	29	28	26	28	26	24	21	22	23	27
Nationale	19	16	16	15	15	17	13	16	15	19
Frente Amplio	27	24	20	22	20	25	23	25	21	22
Andere	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Ohne Antwort/Unentschieden	20	26	33	31	34	31	39	31	36	26
Nicht wahlberechtigt	5	6	5	4	5	3	4	5	4	5

Auseinandersetzung mit den Nationalen und der Frente Amplio zählt. Deshalb muß eine Analyse der Wahlchancen der Kandidatenformeln bei den Lemas ansetzen.

Verschiedene Institute der Demoskopie haben seit Ende 1970 Umfragen durchgeführt zu den Wahlabsichten der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter. Besonders hervorzuheben sind die kontinuierlichen monatlichen Befragungen des Gallup-Instituts Uruguay, das über eine langjährige Erfahrung in Umfragen zum Wahlverhalten verfügt. Die Ergebnisse beschränken sich allerdings auf das Gebiet des Departements Montevideo und liefern somit keine nationalen Daten, die von Montevideo nicht unwesentlich abweichen dürften. Für Montevideo ergaben die Gallup-Umfragen folgende Werte zur Wahlintention der Befragten: Die hohe Quote derjenigen Befragten, die nicht antworten wollten oder sich noch nicht entschieden hatten, welches Lema sie wählen würden, läßt den Wahlausgang zwischen den Lemas zunächst als völlig offen erscheinen, auch nach Daten des Instituto de Ciencias Sociales an der Nationaluniversität von Montevideo ⁷⁴⁾. Das Bild muß jedoch ergänzt werden

durch Daten aus dem Landesinnern, das konservativer und traditionaler ist als die Stadt. Der Frente Amplio können dort keineswegs die Werte eingeräumt werden, die sie im Departement Montevideo aufweist. Eine Gallup-Umfrage in zwölf Ortschaften des Landesinnern ergab im August 1971 als Wahlintention der Befragten für die Colorados 29 Prozent, die Nationalen 26 Prozent und die Frente Amplio 16 Prozent bei 27 Prozent Nichtantwortenden oder Unentschiedenen; ein Prozent „Andere“ und ein Prozent Nichtwahlberechtigte komplettieren die Daten ⁷⁵⁾.

Die Aufgliederung der Angaben nach Alter und Geschlecht, sozialer Schichtung, Bildung und politischem Interesse der Befragten gibt Auskunft über die Struktur der mutmaßlichen Wählerschaft der drei konkurrierenden Lemas ⁷⁶⁾. Es kann generalisierend festgestellt werden, daß sich erhebliche Unterschiede in der Wählerstruktur der Frente Amplio im Vergleich zu den traditionellen Lemas zeigen. Die Bevölkerung, die als Wahlintention die Frente Amplio angibt, ist jünger, hat eine bessere Ausbildung genossen und ist stärker an Politik interessiert. Vor allem die Altersstruktur und die Schulausbildung der mit Wahlintention Frente Amplio geführten Befragten ver-

⁷³⁾ Indice Gallup de opinion pública, monatlich heft., Montevideo Dezember 1970—September 1971.

⁷⁴⁾ Vgl. auch die Umfrage, die die der Nationalen Partei nahestehende Morgenzeitung El País ohne Angabe des demoskopischen Instituts, das die Erhebung vornahm, in ihrer Ausgabe vom 28. Juni 1971 veröffentlichte. Da die Umfrage nicht direkt nach der Wahlintention forscht, sondern wissen möchte, welche Partei nach der Meinung des Befragten am besten die soziopolitischen Probleme lösen könne, reduziert sie die Zahl der Unentschie-

denen/ohne Antwort auf 6,5 Prozent. Colorados erzielen 36,5, Nationale 32,0, die Frente Amplio 23,3. Die Analyse der Gallup-Ergebnisse führt zu einer ähnlichen Tendenzbestimmung der Wählerschaft.

⁷⁵⁾ Indice Gallup de opinión pública, 174—175, August 1971, S. 18.

⁷⁶⁾ Ebenda, Hefte Dezember 1970, September 1971, passim.

halten sich umgekehrt proportional zu denen mit Wahlintention Colorados. Während zwischen Männern und Frauen bei der Frente Amplio kein nennenswerter Unterschied in den Werten besteht — die Daten sind hier allerdings nicht einheitlich, zumeist überwiegen die Frauen —, geben die Männer in höherem Maße als die Frauen ihre Wahlintention mit Colorados an. Sie scheinen mit dem bestehenden politischen System bzw. seinen bisherigen Trägern weit mehr verbunden als die Frauen, die im Generationskonflikt — auf den die Daten schließen lassen — offensichtlich weniger entschieden sind (sie weisen höhere Werte bei Nichtantworten und Unentschiedenheit auf) und tendenziell stärker die politischen Ideen der Jugend teilen.

Da sich die an der Politik sehr Interessierten in bedeutend stärkerem Maße für die Frente Amplio entschieden (August 1971: Frente Amplio 37 Prozent, Colorados 24 Prozent und Nationale 14 Prozent Wahlintention in Montevideo) und unter denen „Ohne Antwort“ und „Weiß nicht“ jener Bevölkerungsteil vorherrscht, der an Politik nicht interessiert ist (52 Prozent nicht interessiert, 31 Prozent wenig interessiert, 22 Prozent sehr interessiert⁷⁷⁾, werden sich die Stimmanteile der Frente Amplio bei den Wahlen im November gegenüber den Werten von Tabelle 3 wahrscheinlich noch reduzieren. Diese Tendenz zeigt sich bereits im Vergleich der Daten der August- und September-Umfrage⁷⁸⁾. Sie wird durch eine weitere Umfrage von Gallup bestätigt, die zu erfahren sucht, welches Lema die noch Unentschiedenen auf keinen Fall wählen werden. Dabei entfallen auf die Frente Amplio die höchsten Negativwerte⁷⁹⁾. Es zeigt sich tendenziell, daß die noch unentschiedenen Wahlberechtigten sich noch nicht unter den traditionellen Parteien entschieden haben und daß dabei die Nationalen die größeren Sympathien besitzen. Es muß offenbleiben, ob diese Unsicherheit in der Wahlintention einer so umfangreichen Wählerschaft vier Wochen vor den Wahlen auf die Auswechselbarkeit der traditionellen Parteien zurückzuführen ist oder ob sich in ihr

⁷⁷⁾ Ebenda, 174—175, August 1971, Tabellen 47 und 48.

⁷⁸⁾ Siehe oben Tabelle 3. Der Rückgang von 10 Prozent gegenüber August der noch Unentschlossenen schlug sich in den Präferenzen der Lemas — linear gesehen — folgendermaßen nieder: Colorados + 4 Prozent, Nationale + 4 Prozent, Frente Amplio + 1 Prozent; die restlichen 1 Prozent entfallen auf die Nichtwahlberechtigten.

⁷⁹⁾ Índice Gallup de opinión pública, 174—175, Tabellen 49, 50 und ff.

nicht bereits eine Überlegung kundtut, in Abwehr der Frente Amplio als neuer dritter Kraft jenes Lema zu wählen, von dem man in letzter Minute mit größerer Sicherheit annehmen kann, daß es die politische Linke schlagen wird. Die Aufputschung der öffentlichen Meinung durch die von Antikommunismus getragene Propaganda der traditionellen Parteien gegen die Frente Amplio könnte die zuletzt angesprochene Lage des noch unentschiedenen Wählers mit beeinflußt haben.

Innerhalb der Lemas, die mehrere Kandidatenpaare aufgestellt haben, spricht bei den Nationalen alles für Ferreira Aldunate und bei den Colorados vieles für Jorge Batlle. Es hängt allerdings im letzteren Falle sehr davon ab, ob Pacheco Areco der von ihm propagierten Präsidentschaftsformel Bordaberry/Sapelli einen großen Teil der auf ihn entfallenden Stimmen übertragen kann, ob die Transaktion gelingt, von der viele Beobachter meinen, daß sie das eigentliche Motiv für die als solche wohl aussichtslose Kandidatur Pacheco Arecos auf Wiederwahl sei.

Innerhalb der Frente Amplio werden die Sublemas, in denen die Christdemokraten und die Kommunisten vertreten sind, als die stärksten einzuschätzen sein. Den Vorsprung, den die Frente de Izquierda gegenüber der Frente del Pueblo im Departement Montevideo erhalten dürfte, werden die demokratischen Parteien wahrscheinlich im Landesinneren voll ausgleichen können.

Von großer Bedeutung für den Wahlausgang wird sein, wie die Wählerschaft die ökonomische Situation des Landes auffassen und in welche politischen Präferenzen sie ein stark gewachsenes Krisenbewußtsein umsetzen wird. Festzuhalten ist zunächst, daß die Abhängigkeit der uruguayischen Wirtschaft vom ausländischen Kapital der öffentlichen Meinung bewußt ist: Auf die Frage, welche der drei Gruppen, der Staat, die uruguayischen Kapitalisten oder die ausländischen Kapitalisten die nationale Wirtschaft kontrollieren, antworteten im Februar 1971 48 Prozent der Befragten, daß ausländische Kapitalisten die uruguayische Wirtschaft in der Hand hätten, 15 Prozent glaubten, es sei der Staat, und elf Prozent, es seien uruguayische Kapitalisten⁸⁰⁾. Diese realistische Einschätzung verbindet sich jedoch noch keineswegs mit der Meinung, die Verhältnisse seien zu ändern. 48 Prozent der

⁸⁰⁾ Índice Gallup de opinión pública, 162—163, Februar 1971, Tabelle 1.

Befragten glauben, die ausländischen Gesellschaften begünstigten die nationale Wirtschaft, 49 Prozent sind der Meinung, noch mehr ausländische Gesellschaften sollten ins Land kommen, 31 Prozent sprechen sich dagegen aus (20 Prozent Enthaltungen)⁸¹⁾.

Der empirische Befund besagt, daß das Bewußtsein der Abhängigkeit, der Unterentwicklung, der Krise von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gewachsen ist. Es zeigt sich aber auch, daß die traditionellen politischen Wertvorstellungen davon nicht grundlegend erschüttert werden. Offensichtlich ist, daß die politische Lösung der Krise nicht außerhalb des traditionellen Verfassungssystems gesucht wird. Seit 1968 ist die Zahl derjenigen, die die „Lösung der nationalen Probleme innerhalb von Recht und Ordnung“ wünschen, von 77 Prozent auf 93 Prozent angestiegen⁸²⁾, sicherlich nicht zuletzt auf Grund des Bekenntnisses auch und gerade der Frente Amplio zu den bestehenden Institutionen, das Wahlge-

setz ausgenommen. Zwar hat die Frente Amplio die Grundsituation des uruguayischen Wählers grundlegend verändert: Er kann zwischen drei Alternativen wählen. Zum ersten Mal geht die Linke nicht ohne jegliche Chance in den Kampf mit den traditionellen Parteien um Wahlsieg und Machtausübung⁸³⁾. Das Postulat der Linken nach einer tiefgreifenden Erneuerung der Politik hat aufgehört, eine für Uruguay völlig irrealen Formel zu sein. Indes fragt sich, ob die Wählerschaft mit dem Vertrauen in das politische System, das gesellschaftlich tief verankert ist, nicht doch trotz anhaltendem Krisenbewußtsein⁸⁴⁾ erneut ein Vertrauen in die traditionellen Parteien verbindet, die Probleme besser lösen zu können. Die neue politische Alternative wird noch nicht recht visualisiert, letztlich weil aus dem Krisenbewußtsein nicht die Vorstellung hervorgeht, daß neue Wege beschritten werden müssen sondern vielmehr der Wunsch, wieder zum Uruguay von früher, zum alten Uruguay zurückzukehren⁸⁵⁾.

Wahlen und politischer Wandel

Daß trotz des Bewußtseins der Krise die traditionellen Muster des politischen Verhaltens, vor allem die daraus resultierenden politischen Präferenzen, anhaltend gültig sind, betrifft für den Fall Uruguay aufs engste die Frage, ob mittels Wahlen die politische Basis einer notwendigen sozioökonomischen Transformation erreicht oder ein entwicklungspolitisch wünschbarer Wandel beschleunigt werden kann! Definitorisch ist zunächst zu erklären, daß wir das Problem politischen Wandels und bürgerlich demokratischer Wahlen beleuchten wollen. Wahlen im bürgerlich demokratischen Verständnis sind dabei abzugrenzen von bolschewistischen Wahlen oder solchen, denen durch den Ausschluß der Konkurrenz

von Kandidaten und Programmen von vorneher ein eine hohe dirigistisch bewußtseinsbildende Funktion zugeordnet ist⁸⁶⁾. Was die Methode pluralistischer Wahlen anbelangt, in denen Status-quo-Politik und gesellschaftliche Trans-

⁸¹⁾ Vgl. Aldo Solaris Situationsbeschreibung der linken Parteien in den fünfziger und sechziger Jahren in *Estudios sobre la Sociedad Uruguaya*, a. a. O., Bd. 2, S. 150 ff.

⁸²⁾ *Índice Gallup de opinión pública*, 176—177, September 1971, S. 12.

⁸³⁾ Zu einer ähnlichen Schlußfolgerung, erarbeitet auf der Basis gänzlich verschiedener empirischer Erhebungen und Beobachtungen, kommt Enrique Carpena in seiner Untersuchung *Clase social, ideología y opinión pública*, in: *Uruguay — Poder, ideología y clases sociales*, a. a. O., S. 55 ff. Vgl. auch Eduardo Galeano, *Uruguay: Promesa y traición*, in: *América latina: reforma o revolución*, Buenos Aires 1970, S. 195 ff., hier S. 204.

⁸⁴⁾ Zu Begriff und Funktionen bürgerlich-demokratischer und bolschewistischer Wahlen siehe Dieter Nohlen, *Begriffliche Einführung in die Wahlsystematik*, in: *Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane*. Ein Handbuch, hrg. von Dolf Sternberger und Bernhard Vogel, Red. Dieter Nohlen, Band I: Europa, Berlin 1969, S. 5 ff. Zu Funktionsaspekten von Wahlen in Entwicklungsländern siehe Dieter Nohlen, *Chile vor den Präsidentschaftswahlen*. Westliche Demokratie und sozialer Wandel in Lateinamerika, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 35/70, 29. August 1970, S. 21 ff.

⁸¹⁾ Ebenda, Tabellen 2 und 3. Die Frage lautete: „Es wird viel über ausländische Gesellschaften gesprochen. Einige glauben, daß dafür zu sorgen sei, daß mehr in unser Land kommen, da sie nationale Arbeitskraft absorbieren und Reichtümer produzieren. Andere denken, daß sie nachteilig seien und uns ausbeuten und wir eigentlich dafür sorgen müßten, daß sie, die hier sind, gehen. Was glauben Sie, sollen wir mehr hereinholen oder sie zum gehen veranlassen?“ Bei steigendem Interesse an der Politik nimmt der Prozentsatz der negativen Antworten zu, die die ausländischen Gesellschaften nicht im Lande haben wollen.

⁸²⁾ Ebenda, 176—177, September 1971, S. 13.

formation sich gegenüberstehen, so zeigt sich in Uruguay, daß die Wählerschaft ein hohes Vertrauen in sie besitzt, selbst den extrem zugespitzten politischen Konflikt zu lösen. Die Ausnahmesituation, die diktatorialen Verhältnisse, die zu den Wahlen von 1971 herrschen, haben an der Überzeugung der Uruguayer nicht ernsthaft rütteln können, daß es erstens im November Wahlen geben werde und damit die Frente Amplio eine Chance erhalte⁸⁷⁾, und daß zweitens im Falle, daß die Frente Amplio gewinnen würde, den Linksparteien die Macht übergeben werde. Hier allerdings waren die erzielten Positivwerte nicht so hoch. 71 Prozent der Befragten in Montevideo, 62 Prozent im Landesinnern glaubten, daß wenn die Frente siegen würde, ihr Wahlsieg anerkannt werde⁸⁸⁾. In der öffentlichen Meinung hat sich im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Spielregel unabhängig vom Wahlausgang die repressive Tendenz der Pacheco Areco Regierung nicht durchgesetzt.

Dies zeigt zweifellos den hohen politisch-institutionellen Konsens, den eine lange Tradition demokratischer Methoden und Techniken in Ländern wie Uruguay geschaffen hat. Doch wird die erneute Hinwendung der Wählerschaft zu den traditionellen Parteien, auch wenn diese ihre früheren Prozentzahlen an Stimmenanteilen nicht mehr erreichen werden, zu neuen Überlegungen über den Sinn von Wahlen führen. Dabei wird der Ausnahmezustand, Pressezensur, Schließung von Oppositionsblättern, Verhaftungen etc., die den Wahlkampf der Frente Amplio begleiteten, für weite Teile der Linken ein willkommenes Argument sein gegen die Wahl als Weg zur Erlangung der Regierungsgewalt. Vor allem von sozialistischer Seite wird man heftige Kritik an der Wahlthese und eine verstärkte Tupamarisierung erwarten dürfen. Die neue Regierung wird feststellen müssen, daß Wahlen, in denen die Chancengleichheit der Parteien nicht gewährleistet ist, statt den sozialen Konflikt zu lösen ihn eher verschärfen und in das Feld der gewaltsamen Austragung führen werden.

⁸⁷⁾ Bei einer Gallup-Umfrage im September 1971 äußerten 89 % der Befragten diese Meinung gegenüber 5 %, die zweifelten, und 6 %, die keine Meinung abgaben; Índice Gallup de opinión pública, 176—177, September 1971, S. 18.

⁸⁸⁾ Ebenda, Tabellen 45 und 46.

Doch gilt es, jene Funktion von Wahlen hervorzuheben, die erfüllt werden können, ohne daß der Wahlsieg sie krönen muß. Nie zuvor wurde der uruguayischen Wählerschaft die Notwendigkeit ökonomischer, sozialer und politischer Reformen so deutlich gemacht wie im Wahljahr 1971. Die substantielle Neuorientierung bleibt ein gültiges Gebot der uruguayischen Politik. Ihm können langfristig die traditionellen Parteien nicht länger ausweichen, wollen sie den sozialen Konflikt nicht weiter verschärfen und an Boden für demokratische Lösungen verlieren. In dieser Perspektive wird sich das Wahlergebnis vom November 1971 relativieren. Die Aufweichung tief verankerter politischer Verhaltensweisen hat keine bessere Chance, eingeleitet und erreicht zu werden, als im Wahlkampf. Die politische Linke als Motor sozialrevolutionärer Veränderung muß sich dieser Tatsache bewußt werden und von hier her die strategische Funktion und Bedeutung von Wahlen begreifen.

Wird die Frente Amplio die Wahlen im Zusammenhang politischer Bewußtseinsbildung für und über sozialen und politischen Wandel verstehen, so dürfte die „tésis electoralista“ gegenüber dem bewaffneten Austrag der Gegensätze weiter an Boden gewinnen, ohne daß sich das Wahlergebnis Chile 1970 wiederholt.

Auch die rechten Regime Lateinamerikas suchen heute nach einer „salida electoral“, eine Lösung des politischen Engpasses durch Wahlen. Besonders deutlich wird dies im Falle Argentiniens. Es wäre in diesem Land allerdings nicht der erste Versuch, und ob er 1973 gelingt, so daß sich langfristig ein demokratisches System einrichten kann, muß sehr bezweifelt werden. Ähnliches gilt für Ecuador, wo der greise Präsident Velasco Ibarra, selbst gewählt durch das Volk, seit einem Jahr gestützt auf das Militär, seinen Abgang mit einer Volkswahl seines Nachfolgers verschönern will. Wo die politische Funktion des Militärs indes die professionell-militärische in den Schatten gestellt hat, wo Putsch und Wahl einander abwechselten, wird auch in Zukunft die Wahl als Methode, zumal als solche, politischen Wandel herbeizuführen, umstritten bleiben. Ob in Uruguay die Anerkennung der Wahl aufrecht erhalten werden wird, ist eine offene Frage.

Die Bedeutung von Wahlen in Lateinamerika am Beispiel der „demokratischen“ Wiederwahl ehemaliger Diktatoren

I. Zur Beurteilung von Verfassungen und Wahlen in Lateinamerika

Diktaturen sind in Lateinamerika seit der Unabhängigkeit der ehemaligen spanischen und portugiesischen Kolonien eher die Regel als die Ausnahme gewesen. Dennoch hat es nur selten nichtkonstitutionelle Regierungen gegeben, da auch Diktatoren stets großen Wert darauf legten, ihre Regierungen durch Verfassungen zu legitimieren¹⁾. Der nikaraguenische Diktator Anastasio Somoza (1936—1956) erließ z. B. gleich drei Verfassungen und eine umfangreiche Verfassungsreform (1939, 1948, 1950 und 1955)²⁾. Und erst in jüngster Zeit ließ der paraguayische Diktator Alfredo Ströbner eine neue Verfassung ausarbeiten (1967)³⁾.

Ähnliches wie für die Verfassungen läßt sich von Wahlen sagen, deren bloße Existenz nicht selten von außenstehenden Beobachtern bereits als Beweis für einen „Demokratisierungsprozeß“ angesehen wird — wie z. B. im Falle der Wiederwahl Ströbners in Paraguay im Februar 1968. Erst später — spätestens bei den Auseinandersetzungen zwischen Ströbner und der Katholischen Kirche Paraguays — wurde deutlich, daß sich Paraguay trotz neuer Verfassung und Abhaltung von Wahlen keineswegs auf dem Wege zur Demokratie befand.

Es ist in Lateinamerika keineswegs selten, daß sich Diktatoren in „freien Wahlen“ in ihren Ämtern bestätigen lassen. Wahlen erscheinen in solchen Fällen kaum weniger als Farce als in kommunistischen Ländern, in denen die Re-

gierungen in der Regel mit über 99 % der Stimmen bestätigt werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß man aus optischen Gründen hin und wieder eine — von Anfang an chancenlose — Opposition zuläßt oder, wie in Brasilien 1964, zu diesem Zweck eigens gründet⁴⁾. Wahlen sind also keineswegs der Beweis für Demokratie und müssen ganz besonders in Lateinamerika mit Vorsicht beurteilt werden⁵⁾. Auf der anderen Seite wird ein Phänomen häufig übersehen, dessen Interpretation Beobachtern mit westlicher Demokratievorstellung sehr schwerfällt: Die Anhängerschaft ehemaliger Diktatoren bleibt häufig auch nach deren Sturz erhalten und vermag auf lange Sicht ein politischer Faktor zu bleiben, der in einigen Fällen an Stärke von keiner anderen geschlossenen Gruppe erreicht wird. Das gilt in gleicher Weise für die Führer von sogenannten „nationalpopulistischen Bewegungen“⁶⁾ wie für ehemalige Militärdiktatoren, denen es gelungen ist, sich eine Machtbasis in bestimmten Bevölkerungsgruppen (außerhalb des Militärs) zu schaffen.

Die Stärke solcher Gruppen reicht in manchen Fällen aus, um auch aus völlig freien Wahlen

¹⁾ Für eine ausführlichere Diskussion der Bedeutung von Verfassungen in Lateinamerika z. B. im Vergleich zur Verfassung der Vereinigten Staaten vgl. R. J. Alexander, *Latin American Politics and Government*, New York 1965, S. 10 ff.

²⁾ Vgl. M. Rodríguez, *América Central*, Mexico 1967, S. 169.

³⁾ Vgl. Ströbner wieder Staatspräsident, in: FAZ v. 17. 8. 1968, und F. O. Ehlert, Fortschritte bei der Demokratisierung in Paraguay, in: FAZ v. 19. 11. 1968.

⁴⁾ Vgl. dazu J. M. Young, *Brazil*, in: B. G. Burnett und K. F. Johnson, *Political Forces in Latin America: Dimensions of the Quest for Stability*, Belmont, California, 1968, S. 461.

⁵⁾ Vgl. auch E.-J. Kerbusch, *Mittelamerika: Die Wahlen in Guatemala, Costa Rica und El Salvador*, in: *Jahrbuch Verfassung und Verfassungswirklichkeit*, Bd. 5, 1970, Teil 2 (in Vorbereitung). Darauf, daß auch der Sinn von traditionellen Wahluntersuchungen in demokratisch organisierten Entwicklungsländern umstritten ist, sei hier nur hingewiesen. Für eine kritische Stellungnahme vgl. D. Nohlen, *Chile vor den Präsidentschaftswahlen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 35—36/70, vom 29. 8. 1970, S. 25.

⁶⁾ Für den Begriff vgl. G. Germani und K. Silvert, *Estructura social e intervención militar en América Latina*, in: E. S. Di Tella u. a. (Hrsg.), *Argentina. Sociedad de Masas*, Buenos Aires 1966³, S. 236.

als Sieger hervorzugehen. Die Tatsache, daß Diktatoren, denen Machtmißbrauch und Korruption nachgewiesen wurden und deren Wirtschaftspolitik ihre Länder an den Rand des ökonomischen Ruins geführt hatte (was nicht einmal von ihren eigenen Anhängern bestritten wird), sich in freien Wahlen durchzusetzen vermögen, muß in der Tat überraschen. Traditionell erklärt man dieses Phänomen in Lateinamerika mit dem „Caudillismo“, der politischen und ökonomischen Dominanz einer Führerpersönlichkeit. Das Führerprinzip hat sich in den Unabhängigkeitskämpfen zu Beginn des 19. Jahrhunderts herausgebildet und war zu dieser Zeit notwendige Voraussetzung militärischer Erfolge. Da in fast allen lateinamerikanischen Staaten das gesamte 19. Jahrhundert und lange Perioden des 20. Jahrhunderts durch Bürgerkriege und Revolten gekennzeichnet waren, hat sich der Caudillismo bis in die heutige Zeit erhalten; die traditionelle Gefolgschaft einem Caudillo gegenüber hat sich teilweise auch auf die Führer demokratischer Parteien übertragen. Aber der Caudillismo allein vermag das Phänomen der demokratischen Wiederwahl ehemaliger Diktatoren nicht voll zu erklären: Der Peronismus z. B. ist in Argentinien auch ohne Perón — also ohne einen Caudillo — die stärkste poli-

tische Kraft geblieben. Eine Interpretation dieses interessanten Phänomens müßte vor allen Dingen zwei wichtige Fragen an einigen typischen Beispielen zu klären versuchen:

1. Wer wählt ehemalige Diktatoren oder ihre Bewegungen?

2. Welche Erwartungen (oder auch nur Versprechungen) sind für diese Wahlentscheidungen bestimmend?

Erst nachdem diese Fragen geklärt sind, kann eine dritte Frage zu beantworten versucht werden:

3. Wie können diese Erwartungen erfüllt werden, und gibt es „demokratische Institutionen (im westlichen Sinne), die dieser Aufgabe gewachsen wären?

Die letzte Frage wird besonders schwierig zu beantworten sein, zumal die meisten bisherigen Versuche offensichtlich als gescheitert betrachtet werden müssen. Was Gino Germani den Übergang von der „repräsentativen Demokratie mit erweiterter Beteiligung“ zur „repräsentativen Demokratie mit totaler Beteiligung“ nennt⁷⁾, hat seine Bewährungsprobe (noch) nirgendwo in nennenswertem Umfang bestanden.

II. Getulio Vargas und sein „Estado Novo“

Die beiden ersten klassischen „nationalpopulistischen Bewegungen“ (Germani), denen die Übernahme der Macht gelang, waren der „getulismo“ in Brasilien und der „peronismo“ in Argentinien. Bei allen Parallelitäten weisen sie doch einige so bedeutsame Unterschiede auf⁸⁾, daß es nicht möglich ist, sie einfach als zwei Ausprägungen des gleichen Phänomens zu kategorisieren.

Schon der Weg zur Macht war bei Vargas und Perón höchst verschieden, obwohl bei beiden das Militär eine entscheidende Rolle spielte. Außerdem verzichtete Vargas — einmal an der Macht — auf die Abhaltung weiterer Wahlen bis zu seinem Sturz im Jahre

1945, während Perón, an der Erhaltung einer „demokratischen Legitimation“ interessiert, sich nach seinem Wahlsieg von 1946 im Jahre 1951 für weitere fünf Jahre bestätigen ließ.

Vargas war Gouverneur des einflußreichen Staates Rio Grande do Sul gewesen, bevor er — selbst Zivilist — 1930 mit der Unterstützung der Armee Präsident wurde, obwohl er die Wahl gegen Julio Prestes, den Gouverneur von São Paulo, verloren hatte⁹⁾. Nach einer Revolution des Staates São Paulo, der sich nicht nur durch die Annullierung der Wahl von Prestes, sondern auch durch das nicht eingehaltene Versprechen einer Verfassungsreform betrogen sah, wurde 1934 eine neue Verfassung ausgearbeitet und Vargas für weitere vier Jahre zum konstitutionellen Präsidenten gewählt. In eine Diktatur im eigentlichen Sinne verwandelte sich das Regime erst,

⁷⁾ G. Germani und K. Silvert, *Estructura social e intervención militar en América Latina*, a. a. O., S. 234 ff.

⁸⁾ Der Peronismus begann seinen Aufstieg erst im gleichen Jahr, in dem der Getulismus durch die brasilianischen Militärs zunächst beendet wurde.

⁹⁾ J. M. Young, *Brazil*, a. a. O., S. 453.

als Vargas — erneut mit Unterstützung der Armee — 1937 die für das folgende Jahr fälligen Wahlen aussetzte und den „Estado Novo“ begründete. Der „Estado Novo“ beseitigte den traditionellen Föderalismus und ordnete die Bundesstaaten vollständig der Zentralregierung unter, die anstelle der freigeählten Gouverneure vom Präsidenten ernannte Interventoren einsetzte ¹⁰⁾.

Bis zum Sturz Vargas' im Jahre 1945 wurden keine Wahlen mehr abgehalten. Der Ausgangspunkt des „getulismo“ war offensichtlich keine „nationalpopulistische Bewegung“, sondern das Ergebnis einer Auseinandersetzung zwischen den reichen Südstaaten Brasiliens (São Paulo, Minas Gerais und Rio Grande do Sul) um die politische Vorherrschaft. Erst Vargas' Suche nach weiterer Unterstützung ließ in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre den „getulismo“ entstehen. Wie später Perón sicherte sich Vargas die Unterstützung der Arbeiterschaft dadurch, daß er ihr zur Integration in das politische System des Landes verhalf, indem er einige Minimalforderungen erfüllte: Mindestlöhne, Arbeitslosenkompensation, Unterstützung der Industrialisierung durch die Regierung, Schaffung neuer Arbeitsplätze. Nach europäischem Standard ging sicher keine dieser Maßnahmen weit genug, um ein System sozialer Sicherheit zu begründen, das diesen Namen verdiente; unter brasilianischen Verhältnissen bedeuteten sie jedoch eine entscheidende Verbesserung der Daseinsbedingungen der im Zuge der Industrialisierung rasch anwachsenden Industriearbeiterschaft ¹¹⁾.

Gleichzeitig gelang es Vargas, sich Unterstützung über seinen Heimatstaat hinaus zu verschaffen, indem er sich um eine Verteilung der neuen Industrie auf möglichst viele Staaten bemühte. Der dünn besiedelte Norden blieb davon allerdings weitgehend ausgenommen. Der Vorwurf wachsender Korruption — von der Vargas selbst jedoch stets ausgenommen wurde — und zu langsames ökonomisches Wachstum bereiteten den Sturz des Vargas-Regimes vor. Die alten ökonomischen Eliten sahen ihre Position zunehmend verschlechtert. Die Lasten durch die Sozialmaßnahmen stiegen, ohne daß ein entsprechendes wirtschaft-

liches Wachstum die Einbußen wieder ausgleichen hätte. Je bedrohlicher die Position von Vargas wurde, desto mehr versuchte er, sich der Unterstützung durch die (von seinen Anhängern organisierte) Arbeiterschaft zu versichern.

Diesen Bemühungen stand das Militär zunehmend skeptisch gegenüber und forderte 1945 den Rücktritt des Präsidenten. Vargas beugte sich den Forderungen der Militärs ohne Widerstand. Er hatte zwar die Unterstützung der Arbeiterschaft nicht verloren — sie war im Gegenteil in den letzten Jahren seiner Regierung zunehmend größer geworden —, aber der Enthusiasmus hatte abgenommen, da die hochgeschraubten wirtschaftlichen Erwartungen in keiner Weise erfüllt worden waren und auch die Korruptionsvorwürfe die Regierung zunehmend belasteten. Die Armee ließ 1945 Neuwahlen durchführen, aus denen der farblose Kandidat des Partido Social Democrático, Eurício Dutra, den Vargas nur halbherzig unterstützt hatte, als Sieger hervorging ¹²⁾. 1946 wurde eine neue Verfassung erarbeitet.

Bei den Wahlen von 1950 kehrte Vargas jedoch zurück. Als Kandidat der Arbeiterpartei, des Partido Trabalhista, gewann er erneut die Präsidentschaft und blieb dabei mit fast 4 Millionen Stimmen (48,7 %) nur knapp unter der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Der Kandidat der stärksten Oppositionspartei, der União Democrática Nacional, Eduardo Gomes, blieb mit 29,7 % weit abgeschlagen. Der Hauptanteil der Stimmen für Vargas kam aus den industriellen Zentren São Paulo, Minas Gerais und dem Distrito Federal ¹³⁾. Während seiner zweiten Präsidentschaft suchte Vargas deswegen die enge Zusammenarbeit mit den Bevölkerungsschichten, denen er den größten Stimmenzuwachs verdankte: den Gewerkschaften und der schlechtverdienenden und schnell anwachsenden Industriearbeiterschaft der Großstädte im Süden des Landes. 1954 waren es erneut Korruptionsvorwürfe und der Vorwurf einer Verbindung des Präsidenten mit einem Mordversuch auf Carlos Lacerda, einen seiner hartnäckigsten politischen (und publizistischen) Gegner, die das Militär veranlaßten, zum zweiten Mal den Rücktritt des Präsidenten zu fordern. Aber diesmal weigerte sich Vargas unter Verweis auf seine demokratische Legitima-

¹⁰⁾ Vgl. R. J. Alexander, *Latin American Politics and Government*, a. a. O., S. 14 f.

¹¹⁾ Eine sehr ausführliche Darstellung der Vargas-Ara liefert T. E. Skidmore, *Politics in Brazil, 1930 to 1964. An Experiment in Democracy*, New York 1967, bes. S. 29 ff.; vgl. auch J. W. F. Dulles, *Vargas of Brazil*, Austin 1967.

¹²⁾ Für Einzelheiten s. T. E. Skidmore, *Politics in Brazil*, a. a. O., S. 62 ff.

¹³⁾ T. E. Skidmore, *Politics in Brazil*, a. a. O., S. 79 f.

tion. Als er keinen Ausweg mehr sah, beging er Selbstmord und kam damit einem gewaltsamen Eingriff des Militärs zuvor.

Mit Vargas' Tod war der „getulismo“ jedoch noch keineswegs zu Ende. Sein — erneut demokratisch gewählter — Nachfolger Juscelino Kubitschek war — ebenso wie dessen Vizepräsident João Goulart — enger Mitarbeiter von Vargas gewesen. Erst 1960 schien mit der Wahl von Janio Quadros die Bewegung den Todesstoß erhalten zu haben, aber Quadros' überraschender Rücktritt nach nur 7-monatiger Präsidentschaft brachte einen weiteren Vargas-Anhänger an die Macht: den erneut zum Vizepräsidenten gewählten João Goulart, der nun mit allen Mitteln versuchte, eine Linksregierung, gestützt auf die organisierte Industriearbeiterschaft, aufzubauen¹⁴). Ein Dreijahresplan seines Wirtschaftsministers Celso Furtado sah vor allem höhere Besteuerungen der wohlhabenden Bevölkerungsschichten und stärkere staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen, insbesondere in den Außenhandel, vor, enthielt aber keineswegs „revolutionäre Vorstellungen“, wie z. B. Enteignungen im agrarischen oder industriellen Bereich.

Die Reaktion der Militärs ließ nicht lange auf sich warten: 1961 wurde eine Parlamentarisie-

rung des Regierungssystems zur Entmachtung des Präsidenten erzwungen¹⁵) und 1964 folgte schließlich, als Goulart auf demagogische Weise eine plebiszitäre Basis zu suchen begann, nachdem er die Zustimmung der Militärs endgültig verloren hatte, der Sturz des Präsidenten durch die „brasilianische Revolution“. Die Zerschlagung der alten Parteien und die politische Entrechtung fast aller ihrer Politiker zeigen sehr deutlich, daß die Militärs fürchten, bei freien Wahlen könnten erneut Männer der Vargas-Schule den Sieg davortragen. Sowohl Vargas als auch seine Nachfolger hatten ihre sozialreformerischen Zielsetzungen für wichtiger gehalten als die Einhaltung formell demokratischer Spielregeln. Und die Mehrzahl der brasilianischen Wähler schätzt offenbar eine Verbesserung ihrer sozio-ökonomischen Position höher ein als demokratische Prinzipien.

Politiker, denen es gelingt, die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß sie bereit und fähig sind, Reformen durchzuführen, die das Los der Arbeiterschaft entscheidend verbessern (Steuer-, Agrar-, Erziehungsreformen), haben ohne Zweifel in Brasilien auch dann eine Chance in demokratisch „sauberen“ Wahlen an die Macht zu gelangen, wenn sie auf alles demokratische Beiwerk verzichten.

III. Der Peronismus: auch nach dem Sturz des Diktators stärkste politische Kraft Brasiliens

Oberst Juan Domingo Peróns Weg zur Macht in Argentinien ist nur mit der Situation Argentiniens zu Beginn der vierziger Jahre dieses Jahrhunderts zu erklären. Nachdem in Argentinien 1916 die Mittelklassen durch den Wahlsieg Hipólito Yrigoyens die Macht übernommen hatten, wurden sie 1930 durch den ersten

Militärputsch seit 70 Jahren gestürzt¹⁶). Von 1930—1943 herrschten Koalitionsregierungen aus Militärs und den alten, 1916 aus der Macht verdrängten konservativen Parteien. Diese Parteien waren eng mit den kommerziellen Interessen Großbritanniens verflochten; sie wurden deswegen 1943 von den mit den Achsenmächten sympathisierenden Militärs gestürzt, als sie für 1944 den pro-britischen Großgrundbesitzer Robustiano Patrón Costas zum Präsidentschaftskandidaten nominierten¹⁷). Oberst Perón war zunächst Staatssekretär im Verteidigungsministerium und dann Chef des Sekretariats für Arbeit und soziale

¹⁴) Goulart stieß innerhalb der Arbeiterschaft allerdings auf eine unvermutete Schwierigkeit: Die spezialisierten Industriearbeiter waren inzwischen selbst in eine privilegierte Position im Vergleich zu den nichtspezialisierten Arbeitern aufgestiegen. Die Integration weiterer Arbeiter gefährdete ihre Position. Die konservative Einstellung der — relativ — gut verdienenden Industriearbeiter stellt auch heute noch ein ernstes Problem dar.

¹⁵) Für eine ausführliche Diskussion vgl. A. R. Real, *Neoparlamentarismo en América Latina*, Montevideo 1962.

¹⁶) Vgl. z. B. R. J. Alexander, *An Introduction to Argentina*, New York, Washington, London 1969, S. 35 f., und A. P. Whitaker, *Argentina, Mexico 1966*, S. 87 ff.

¹⁷) R. J. Alexander, *An Introduction to Argentina*, a. a. O., S. 40.

Sicherheit der neuen Regierung. In dieser Position begann er, sich einen Rückhalt in der Arbeiterschaft zu schaffen, indem er die Gewerkschaften intensiv förderte. Die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften stieg zwischen 1943 und 1954 auf ein Vielfaches. Bisher rivalisierende Gewerkschaftsgruppen schlossen sich unter dem Druck Peróns, der 1944 auch zum Kriegsminister und Vizepräsidenten aufgestiegen war, zusammen. Peróns Sekretariat für Arbeit und Soziale Sicherheit begann dann eine Arbeits- und Sozialgesetzgebung in die Wege zu leiten und erzwang schließlich kollektive Verhandlungen über Löhne und Gehälter; bei Konflikten fungierte das Sekretariat als Schiedsrichter, und Peróns Schiedssprüche fielen immer zugunsten der Arbeiterschaft aus, die bald glaubte, daß Perón weit mehr Verdienste um die Verbesserung ihrer Einkommen und ihrer Arbeitsbedingungen hatte als ihre Gewerkschaftsführer¹⁸⁾.

Die Popularitätskurve Peróns stieg bis 1945 steil an, und eine Gruppe von Militärs unter Führung von General Avalos versuchte, den zu mächtig gewordenen Konkurrenten auszuschalten. Perón wurde verhaftet und auf der Insel Martín García interniert. Für eine solche Aktion war es jedoch bereits zu spät: Peróns spätere Frau, Eva Duarte, mobilisierte mit Hilfe einiger Perón treu ergebener Gewerkschaftsführer — insbesondere des Führers der Schlachthofarbeiter Cipriano Reyes — die Massen der „Descamisados“, der Hemdlosen, deren Situation sich unter Perón wesentlich verbessert hatte, die bei einer gewaltigen Demonstration in Buenos Aires die sofortige Freilassung Peróns forderten¹⁹⁾. Die schwache Militärregierung beugte sich dem Diktat der Massen und ordnete die Freilassung Peróns an. Perón verzichtete auf seinen militärischen Rang und auf seine politischen Ämter und widmete sich ganz der Wahlkampagne für die Präsidentschaftswahl von 1946. Zu seiner Unterstützung organisierten sich seine Anhänger in einer Arbeiterpartei. Alle anderen politischen Parteien des Landes schlossen eine antiperonistische Koalition, die Unión Democrática, die den Radikalen José Tamborini nominierte²⁰⁾. Peróns Wahlsieg war mit 55 % kei-

neswegs überwältigend, aber in Anbetracht der Tatsache, daß sich alle traditionellen politischen Kräfte des Landes gegen ihn zusammengeschlossen hatten, sehr deutlich. Auch im Parlament erhielt er in beiden Kammern große Mehrheiten²¹⁾.

Mit diesen Mehrheiten wäre eine erfolgreiche demokratische Regierung durchaus denkbar gewesen. Perón zog es jedoch vor, zunächst seine Position in der Arbeiterschaft weiter zu festigen, um den erforderlichen Rückhalt für eine Diktatur sicherzustellen. Am Ende der Herrschaft Peróns hatte sich die Mitgliedschaft der Gewerkschaften von 300 000 auf fast 6 Millionen verzwanzigfacht²²⁾. Nachdem Perón seine Herrschaft so gefestigt hatte, schienen ihm viele der alten Gewerkschaftsführer, die ihm zur Macht verholfen hatten, gefährlich zu werden. Sie wurden abgesetzt, deportiert oder ins Gefängnis geworfen, weil sie eine eigene Machtstellung in der Arbeiterschaft besaßen, die sie nicht Perón verdankten. 1949 ließ Perón eine neue Verfassung verabschieden, die bis zu seinem Sturz im Jahre 1955 in Kraft blieb und viele seiner Handlungen legitimierte, die der geltenden Verfassung von 1853 widersprachen.

Peróns Herrschaft hat nicht nur den organisatorischen Zusammenschluß der Arbeiterschaft Argentiniens zustande gebracht, sondern auch eine unverkennbare Verbesserung der Lebensbedingungen der unteren Schichten²³⁾. Diese Errungenschaften, zu denen in der Sicht seiner Anhänger auch Wohnungsbauprogramme, spektakuläre Verwaltungsbauten (objektiv unwirtschaftliche) Industrieanlagen usw. gehörten, gerieten durch die peronistische Wirtschaftspolitik, die die Landwirtschaft, den eigentlichen Reichtum des Landes, zugunsten einer überstürzten Industrialisierung vernachlässigte, bald in Gefahr. Auch seine Nationalisierungspolitik — vor allem der Aufkauf der in englischer Hand befindlichen Eisenbahnen — konnte trotz aller Popularität dieser Maßnahmen von Argentinien ökonomisch nicht verkraftet werden.

¹⁸⁾ Fast zwei Drittel in der Kammer und außer zweien alle Sitze im Senat. R. J. Alexander, *An Introduction to Argentina*, a. a. O., S. 43.

¹⁹⁾ Vgl. B. Goldenberg, *Lateinamerika und die kubanische Revolution*, Köln, Berlin 1963, S. 111.

²⁰⁾ Goldenberg zitiert eine Feststellung Raul Prebischs aus dem Jahre 1955, nach dem das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung von 1945 bis 1955 nur um 3,5 % zunahm, während das Realeinkommen der Industriearbeiterschaft um 47 % stieg. Vgl. B. Goldenberg, *Lateinamerika und die kubanische Revolution*, a. a. O., S. 114, FN 3.

¹⁸⁾ Vgl. R. J. Alexander, *Argentine Labor before Perón and under Perón*, in: J. R. Barager, *Why Perón came to Power. A Background to Peronism in Argentina*, New York 1968, S. 189 ff.

¹⁹⁾ Vgl. A. P. Whitaker, *Argentina*, a. a. O., S. 153.

²⁰⁾ R. J. Alexander, *An Introduction to Argentina*, a. a. O., S. 43.

Zudem griff Perón zu immer härteren diktatorischen Maßnahmen, um seine Regierung zu sichern. Die Pressefreiheit wurde aufgehoben, Richter, die sich seinen Forderungen nicht beugten, abgesetzt, verhaftet oder des Landes verwiesen; seinen Gegnern wurde jegliche politische Betätigung verboten. Peróns Wiederwahl im Jahre 1951, bei der sich alle bedeutenden politischen Gegner längst im Exil befanden, kann keineswegs mehr als demokratisch bezeichnet werden. So zeigte sich bei seinem Sturz 1955, für den seine wachsenden Diskrepanzen mit der Katholischen Kirche²⁴⁾ und Teilen des Militärs verantwortlich waren, alle Welt zufrieden über das Ende einer Gewaltherrschaft, die zudem Argentinien in die schwerste ökonomische Krise seiner Geschichte gestürzt hatte. Mit dem Sturz Peróns war jedoch der Peronismus noch keineswegs beseitigt. Zur großen Überraschung aller Beobachter stimmten bei den ersten demokratischen Wahlen nach dem Sturz des Diktators mehr als 2 Millionen Wahlberechtigte für Perón, indem sie seinem Aufruf folgten, weiße Stimmzettel abzugeben. Die „Partei der weißen Stimmzettel“ wurde damit die stärkste Partei des Landes.

Die Stimmen der wichtigsten Parteien bei den argentinischen Parlamentswahlen von 1957²⁵⁾

Partei	Stimmen	in %
UCRP ²⁶⁾	2 016 929	23,3
UCRI	1 847 583	21,2
Sonstige	2 704 936	31,0
Weißer Stimmzettel (Peronisten)	2 123 806	24,5
Insgesamt:	8 703 254	100

Wie groß der Einfluß des gestürzten Diktators immer noch war, zeigte sich dann bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1958. Perón änderte seine Anweisung an die argentinischen

²⁴⁾ 1946 hatte ihn die Katholische Kirche noch gegen den „laizistischen“ Radikalen Tamborini bedingungslos unterstützt.

²⁵⁾ Zahlen aus B. G. Slow, *Argentina*, in: B. G. Burnett und K. F. Johnson, *Political Forces in Latin America. Dimensions of the Quest for Stability*, a. a. O., S. 419.

Wähler, da der UCRI-Kandidat, Arturo Frondizi, ihm die Gewähr für eine Berücksichtigung des Peronismus bei der Regierung zu geben schien. Deswegen empfahl er die Stimmabgabe für Frondizi, mit dem Resultat, daß der Kandidat des 1951 noch klar unterlegenen UCRI einen überwältigenden Wahlsieg über den Kandidaten des UCRP, Ricardo Balbín, erzielte. Frondizis 42 % der Stimmen (gegen Balbíns 25 %) sind nur durch die Stimmen der Peronisten zu erklären.

Bei den Kongreßwahlen von 1960 gaben jedoch wieder über 24 % der Wähler weiße Stimmzettel ab. Nachdem Perón Frondizi seine Unterstützung wieder entzogen hatte, fiel dessen UCRI wieder auf den 3. Platz zurück.

Die Stimmen der wichtigsten Parteien bei den Kongreßwahlen 1960²⁷⁾

Partei	Stimmen	in %	Sitze
UCRP	2 057 394	23,8	51
UCRI	1 777 373	20,4	45
Weißer Stimmzettel (Peronisten)	2 110 432	24,4	0

Dennoch glaubte sich Frondizi 1962 stark genug, gegen den Willen der Militärs die Peronisten zu den Provinzwahlen wieder zuzulassen²⁸⁾ — mit dem Ergebnis eines überwältigenden Wahlsieges der Peronisten mit 31,9 % aller abgegebenen Stimmen. UCRP und UCRI waren mit 19,9 und 24,5 % der Stimmen klar abgeschlagen. Die Peronisten gewannen damit in 9 der 22 Provinzen des Landes die Gouverneurswahlen. Die Militärs waren jedoch nicht willens, dieses Ergebnis hinzunehmen; insbesondere der Wahlsieg

²⁶⁾ Die Abkürzungen bedeuten: UCRP = Union Cívica Radical del Pueblo, UCRI = Union Cívica Radical Intransigente.

²⁷⁾ Zahlen aus K. H. Silvert, *An Assessment of the Frondizi Regime*, in: R. R. Fagen und W. A. Cornelius, *Political Power in Latin America. Seven Confrontations*, Englewood Cliffs 1970, S. 124.

²⁸⁾ Snow glaubt, daß die für die UCRI günstigen Wahlen in einigen Provinzen im Norden des Landes den Präsidenten davon überzeugt hatten, die Peronisten stellten keine Gefahr mehr dar. Vgl. P. G. Snow, *The Reemergence of the Peronistas*, in: R. R. Fagen, und W. A. Cornelius, *Political Power in Latin America*, a. a. O., S. 127.

eines peronistischen Gouverneurs in Buenos Aires war für sie nicht akzeptabel. Zwar annullierte Frondizi die Ergebnisse in fünf von den Peronisten gewonnenen Provinzen, doch reichte das den Militärs bereits nicht mehr aus: Frondizi wurde noch im gleichen Jahr zum Rücktritt gezwungen. Bei den 1963 angesetzten Neuwahlen schienen die Peronisten sich zu spalten — nur noch ein Teil der Wähler hielt sich an die Aufforderung Peróns, weiße Stimmzettel abzugeben — und etwa 25 % der Stimmen für die Peronisten entfielen auf neoperonistische Parteien, die ihre Unabhängigkeit vom Führer in Madrid mit ihrer Kandidatur demonstrierten. Weiße Stimmzettel und neoperonistische Parteien waren jedoch erneut mit 23,7 % der Stimmen fast so stark wie die siegreiche UCRP, deren Kandidat Arturo Illia mit 24,9 % der Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde²⁹⁾.

Der Peronismus hatte noch immer nichts von seiner Attraktivität eingebüßt. Auch Illia glaubte — insbesondere nachdem viele peronistische Wähler 1963 den Anweisungen Peróns nicht gefolgt waren — die Peronisten wieder zulassen zu können. Resultat war ein neuer überwältigender Wahlsieg der Peronisten, die mit 35 % der Stimmen bei den Kongreßwahlen von 1965 ihr bestes Ergebnis seit dem Verbot der Partei erzielten — 10 Jahre nach dem Sturz des Diktators. Die Dominanz der Peronisten im Kongreß, die die Regierung Illia weitgehend lähmte, führte schließlich 1966 zu erneutem Eingreifen der Militärs, die den Präsidenten stürzten, den Kongreß auflösten und alle Parteien verboten. Auch heute sind die Peronisten nach wie vor die stärkste geschlossene politische Gruppierung in Argentinien. An dem Versuch, diese Tatsache zu negieren, sind auch die beiden Militärregierungen Onganía und Levingston

gescheitert, und der neue Machthaber, General Lanusse, scheint gerade dabei zu sein, dieser Tatsache in Zukunft Rechnung zu tragen³⁰⁾.

Wie erklärt es sich nun, daß der Peronismus auch mehr als 15 Jahre nach dem Sturz des Diktators noch immer die stärkste politische Kraft Argentiniens ist? Die heutigen Anhänger Peróns scheinen Szulc's Urteil über die peronistische Regierung als einer „Diktatur fast völlig ohne positive Aspekte“³¹⁾ jedenfalls nicht zu teilen. Offensichtlich haben die unteren Bevölkerungsschichten in Argentinien noch nicht vergessen, daß es Perón war, der ihre Integration in die Gesellschaft ermöglicht hat. Daran können auch der Nachweis der Korruption³²⁾, aufgedeckte Skandale³³⁾ und der wirtschaftliche Niedergang, den der Peronismus verschuldete³⁴⁾, nichts ändern.

²⁹⁾ Vgl. auch F. O. Ehlert, Perón ante Portas, in: FAZ, vom 24. 4. 1971.

³¹⁾ T. Szulc, The Dictators, in: R. D. Tomasek, Latin American Politics, a. a. O., S. 45.

³²⁾ Der Korruptionsvorwurf scheint in Lateinamerika ohnehin wenig zugkräftig zu sein. Dem Verfasser gegenüber wurde gerade in Argentinien häufig das Argument vertreten, ein korrupter Diktator sei immer noch billiger als 1000 korrupte Berufspolitiker während einer „Demokratie“.

³³⁾ So z. B. der Vorwurf der Unzucht mit einer Minderjährigen; die Peronisten haben allerdings seit jeher als Preis für eine Zusammenarbeit mit der Regierung die Rehabilitierung Peróns von dieser Anklage gefordert. Vgl. auch F. O. Ehlert, Perón ante Portas, in: FAZ v. 24. 4. 1971.

³⁴⁾ Vgl. auch B. Goldenberg, Lateinamerika und die kubanische Revolution, a. a. O., S. 115. Dem „Mann auf der Straße“ fiel der Unterschied zur nachperonistischen Politik jedoch kaum auf, denn die aus dem westlichen Ausland als „gesund und solide“ bezeichnete Austeritätspolitik der auf Perón folgenden Regierungen brachte ihm nur neue und einschneidendere Nachteile. Auch die Regierungen Ongánias und Levingstons sind letztlich an diesem Problem gescheitert. Sowohl der Putsch im Juni 1970 als auch der erneute Staatsstreich im März 1971 waren in erster Linie ein Protest gegen die Unfähigkeit der Regierungen, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die das Vertrauen der Arbeiterschaft hätte wiederherstellen können.

²⁹⁾ Zahlen aus J. W. Rowe, Argentina: An Election Retrospect, in: R. D. Tomasek, Latin American Politics. Studies of the Contemporary Scene, Garden City, New York 1966, S. 416.

IV. Die Wahlchancen ehemaliger Militärdiktatoren

Getulismus und Peronismus werden in der Regel den populistischen Bewegungen in Lateinamerika zugerechnet³⁵⁾. Ihre Verankerung in den Bevölkerungsgruppen, die erst mit Hilfe der Bewegung in die nationale Gesellschaft integriert wurden (und dabei ein Minimum an sozialer Sicherheit erhielten), ist in Brasilien und Argentinien nach wie vor weitgehend unabhängig von der Person des politischen Führers erhalten geblieben³⁶⁾.

Aber nicht nur Führer solcher populistischer Bewegungen (mit ideologischen Fundierungen wie Nationalismus, Industrialisierung, gerechte Verteilung des Reichtums etc.), sondern auch Militärdiktatoren „klassischer Prägung“ haben es in Lateinamerika nicht selten vermocht, auch in „freien demokratischen Wahlen“ beträchtliche Stimmzahlen zu erzielen. Ein frühes Beispiel war 1952 die Wiederwahl des Exdiktators Carlos Ibáñez in Chile. Chile ist das Land mit der längsten demokratischen Tradition in Lateinamerika. Seit 1831 gab es nur zwei gewaltsame Machtwechsel: 1891, als Präsident Balmaceda gestürzt wurde und das präsidentielle System des Landes einem parlamentarischen weichen mußte und 1924, als ein Militärputsch zur Wiedereinführung des präsidentiellen Systems führte³⁷⁾. Die Herrschaft der Militärs dauerte von 1924 bis 1931, und der zweite Präsident

dieser Periode war General Carlos Ibáñez, der 1927 den Rücktritt des Präsidenten Emiliano Figueroa erzwungen hatte. Ibáñez, der sich zunehmend autoritärer gebärdete³⁸⁾, wurde 1931, nachdem es ihm nicht gelungen war, die größer werdende ökonomische Krise zu überwinden, in der sich Chile im Sog der Weltwirtschaftskrise befand, durch einen von den öffentlichen Bediensteten, Lehrern und Studenten initiierten Bummelstreik zum Rücktritt und zum Verlassen des Landes gezwungen³⁹⁾. Mit Beginn der Volksfront-Regierungen unter der Führung des Partido Radical (1938—1952) wurde Ibáñez erneut politisch aktiv tätig, und zwar innerhalb des Partido Agrario Laborista, einer Abspaltung der alten Liberalen Partei. Bereits 1942 errang er 44 % der abgegebenen Stimmen, unterlag damit aber gegen den Volksfront-Kandidaten Juan Antonio Ríos. 1952 kandidierte er erneut und erreichte mit 45,2 % der Stimmen gegen drei weitere Kandidaten die relative Mehrheit.

Das Wahlergebnis⁴⁰⁾ kam vor allem durch den Zerfall der Volksfront zustande, die der letzte radikale Präsident Gabriel Gonzales Videla durch das „Gesetz zum ständigen Schutz der Demokratie“ aus dem Jahre 1948, mit dem die Kommunistische Partei verboten worden war, selbst zerstört hatte⁴¹⁾. Der Kandidat der Radikalen Partei, Pedro Alfonso, erreichte mit fast 20 % immerhin noch ein Achtungsergebnis, das nur knapp unter dem Ergebnis der Parlamentswahlen des Jahres 1949 (dem besten Ergebnis, das die Radikalen bis zu diesem Zeitpunkt je erreicht hatten) lag. Das widerspricht der Annahme Johnsons, der Sieg von Ibáñez sei auf die Desertion der mit der Volksfront unzufriedenen Mittelschichten von der Radikalen Partei zurückzuführen gewesen⁴²⁾. Viel-

³⁵⁾ Es erscheint dem Verfasser wenig sinnvoll, bei der Betrachtung des Populismus in Lateinamerika auf die beiden autoritären Spielarten des Populismus zu verzichten und nur „demokratische Populisten-Parteien“ unter diesem Begriff zusammenzufassen, wie z. B. R. F. Lamber, *Der lateinamerikanische Populismus*, Bad Godesberg, Sommer 1966, oder auch R. J. Alexander, *Latin American Politics and Government*, a. a. O., S. 62 ff. Für eine Definition, die Getulismus und Peronismus einschließt, s. z. B. T. E. Skidmore, *Politics in Brazil*, a. a. O., S. 67. Es ist keineswegs auszuschließen, daß manche der demokratischen Populisten-Parteien nur aus Mangel an Gelegenheit „demokratisch“ geblieben sind. Die jüngsten Äußerungen des Ex-Präsidenten der Dominikanischen Republik, Juan Bosch, deuten jedenfalls in diese Richtung. Vgl. W. Grabendorff, *Latein-Amerika — wohin? Informationen und Analysen*, München 1970, S. 54.

³⁶⁾ Die Bedeutung der „Caudillismo-Tradition“ für dieses Phänomen soll keineswegs geleugnet werden, aber immerhin erreichten die Peronisten, wie bereits erwähnt, 1965 auch ohne Perón mehr als ein Drittel aller Stimmen und bildeten damit die stärkste politische Kraft Argentinienens.

³⁷⁾ A. Magnet, *Politisches Panorama Latein-Amerikas*, in: W. Molt (Hrsg.), *Latein-Amerika*, Bonn 1965, S. 54.

³⁸⁾ Die bürgerlichen Freiheiten wurden ausgesetzt, die politischen Parteien an jeder Betätigung gehindert, ihre Führer deportiert. Vgl. G. Urzúa Valenzuela, *Los partidos políticos chilenos. Las fuerzas políticas. Ensayos de insurgencia política en Chile*, Santiago 1968, S. 69.

³⁹⁾ Vgl. F. G. Gil, *The Political System of Chile*, Boston 1966, S. 61, und G. Urzúa Valenzuela, *Los partidos políticos chilenos*, a. a. O., S. 70.

⁴⁰⁾ Für Zahlenangaben s. G. Urzúa Valenzuela, *Los partidos políticos chilenos*, a. a. O., S. 93.

⁴¹⁾ Vgl. auch F. Gil, *The Political System of Chile*, a. a. O., S. 73.

⁴²⁾ J. J. Johnson, *Political Change in Latin America. The Emergence of the Middle Sectors*, Stanford, Cal., 1965³, S. 91.

mehr scheint die ineffektive Verwaltung der Volksfront-Regierungen viele Wähler der Links-Parteien davon abgehalten zu haben, den beiden mit der Volksfront identifizierten Kandidaten Alfonso und Allende ihre Stimme zu geben. Gerade die Wähler der Linken müssen also Ibáñez gewählt haben und damit einem Kandidaten ihre Stimme gegeben haben, der die traditionell herrschenden wohlhabenden Schichten des chilenischen Südens verkörperte. Nur so ist das überaus schlechte Abschneiden des gemeinsamen Kandidaten von Sozialisten und Kommunisten, Salvador Allende, zu erklären, denn bei den Parlamentswahlen von 1949 hatten allein die sozialistischen Parteien fast 10 % der Stimmen erhalten ⁴³⁾.

Ibáñez wurde, obwohl er nicht die zur Wahl erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hatte, nach der politischen Tradition Chiles vom Kongreß zum Präsidenten gewählt ⁴⁴⁾. Die von der Wählerschaft offenbar erwartete höhere Effizienz der Regierung Ibáñez blieb jedoch aus. Ibáñez, bei seiner Wahl bereits 75 Jahre alt, hatte nicht mehr die Dynamik, die seine Diktatur zwischen 1927 und 1931 gekennzeichnet hatte. Zudem fehlte ihm die Unterstützung im Parlament, nachdem die Volkssozialisten, die Ibáñez' Koalitionsangebot zunächst angenommen hatten, bereits sechs Monate später die Koalition verließen ⁴⁵⁾. Wie sehr seine Wahl eine „Persönlichkeitswahl“ gewesen war, zeigte sich bei den Parlamentswahlen im Jahre 1953: sein Partido Agrario Laborista erhielt nur 15,1 % der Stimmen — bis 1961 hatte sich die Partei völlig aufgelöst. Ohne parlamentarischen Rückhalt mußte seine Regierung erfolglos bleiben — 135 Minister wechselten sich während seiner Amtszeit im Kabinett ab und nichts von dem, was sich die Wähler von ihm versprochen hatten, wurde verwirklicht ⁴⁶⁾.

In einer ähnlichen Situation wie Chile 1952 befand sich Kolumbien im Jahre 1970. So wie sich in Chile die Volksfront-Regierung als un-

fähig erwiesen hatte, die versprochenen Reformen durchzuführen, war in Kolumbien 1970 die Koalitionsregierung aus den beiden traditionellen Parteien des Landes, die sogenannte Regierung des „Frente Nacional“, auf dem Tiefpunkt ihrer Popularität angelangt ⁴⁷⁾. Das System des Frente Nacional, das durch ein Abkommen zwischen Vertretern der beiden traditionellen Parteien 1957 in Spanien mit dem Ziel, den Diktator Gustavo Rojas Pinilla zu stürzen, geschaffen worden war, sah vor, daß sich Liberale und Konservative für 16 Jahre in der Präsidentschaft abwechselten und die Mandate im Kongreß und alle anderen politischen Ämter zu gleichen Teilen auf die beiden Parteien aufgeteilt wurden. Dieses System der großen Koalition hatte die Erwartungen der Wählerschaft in keiner Weise zu erfüllen vermocht, zumal das wirtschaftliche Wachstum des Landes durch den außergewöhnlich starken Bevölkerungszuwachs wieder wettgemacht worden war. 1970 begann die letzte Regierungsperiode unter dem System des „Frente Nacional“, und die Konservative Partei hatte nach der Verfassung das Recht, den Präsidenten zu stellen. Die fehlende Geschlossenheit der Partei führte dazu, daß sich vier Kandidaten um die Präsidentschaft bewarben, unter ihnen Ex-Diktator Gustavo Rojas Pinilla, der Führer der oppositionellen Alianza Nacional Popular (ANAPO), die, da die Verfassung nur zwei Parteien zuläßt, gleich als Untergruppe beider Parteien auftrat und auch innerhalb beider Parteien erhebliche Stimmen- und Mandatsgewinne erreichte. Die Zersplitterung der Konservativen rückte einen Rojas-Sieg mehr und mehr in den Bereich des Möglichen, zumal die ANAPO unter der Regie von Rojas' Tochter Maria Eugenia eine außerordentlich intensive und wirkungsvolle Wahlkampagne führte ⁴⁸⁾. Nachdem die ANAPO bereits 1966 750 000 Stimmen erreicht hatte, rechnete Rojas für 1970 mit 1,2 Mio. Stimmen.

Diese Annahme schien keineswegs unrealistisch, und der amtierende (liberale) Präsident Carlos Lleras Restrepo sah sich noch kurz vor

⁴³⁾ Dabei waren die Sozialisten allerdings in drei Gruppen gespalten. Die Kommunisten waren bei dieser Wahl bereits verboten.

⁴⁴⁾ Die Ibáñez unterstützenden Parteien Partido Agrario Laborista und Falange Nacional verfügten im Kongreß über 17 Mandate (von 147). S. G. Urzúa Valenzuela, *Los partidos políticos chilenos*, a. a. O., S. 90.

⁴⁵⁾ Der PSP verfügte immerhin über 20 Mandate. S. J. Petras, *Politics and Social Forces in Chilean Development*, Berkeley — Los Angeles 1969, S. 165.

⁴⁶⁾ H. Kantor, *Patterns of Politics and Political Systems in Latin America*, Chicago 1969, S. 547 f.

⁴⁷⁾ Für Einzelheiten zum System des Frente Nacional vgl. J. D. Martz, *Colombia. Un estudio de política contemporánea*, Bogotá 1969, insbesondere S. 315 ff., R. H. Dix, *Colombia: The Political Dimensions of Change*, New Haven, London 1967, und E. J. Kerbusch, *Kolumbien vor dem Ende eines Regierungssystems auf Zeit*, zur Veröffentlichung vorgesehen in: *Jahrbuch Verfassung und Verfassungswirklichkeit*, Bd. 6, 1971.

⁴⁸⁾ Eine Frau in Kolumbiens Wahlkampf, in *FAZ* v. 10. 3. 1970.

der Wahl gezwungen, seine angekündigte Neutralität aufzugeben und öffentlich für den offiziellen Kandidaten, Misael Pastrana, Partei zu ergreifen. Aber selbst diese Unterstützung reichte nicht aus. Am Abend des Wahltages führte Rojas Pinilla bei der Auszählung deutlich vor Pastrana. Wie das Wahlergebnis tatsächlich ausgesehen hat, wird sich kaum jemals ganz sicher feststellen lassen. Jedenfalls ermittelten die Wahlbehörden, nachdem zunächst eine Nachrichtensperre verhängt und eine erneute Auszählung verfügt worden war, eine knappe Mehrheit von 2 % der Stimmen für Pastrana. Die gesamten Umstände der Auszählung und die regierungsamtliche Informationspolitik vor Bekanntgabe des „offiziellen“ Ergebnisses lassen zumindest erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Ergebnisses aufkommen⁴⁹⁾.

Rojas hat diesen ungewöhnlichen Wahlerfolg vor allem durch einen Wahlkampf erreicht, der auf den Versäumnissen des „undemokratischen“ Systems des Frente Nacional aufgebaut war, das bei den Wählern ohnehin an Attraktivität verloren hatte⁵⁰⁾. Die Tatsache, daß mit Rojas erstmals seit 1950 wieder eine chancenreiche Opposition zur Wahl stand, steigerte die Wahlbeteiligung dabei von 27 % (1968) auf fast 50 %.

Erste Analysen der Wahl, die vom Statistischen Amt Kolumbiens veröffentlicht wurden, zeigen, daß Rojas gerade von den Wählern gewählt worden ist, die unter dem geringen wirtschaftlichen Wachstum und unter dem raschen Bevölkerungszuwachs besonders leiden: den Unterschichten, die vor allen Dingen in den Randzonen der Großstädte konzentriert sind⁵¹⁾.

⁴⁹⁾ Vgl.: Bedrohliche Lage in Kolumbien nach den Präsidentschaftswahlen, in: FAZ v. 23. 4. 1970, und: Spannung in Kolumbien hält an, in: FAZ v. 1. 5. 1970. Die Zahlen sind nach Angaben der Registraduría Nacional del Estado Civil zit. aus: Debelada Conspiración Militar en Colombia, in: El Universal (Caracas) v. 24. 4. 1970.

⁵⁰⁾ Da die Wahl ohnehin keine Bedeutung hatte — der Wahlsieger und die Machtverteilung standen ja bereits vor der Wahl fest —, hat die Wahlbeteiligung seit 1957 rapide abgenommen. 1957 (Verfassungsplebiszit) beteiligten sich noch 72 % der Wahlberechtigten, 1958 noch 58 %, 1962 49 % und 1964 nicht einmal 40 %. Bei der Parlamentswahl von 1968 stimmten sogar nur 27 % der Wahlberechtigten ab. Zahlen aus der „Registraduría Nacional del Estado Civil. Organización y estadísticas electorales, Bogotá 1968, S. 191.

⁵¹⁾ Veröffentlicht vom Departamento Administrativo Nacional de Estadística (DANE), Informe al Congreso, Bogotá 1970.

In den Großstädten lag Rojas deswegen auch sehr deutlich vor Pastrana. In den gleichzeitig gewählten kommunalen Parlamenten der Großstädte ist die ANAPO fast überall die stärkste Fraktion geworden. Dabei erscheint ihr Potential noch keineswegs ausgeschöpft: die größte Zahl der Nichtwähler entstammt den Unterschichten, also dem Teil der Bevölkerung, der offenbar am ehesten für den Ex-Diktator zu mobilisieren ist.

Auch in Kolumbien sind es also die Stimmen der natürlichen Wähler linker Parteien, die einem früheren Diktator ihre Stimmen geben, weil sie glauben, daß er die bestehenden Probleme, insbesondere im sozio-ökonomischen Bereich, effizienter in Angriff nehmen würde, als die traditionellen politischen Parteien, deren Mißerfolg sie aller Sympathien beraubt hat.

Auch in Kolumbiens südlichem Nachbarland Peru versuchte ein früherer Militärdiktator, in demokratischen Wahlen die freiwillig abgegebene Macht⁵²⁾ zurückzuerobern: Manuel Odría, der 1948 durch einen Staatsstreich die Macht übernommen hatte, 1956 schrieb Odría Wahlen aus, aus denen Expräsident Manuel Prado (1939—1945) als Sieger hervorging⁵³⁾. Unter Prado wurde Perus stärkste Partei, die Partido Aprista Peruano unter Victor Haya de la Torre, nach mehr als 20jährigem Verbot wieder zugelassen⁵⁴⁾. Prado arbeitete zwar mit der APRA zusammen, bemühte sich aber, sie aus den wichtigsten politischen Ämtern fernzuhalten, da er fürchtete, die Feindschaft zwischen dem peruanischen Militär und der APRA könnte zu einem neuen militärischen Staatsstreich führen⁵⁵⁾. Am Ende der Regierungszeit Prados entschied sich der Präsident jedoch, den APRA-Führer Haya de la Torre bei den Präsidentschaftswahlen von 1962 zu

⁵²⁾ Szulc sieht sich durch die freiwillige Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen veranlaßt, von „enlightened, benevolent dictatorship“ zu sprechen. T. Szulc, *The Dictators*, a. a. O., S. 47. Odría als „wohlwollender“ als Perón oder Rojas Pinilla einzustufen scheint aber recht willkürlich — wie manche von Szulcs Feststellungen, die oft nur die persönliche Sympathie oder Antipathie des Autors wiedergeben.

⁵³⁾ Vgl. M. Aslisky, Peru, in: B. G. Burnett und K. F. Johnson, *Political Forces in Latin America*, a. a. O., S. 296.

⁵⁴⁾ Für eine ausführliche Studie über die APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana) und ihre peruanische Ausprägung PAP (Partido Aprista Peruano) sowie ihren Führer Haya de la Torre vgl. H. Kantor, *Ideology and Program of the Peruvian Aprista Party*, Los Angeles 1953.

⁵⁵⁾ M. Alisky, Peru, a. a. O., S. 297.

unterstützen. Gegenkandidaten Hayas waren der 1956 abgetretene Diktator Odría, unterstützt von der von ihm gegründeten konservativen Unión Nacional Odrísta (UNO), und der Führer des seit 1956 zu politischer Bedeutung aufgestiegenen Partido Acción Popular, Fernando Belaúnde Terry. Daneben kandidierten noch einige kleinere Parteien, an der Spitze der Partido Social Cristiano mit seinem Parteiführer Hector Cornejo Chávez. Die Wahl endete mit einem überraschenden Sieg Haya de la Torres über alle anderen Kandidaten. Haya erhielt dabei jedoch nur 0,7 % mehr Stimmen als sein schärfster Konkurrent Belaúnde und war damit zwar stärkster Kandidat, ihm fehlten jedoch einige Hundert Stimmen an dem nach der Verfassung erforderlichen Drittel aller abgegebenen Stimmen⁶⁶⁾. Dadurch wurde die Wahl in den Kongreß verlagert. Im Kongreß war die APRA zwar die stärkste Partei, sie mußte aber eine Koalition bilden, um eine Mehrheit herzustellen. Nachdem Verhandlungen mit Belaúnde gescheitert waren, machte die APRA Odría ein Koalitionsangebot, nach dem APRA und UNO Odría zum Präsidenten und einen APRA-Vertreter zum Vizepräsidenten wählen sollten⁶⁷⁾. Ex-Diktator Odría schien damit sein Ziel, erneut und diesmal demokratisch zum Präsidenten gewählt zu werden, erreicht zu haben. Eine Machtübernahme der UNO-APRA-Koalition erschien den peruanischen Militärs jedoch nicht akzeptabel. Sie forderten den amtierenden Präsidenten Prado auf, die Wahlen zu annullieren. Als dieser sich weigerte, übernahmen sie selbst die Macht⁶⁸⁾. Unter innerem und äußerem Druck⁶⁹⁾ entschlossen sich die Militärs jedoch, 1963 eine neue Wahl abhalten zu lassen. Die Kandidaten waren die gleichen wie im Vorjahr. Lediglich die kleinen Parteien verzichteten auf eine neue Kandidatur. Der christlich-soziale Kandidat verzichtete offiziell zugunsten des Acción Popular-Kandidaten Belaúnde Terry, der dadurch — bei offenbar durch die lange Wahlkampagne stark angestiegener Wahlbeteiligung — Haya de la Torre überflügeln konnte. Odrías Anteil ging um etwa 3 % zurück.

Die Wahlen von 1962 und 1963 in Peru⁶⁰⁾

Partei	1962		1963	
	Stimmen	%	Stimmen	%
APRA (Haya de la Torre)	557 047	32,95	623 553	34,35
AP (Belaúnde Terry)	544 180	32,20	708 931	39,06
UNO (Odría)	480 798	28,43	463 325	25,53
PSC (Cornejo Chávez)	16 658	2,85	—	—

Die Zusammenarbeit mit der APRA hat Odría offenbar einigen Kredit bei seinen Wählern gekostet. Unzufriedene UNO-Wähler dürften deshalb 1963 Belaúnde als das kleinere Übel gewählt haben. Der AP-Kandidat siegte aber sicher nicht zuletzt wegen der Koalition mit den Christlich-Sozialen und der Unterstützung durch die Militärjunta.

Nach dieser Niederlage dürfte Odría kein politisch bedeutsamer Faktor mehr sein. Sein schlechter Gesundheitszustand und verschiedene Skandale um seine Person haben sicher dazu beigetragen. Seine personalistische Partei dürfte ohnehin seinen Tod kaum überdauern. Zudem hat der neuerliche Staatsstreich von 1968 in Peru neue Verhältnisse geschaffen, unter denen die traditionellen politischen Parteien zumindest vorerst keine nennenswerte Rolle mehr spielen⁶¹⁾.

Anders als Odría in Peru und Rojas Pinilla in Kolumbien, denen schon wegen ihres Alters kaum noch Chancen auf eine erneute Präsidentschaft eingeräumt werden können, ist die Situation für Ex-Diktator Marcos Pérez Jiménez in Venezuela erheblich günstiger einzuschätzen. Zwar hatte der 1957 von der Macht verdrängte Pérez Jiménez⁶²⁾ bei seinem ersten

⁶⁰⁾ Die Zahlen sind wegen der besseren Vergleichbarkeit aus H. Kantor, *Patterns of Politics and Political System in Latin America*, a. a. O., S. 477 f., entnommen. Die dem Verfasser vorliegenden hektografierten Angaben des Jurado Nacional de Elecciones weichen von diesen Angaben geringfügig ab. Die Abweichungen (alle wesentlich geringer als 1 %) ändern jedoch nichts an den Ergebnissen.

⁶¹⁾ Für eine kurze Analyse des neuen Regimes in Peru S. K. Lindenberg, *Nasserismus in Lateinamerika? Der Fall Peru*, in: *Vierteljahresberichte* aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 37, September 1969, S. 289—314.

⁶²⁾ Vgl. J. D. Martz, *Venezuela*, in: B. G. Burnett, und K. F. Johnson, *Political Forces in Latin America*, a. a. O., S. 204.

⁶⁶⁾ Für Zahlenangaben liegen hektografierte Angaben des Jurado Nacional de Elecciones vor.

⁶⁷⁾ Für Einzelheiten s. H. Kantor, *Patterns of Politics and Political Systems in Latin America*, a. a. O., S. 477.

⁶⁸⁾ Vgl. H. Kantor, *Patterns of Politics and Political Systems in Latin America*, a. a. O., S. 477.

⁶⁹⁾ Insbesondere die Regierung der Vereinigten Staaten scheint erheblichen Druck auf die Junta ausgeübt zu haben, zu demokratischen Verhältnissen zurückzukehren.

Auftritt in demokratischen Wahlen 1968 noch keine Chance, gewählt zu werden, aber er verbuchte einen kaum erwarteten Anfangserfolg. Pérez Jiménez konnte, nachdem er vom Obersten Gerichtshof wegen Unterschlagungen während seiner Präsidentschaft verurteilt worden war, nicht für die Präsidentschaft kandidieren, doch erreichte seine 1967 gegründete Partei CCN (Cruzada Cívica Nacionalista) bei den Wahlen zum Senat 11,0 % der abgegebenen Stimmen — und das trotz Verzichtes auf einen nennenswerten Wahlkampf⁶³⁾. Im rapide wachsenden industrialisierten Zentrum des Landes erreichte Pérez Jiménez' CCN sogar 20,5 % der Stimmen — eine hervorragende Ausgangslage für die Wahl von 1973, für die Pérez Jiménez bereits jetzt als erster

und keineswegs chancenloser Kandidat feststehen dürfte⁶⁴⁾. Die Tatsache, daß Pérez Jiménez' Anhängerschaft gerade in den stark industrialisierten Gebieten besonders groß ist, läßt darauf schließen, daß sich darunter — ebenso wie in der Anhängerschaft Rojas Pinillas' in Kolumbien und Odrias in Peru — eine große Anzahl „geborener“ linker Wähler befinden. Die Unzufriedenheit mit dem herrschenden System, das insbesondere die Lage der unteren Schichten trotz vieler Versprechungen nicht wesentlich zu verbessern vermochte, treibt viele Wähler in das Lager von Gruppen, die mit nationalistischen Argumenten und oft demagogischen Versprechungen, die ohnehin nicht realisierbar sind, Hoffnung auf Besserung aufkommen lassen.

V. Einige Thesen zur Motivation der Wähler ehemaliger Diktatoren

Die Gründe für das gute Abschneiden von ehemaligen Diktatoren in Ländern mit außerordentlich unterschiedlichen Strukturen⁶⁵⁾ sind bislang nicht systematisch untersucht worden. Es scheint aber bereits nach der Darstellung der wichtigsten Fälle von erfolgreichen Versuchen dieser Art während der letzten drei Jahrzehnte deutlich zu sein, daß eine Unterscheidung von „rechten“ und „linken“ (also progressiven) Diktatoren nicht weiterhilft. Kaum einer der ehemaligen Diktatoren, die sich in demokratischen Wahlen mit Erfolg zur Wahl stellten, ist eindeutig in ein Rechts-Links-Schema einzuordnen. Peróns progressive Sozialpolitik wurde von einer Innenpolitik begleitet, die viele Autoren dazu veranlaßte, seine Regierung als neofaschistisch zu bezeichnen — ähnliches gilt für Vargas. Pérez Jiménez' und Rojas Pinillas' Wohnungsbauprogramme für benachteiligte Bevölkerungsgruppen standen neben Beschränkungen der Pressefreiheit, Aussetzung der Freiheitsrechte

und offenem Polizeiterror gegen politische Gegner. Auch Szulc' Differenzierung in effiziente und wohlwollende auf der einen und unfähige und korrupte Diktatoren auf der anderen Seite⁶⁶⁾ scheint wenig brauchbar zu sein, da die verwendeten Kriterien kaum operationalisierbar sind und somit die Einordnung völlig vom Standpunkt des Beobachters abhängig ist⁶⁷⁾.

Aber sowohl Diktatoren eher konservativer Herkunft (Rojas Pinilla z. B. oder Odria) als auch solche mit einem progressiven Programm (Perón, Vargas) haben offensichtlich Chancen, auch in demokratischen Wahlen wiedergewählt zu werden. Ihre Chance scheint immer dann am größten zu sein, wenn andere Regime (ganz gleich ob demokratische oder autoritäre) die Erwartungen großer Teile der Wählerschaft nicht zu erfüllen vermögen. Nur so ist es zu erklären, daß ehemalige Diktatoren insbesondere aus den Bevölkerungsschichten, die zur sozialen Unterschicht gehören und die die „geborenen“ Wähler linker — also sozialdemokratischer, populistischer, sozialistischer oder kommunistischer — Parteien sein müßten, einen erheblichen Teil ihrer Stimmen rekrutieren. Da diese Bevölkerungsschichten in allen

⁶³⁾ Für Einzelheiten vgl. M. Rabeneick, Machtwechsel in Venezuela, in: Jahrbuch Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Bd. 4, Teil 1—2, 1969, S. 219—238, insbesondere S. 231 f.

⁶⁴⁾ Auch die Tatsache, daß die regierende COPEI des Präsidenten Caldera zur Mehrheitsbildung im Senat mit der CCN koalieren mußte, wertet Pérez Jiménez politisch auf. Er dürfte damit auch für manche Bevölkerungsgruppen wählbar geworden sein, die ihn 1968 noch ablehnten. M. Rabeneick, Machtwechsel in Venezuela, a. a. O., S. 234 ff.

⁶⁵⁾ Man denke z. B. an die Unterschiede zwischen Argentinien und Peru oder Brasilien und Venezuela.

⁶⁶⁾ T. Szulc, The Dictators, a. a. O., S. 41 ff.

⁶⁷⁾ Ein Peronist würde Péron eher für „wohlwollend“ halten als z. B. Odria; gegen die „effiziente und wohlwollende“ Regierung Odrias wurden dem Verfasser gegenüber von Peruanern aller politischen Orientierungen erhebliche Bedenken angemeldet.

Ländern Lateinamerikas das rapideste Wachstum aufweisen und die Unzufriedenheit in diesen Schichten weiter wächst, dürfte das Potential, auf das sich demagogische Führungspersönlichkeiten vom Typ eines Perón oder eines Pérez Jiménez stützen können, in Zukunft noch wachsen.

Welche Konsequenzen sind nun daraus zu ziehen, daß in fast allen Ländern des lateinamerikanischen Subkontinents die Möglichkeit besteht, daß auf dem Weg über demokratische Wahlen Bewegungen, Parteien oder Persönlichkeiten an die Macht kommen, die die Demokratie ablehnen oder ihr zumindest skeptisch gegenüberstehen?

Für das Vorhandensein eines demokratischen Systems reicht offenbar das Abhalten von Wahlen — auch wenn sie noch so freiheitlich organisiert sind — keineswegs aus. Es sind eine Reihe von Grundbedingungen erforderlich, die in den meisten Ländern Lateinamerikas nicht oder nur unvollständig vorhanden sind: „Die persönlichen Grundrechte, die dem Bürger auch wirklich gewährt werden müssen... , die Trennung der Machtfunktionen, das Prinzip der Mehrheit, der demokratische Konsensus, die rechtlich geregelte demokratische Ordnung, die Garantie für freie Organisation und Betätigung der politischen Parteien, die demokratischen Wahlen, der Grundsatz der Öffentlichkeit der demokratischen Debatte, der demokratische Ausgleich der Interessen der verschiedenen Gruppen und Verbände und schließlich die demokratische Kontrolle der politischen Macht“⁶⁸).

Alle diese Voraussetzungen können aber nur gegeben sein, wenn eine Teilnahme der Bevölkerung am politischen System möglich ist. Das wiederum ist nur möglich, wenn „ein Minimallebensstandard für die Bevölkerung“ erreicht, ein „guter und allgemeiner Bildungsstand“ vorhanden, der Analphabetismus beseitigt, eine gemeinsame, von allen Mitgliedern der Gesellschaft gesprochene Sprache und ein System von Massenmedien vorhanden ist, das die zur politischen Beteiligung notwendigen Informationen über das politische Geschehen jedermann zugänglich macht⁶⁹).

⁶⁸) Diesen noch keineswegs vollständigen Katalog stellte Thesing in einer Arbeit über den politischen Prozeß in Guatemala auf. J. Thesing, *Der politische Prozeß in Guatemala*, in: *Zeitschrift für Politik*, Bd. 18, Heft 1, März 1971, S. 65 f.

⁶⁹) Vgl. auch dazu J. Thesing, *Der politische Prozeß in Guatemala*, a. a. O., S. 71 ff.

In den meisten Ländern Lateinamerikas ist für die Masse der Bevölkerung der Minimallebensstandard nicht erreicht. Ein Fundamentalkonsensus — also eine Übereinstimmung über die Grundlagen des politischen Systems — ist von diesem Teil der Bevölkerung nicht zu erwarten. Ein System, das kaum das Überleben und noch weniger ein menschenwürdiges Dasein erlaubt, kann nicht ihre Zustimmung finden⁷⁰). Die Wahlentscheidung dieser Bevölkerungsgruppen kann deshalb auch keine Entscheidung für oder gegen die Demokratie sein; sie ist lediglich eine Entscheidung für diejenige Person (und ihre Anhängerschaft), von der sie die höhere Effizienz in bezug auf die Verbesserung ihrer Situation erwarten.

Offenbar wird die Effizienz eines ehemaligen Diktators — auch wenn er wie im Falle Kolumbiens von Außenstehenden als „einer der skrupellosesten Diktatoren in der jüngeren Geschichte Lateinamerikas“⁷¹) bezeichnet wird — höher eingeschätzt als die (meist nur formal) demokratisch organisierter Regierungen. Das gilt insbesondere bezüglich der Sicherung der physischen Existenz, einer Garantie der Arbeitsplätze (das mag in vielen Fällen erst die Weckung von Arbeitsinteresse und Arbeitswilligkeit voraussetzen⁷²), der Beteiligung der breiten Masse der Bevölkerung am wirtschaftlichen Wachstum, einer Verringerung sowohl des Unterschiedes zwischen arm und reich als auch des Unterschiedes zwischen den Ländern Lateinamerikas und den Industrienationen (des Westens und des Ostens). Solange die Erfüllung dieser Forderungen (der Katalog ist keineswegs vollständig und enthält nur Minimalbedingungen) eher von charismatischen Führungspersönlichkeiten als von

⁷⁰) Diese Situation spielt in Wahlkämpfen oft eine entscheidende Rolle. Während z. B. 1970 in Kolumbien der offizielle Kandidat Pastrana die Erhaltung von Ruhe und Ordnung, der Rechtssicherheit und der „bürgerlichen Freiheiten“ versprach, sicherte Rojas Pinilla kostenlose Gesundheitsfürge für alle und Arbeit für alle Arbeitslosen zu — Versprechungen, die einem großen Teil der Bevölkerung Kolumbiens wichtiger schienen als Rechtssicherheit, Schutz des (nicht vorhandenen) Eigentums etc. Vgl.: *Der knappe Wahlsieg Pastranas in Kolumbien*; in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. 5. 1970.

⁷¹) Vgl.: Kolumbien. Wahlkampf. Jedem ein Auto, in: *Der Spiegel*, Bd. 24, Nr. 15 v. 6. 4. 1970, der das Zitat entnimmt aus „*The New York Times*“.

⁷²) Vgl. R. König, *Über einige offene Fragen und ungelöste Probleme der Entwicklungsforschung*, in: R. König (Hrsg.), *Aspekte der Entwicklungssoziologie*, Köln — Opladen 1969, S. 9—36, insbesondere S. 21.

demokratischen Regimen erwartet wird, auch wenn diese Führer zu früheren Zeiten einmal diktatorisch regiert haben — und z. T. auch keinen Hehl daraus machen, daß sie es in Zukunft erneut so zu halten gedenken —, werden Politiker wie Perón, Pérez Jiménez und Rojas Pinilla auch aus freien Wahlen als Sieger hervorgehen. Und solange das der Fall ist, ist es widersinnig, von einer Rückkehr zur Demokratie zu sprechen, wenn in einem Entwicklungsland „freie Wahlen“ angesetzt werden. Demokratie ist nicht denkbar, wenn ein großer Teil der Bevölkerung von der Beteiligung ausgeschlossen ist, und das ist heute noch in fast allen lateinamerikanischen Ländern der Fall. Eine demokratische Herrschaftsform in Lateinamerika wird also erst möglich sein, wenn die sozio-ökonomischen und kulturellen Mindestbedingungen erfüllt sind: Beseitigung der Armut, des Analphabetismus, eine ausreichende Gesundheitsfürsorge für alle und eine gemeinsame Sprache als Voraussetzung für die Partizipation am politischen Geschehen. Die (formell) demokratischen Systeme in Lateinamerika sind bislang diesen Zielen kaum nähergekommen — aber auch die Hoffnung vieler Wähler, daß ehemalige Diktatoren mehr erreichen könnten, hat bislang stets getrogen.

Die demokratischen Regime in Lateinamerika stehen heute — wenn es nicht auch dazu schon zu spät ist — vor der entscheidenden Wende:

entweder akzeptieren die ökonomischen und politischen Eliten die Notwendigkeit einer Strukturveränderung großen Ausmaßes⁷³⁾ oder es besteht die Gefahr, daß eine gewaltsame Revolution die bisherigen Regierungssysteme beseitigt, um die notwendigen Reformen auf ihre Weise durchzuführen. Die zukünftige politische Ordnung in Lateinamerika würde dann sicher nicht mehr dem Konzept „westlicher Demokratie“ entsprechen. Es gibt bereits heute viele Stimmen, die daran zweifeln, daß demokratische Systeme zu diesen Veränderungen überhaupt in der Lage sind, da das Interesse der herrschenden Eliten dem als unüberwindliches Hindernis im Wege stehe⁷⁴⁾. Die Erfahrungen sprechen bislang kaum gegen sie.

⁷³⁾ Die herrschenden Eliten müßten dann eine Verschlechterung ihrer Situation akzeptieren, denn nur ihre Güter, Vermögen und Einkommen könnten verteilt werden. Daß sie von sich aus solche Veränderungen in Bewegung setzen, ist aber kaum zu erwarten. Vgl. auch E. J. Kerbusch, *Das uruguayische Regierungssystem. Der zweite Colegioado 1952—1967*, Köln 1971, S. 177, wo dieses Problem am Beispiel Uruguays behandelt wird.

⁷⁴⁾ P. A. Baran, *Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums*, Neuwied 1966, der als Konsequenz seiner Überzeugung, daß mit dem kapitalistischen System verbundene demokratische Regime solche Veränderungen nicht zu leisten imstande sind, eine marxistische Theorie des wirtschaftlichen Wachstums für Entwicklungsländer entwickelt.

Chiles Weg zum Sozialismus

I. Welthistorische Bedeutung des chilenischen Experiments

Der 4. November 1970 ist für Chile insofern ein historisch bedeutsames Datum, als dort an diesem Tag der Sozialist Salvador Allende das Amt des Präsidenten übernahm. Er tat dies im Namen einer Volksfront, die sich zum Ziel gesetzt hatte, den Kapitalismus zu überwinden, der Abhängigkeit des Landes vom ausländischen Kapital ein Ende zu bereiten und den Weg zum Sozialismus zu beschreiten, nachdem er — den Spielregeln der pluralistischen, repräsentativen Demokratie gemäß — an die Spitze des Staates gelangt war. Allende versprach, sich zur Erreichung seiner Ziele legaler Mittel zu bedienen und die Freiheit nicht aufzuheben. Damit wurde Chile zum ersten Land, in dem ein Modell verwirklicht werden soll, das auch die Kommunisten Italiens und Frankreichs anstreben, demokratisch, als Teil einer Volksfront an die Macht zu gelangen und einen demokratischen Sozialismus aufzubauen.

Solange freilich dieses Ziel nicht erreicht ist, ist Chile das einzige Land, in dem der Versuch unternommen wird, ohne Gewalt und Diktatur zu einem System zu kommen, das sich entscheidend von jenem unterscheidet, das wir etwa aus dem europäischen Osten kennen. Salvador Allende hat dies selbst in einer Botschaft ausgedrückt, die er Ende Mai 1971 an das Parlament seines Landes richtete: „Chile befindet sich heute vor der notwendigen Aufgabe, eine neue Art des sozialistischen Aufbaus zu beginnen: unseren revolutionären Weg, den pluralistischen Weg, zu beschreiten, der von den Klassikern des Marxismus vorausgesehen, bisher aber nirgends verwirklicht wurde. Die sozialen Denker haben angenommen, daß die am meisten entwickelten Länder, wahrscheinlich Italien und Frankreich, mit mächtigen marxistischen Arbeiterparteien diesen Weg durchlaufen würden¹⁾. Aber die Ge-

sellschaft gestattet einmal mehr, mit der Vergangenheit zu brechen und ein neues Modell der Gesellschaft nicht nur dort zu erbauen, wo es theoretisch am wahrscheinlichsten schien, sondern wo die günstigsten konkreten Voraussetzungen entstanden waren. Chile ist gegenwärtig die erste Nation der Erde, die dazu aufgerufen ist, ein zweites Modell zum Übergang in eine sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen ... Ich bin dessen gewiß, daß wir sowohl über die erforderliche Energie als auch über die Fähigkeiten verfügen, die erste durch Demokratie, Pluralismus und Freiheit gekennzeichnete sozialistische Gesellschaft zu schaffen.“

Für die Klassiker des Marxismus war Sozialismus ohne Demokratie undenkbar. Die proletarische Diktatur betrachteten sie als eine verhältnismäßig kurze Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Ihrer Auffassung nach würde das Proletariat nur in einer hochentwickelten Wirtschaft und Gesellschaft siegen, dort, wo die Bedingungen für den Sozialismus herangereift waren. Die Weltgeschichte hat bekanntlich einen anderen Weg genommen: Revolutionäre, die unter dem Banner des Marxismus kämpften, kamen zunächst gerade in rückständigen Ländern an die Macht, die sich als „schwächste Kettenglieder“ des kapitalistischen Weltsystems herausgestellt hatten. Diese Rückständigkeit machte den Aufbau eines demokratischen Sozialismus unmöglich. In gewissem Sinne wurde das, was man Sozialismus nannte, zum Ersatz für den Kapitalismus, statt dessen Nachfolger zu sein. Das, was viele als „bürokratische Entartung“ des Sozialismus ansehen, war also die Folge der Rückständigkeit.

Nun ist Chile zwar kein hochentwickeltes Land: Nur ein Viertel seines Sozialprodukts wird von einer Industrie erstellt, in der die Kleinbetriebe überwiegen. Das Pro-Kopf-Einkommen der Chilenen wird auf nur 600 Dollar im Jahr geschätzt (das Spaniens auf etwa 800

¹⁾ Um welche marxistischen Denker es sich handelt, sagte Allende nicht. Italien kann nicht als „hochentwickeltes“ Industrieland angesehen werden und die Stärke der kommunistischen Bewegung erklärt sich hier gerade aus den aus der relativen Unterentwicklung hervorgehenden sozialen Widersprüchen.

Dollar²⁾), und seine landwirtschaftlich tätige Bevölkerung ist weit größer als die in modernen Industriestaaten. Aber andererseits leben weniger als 30 v. H. der Erwerbstätigen von der Landwirtschaft. Nur etwa 10 v. H. der Chilenen sind Analphabeten, und 90 v. H. der schulpflichtigen Kinder werden eingeschult (wenn auch sehr viele von ihnen nach wenigen Jahren wieder von der Schule fernbleiben). Chile verfügt über eine ungemein starke Mittelschicht und eine beachtliche Zahl von Universitätsabsolventen und Spezialisten aller Art³⁾. Seit Jahrzehnten funktioniert hier eine pluralistische Demokratie mit einer Vielzahl von Parteien, einem Zweikammer-Parlament und einem jeweils für die Dauer von sechs Jahren frei gewählten Präsidenten an der Spitze des Staates. Seit langer Zeit gibt es hier eine freie Presse, ein unabhängiges Gerichtswesen, ein Heer, das darauf verzichtet hat, als besondere Kraft in die Politik einzugreifen, und eine Bürokratie, die zwar nicht gerade als besonders effizient gilt, die aber bis auf wenige Ausnahmen auch nur in sehr geringem Maße zur Korruption neigt.

Nicht weniger bedeutend ist die Tatsache, daß es in Chile seit langem keine „liberale Marktwirtschaft“ gibt: 70 v. H. aller Investitionen entfallen auf die öffentliche Hand, und viele wichtige Betriebe gehören dem Staat, der die Gesamtwirtschaft auch kontrolliert. Ebenso wichtig ist — vom Standpunkt der Sozialisten aus gesehen —, daß der Staat trotz seiner Stärke von seiner Macht nur unzureichend Gebrauch gemacht hat. Der neue Wirtschaftsminister, Pedro Vuscovič, schrieb in einem, im März dieses Jahres erschienenen Artikel in der Zeitschrift *Panorama Económico*: „Es ist gerade die Existenz eines großen staatlichen Wirtschaftssektors und zugleich der Umstand, daß bisher die Möglichkeiten des Staates, die Wirtschaft zu leiten und zu kontrollieren, nicht voll ausgenutzt wurden, was . . . die chilenische

Situation von derjenigen unterscheidet, die in anderen Ländern vorhanden war, in denen der Weg zum Sozialismus beschritten wurde.“

Dazu kommt, daß — nicht zuletzt als Folge der vom Staat betriebenen protektionistischen Wirtschaftspolitik — in der Industrie starke monopolistische Tendenzen vorhanden waren und sich somit einheimische Unternehmen entwickelten, die de facto den Markt beherrschten. Das schien einen weiteren und recht günstigen Ausgangspunkt für eine sozialistische Wandlung abzugeben, wie es Salvador Allende in einem Gespräch mit Regis Debray ausdrückte, das er Anfang Februar 1971 führte: „Eines der Kennzeichen des chilenischen Kapitalismus ist sein stark monopolistischer Charakter. In der Industrie verfügen zum Beispiel weniger als 3 v. H. aller Unternehmen über mehr als 50 v. H. aller Ressourcen. Die Mehrzahl der Unternehmen wird überdies von einer Handvoll industrieller, kommerzieller und finanzieller Gruppen bestimmt, die ihre Herrschaft auch noch über andere Wirtschaftszweige ausüben. Der Staat hat eine lange Tradition der Intervention in die Wirtschaft. Er verfügt über zahlreiche eigene Betriebe, kontrolliert die Preise, die Versorgung, den Außenhandel und so weiter. Dank der Monopole und des Staatskapitalismus befinden wir uns somit im Vorzimmer des Sozialismus.“⁴⁾

Natürlich war auch die Tatsache, daß Chile nur ein kleines Land ist, für den wirtschaftlichen Fortschritt ein Hemmschuh. Das Land bietet mit seinen knapp zehn Millionen Einwohnern nur einen unzureichenden Markt für sich entwickelnde Industrien. Außerdem war die chilenische Wirtschaft in ungemein hohem Maße vom Weltmarkt — und speziell von den Möglichkeiten des Kupferexports und den zu erzielenden Kupferpreisen — abhängig. Das müßte auch vom Standpunkt einer sozialistischen Zukunft als wichtig erscheinen, denn gewiß war in Chile, weniger noch als in anderen Ländern wie zum Beispiel Rußland, der Aufbau des Sozialismus in *einem* Land unmöglich.

Immerhin konnten die Schwierigkeiten durch engere Zusammenarbeit, vielleicht durch Arbeitsteilung mit anderen, zum Teil mit Chile im Andenpakt zusammengeschlossenen südamerikanischen Ländern und auch mit dem europäischen Ostblock vermindert, wenn auch nicht behoben werden, so daß sich aus diesen

²⁾ Eduardo Frei bezifferte in seiner Abschiedsbotschaft an das chilenische Volk (Oktober 1970) das Pro-Kopf-Einkommen sogar auf 750 Dollar. Doch sei vor einer Überschätzung der Bedeutung solcher per-capita Angaben gewarnt — nicht nur, weil sie ungenau sind, sondern auch, weil ihr Aussagegewicht gering ist.

³⁾ Der Begriff „Mittelschicht“ ist unklar. In Chile handelt es sich nicht nur (und nicht in erster Linie) um selbständige Handwerker und Händler, sondern vor allem um Angestellte, Beamte und „Akademiker“, von denen wiederum sehr viele Berufe haben, die den Bedürfnissen einer sich entwickelnden Wirtschaft schlecht angepaßt sind und schon darum darauf aus sind, vom Staat angestellt zu werden.

⁴⁾ Zitat nach dem spanischen Original: „Allende habla con Debray“, Sonderausgabe der chilenischen Zeitschrift *Punto Final* vom 16. März 1971.

Faktoren kein Hindernis für den sozialistischen Aufbau zu ergeben brauchte.

Wenn so der Aufbau des Sozialismus als objektiv *möglich* erschien, warum betrachtete es die große Mehrheit der Chilenen (nicht nur die Parteien der Volksfront, sondern auch die Christdemokraten⁵⁾) als notwendig, den sozialistischen Weg zu beschreiten? Die Antwort ergibt sich aus der Tatsache, daß das in Chile existierende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu einer Fessel des Fortschritts geworden war. Chile erlebte seit vielen Jahren eine starke, von einer hohen Inflationsrate begleitete Stagnation. Das Pro-Kopf-Einkommen wuchs nur sehr langsam, obgleich die demographische Zuwachsrate unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt lag. Die große Mehrheit des Volkes lebte in Armut. Die Zahl der Arbeitslosen und vor allem der Teil- und Unterbeschäftigten wuchs ständig, so daß etwa ein Viertel aller Erwerbsfähigen gar keine oder nur unzureichende Arbeitsmöglichkeiten hatte. In den Elendsvierteln der Großstädte sammelte sich eine marginale Bevölkerung, die im sozialen Produktionsprozeß nicht verwurzelt werden konnte. Die Lage auf dem Lande, wo der Großgrundbesitz vorherrschte, war

ebenfalls äußerst unbefriedigend. Obwohl das Land sich selbst hätte ernähren können, mußten große Mengen von Lebensmitteln für wertvolle Devisen importiert werden.

Der Grund dafür lag nicht allein in der Vorherrschaft des Großgrundbesitzes auf dem Lande und einigen chilenischen kapitalistischen Gruppen in der Gesamtwirtschaft, sondern vor allem daran, daß Chile ein *abhängiges* Land war. Sein wichtigster Reichtum, das Kupfer, aus dessen Export etwa 80 v. H. aller Devisen stammten, befand sich in den Händen nord-amerikanischer Firmen, die an der Gesamtentwicklung des Landes weit weniger interessiert waren als an hohen Gewinnen, die sie aus dem Lande zogen. Daraus erklärt sich, daß der Kampf gegen den Kapitalismus mit dem Kampf gegen den Imperialismus, daß das Streben nach sozialistischer Umgestaltung mit dem nach nationaler Unabhängigkeit zusammenfällt.

Das war — stark vereinfacht — die Lage Chiles, wie sie der großen Mehrheit der Chilenen erschien⁶⁾, die deshalb auch immer stärker von antikapitalistischen und antiimperialistischen Ideen bestimmt wurde.

II. Unidad Popular: Entstehung und Zusammensetzung

Im Jahre 1964 war der Christdemokrat Eduardo Frei mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden. Er hatte versprochen, eine *Revolution in Freiheit* durchzuführen, das heißt, bei Aufrechterhaltung der Demokratie weitgehende, an die Wurzeln reichende Strukturreformen zu verwirklichen, die der ausländischen Vorherrschaft ein Ende setzen, die Macht des einheimischen Großkapitals einschränken, den Großgrundbesitz durch eine Agrarreform vernichten, die unterprivilegierten Massen mobilisieren und in die Nation integrieren und die Lage der Volksmehrheit im

Sinne größerer sozialer Gerechtigkeit verbessern würden. Frei hat sehr viel mehr geleistet, als die meisten seiner Gegner heute wahrhaben wollen, denn sie waren es, die zur Zeit seiner Regierung alles daran setzten, seine

⁵⁾ Bis 1970 sprachen die Christdemokraten nicht vom Sozialismus, sondern vom „Kommunitarismus“. Das Wort sozialistisch erschien — wohl zum ersten Mal — in einer Resolution des erweiterten Parteirats der Christlichen Demokratie vom Mai 1971. Dort heißt es: „Die christliche Demokratie ist eine revolutionäre Bewegung im weitesten Sinne dieses Wortes. Sie kämpft für die Überwindung des kapitalistischen Systems und die Schaffung einer neuen, kommunistisch-sozialistischen Gesellschaft, die von den permanenten Werten des Christentums inspiriert wird.“

⁶⁾ Mir scheint, daß eine Rückführung aller chilenischen Probleme auf Kapitalismus und Imperialismus eine Vereinfachung darstellt, die die wirkliche Lage verfälscht. Nicht berücksichtigt werden die Institutionen des Landes und die Verhaltensweisen seiner Bürger, die sich auf die Entwicklung des Landes sehr ungünstig auswirkten. Ich stütze mich in dieser Auffassung auch auf chilenische Autoren, z. B. auf den bekannten Nationalökonom Anibal Pinto. In seinem ungemein interessanten Buch „Chile — un caso de economia difícil“ (Chile — der Fall einer schwierigen Volkswirtschaft), Mexiko-Buenos Aires 1964, bezeichnet er die Auffassung, das ausländische Kapital trage die Hauptschuld an den Entwicklungsschwierigkeiten seines Landes als „Escapismo“ (Ideologie der Ausflucht): „Die Wurzel der Probleme unserer Entwicklung ist in Chile selbst zu suchen“ (S. 85). — An zahlreichen Stellen zeigt Pinto auf, wie der demokratische Pluralismus und das „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ den dynamischen Fortschritt behindert haben.

Tätigkeit zu sabotieren. Seine Reformen und die von ihm begonnene Mobilisierung großer Massen erschreckten jedoch die Besitzenden, ohne aber den Appetit der in Bewegung geratenen und von der „linken“ Opposition vorangetriebenen Unterschichten befriedigen zu können. Außerdem trugen seine mehr auf soziale Gerechtigkeit als auf die unmittelbare Hebung der Produktion und der Produktivität gerichteten Maßnahmen zur *Stagnation* das ihre bei.

In der Politik setzte daraufhin eine Polarisierung ein, die sich bei den Wahlen von 1970 gegen den Kandidaten der Christdemokraten, Radomiro Tomič, auswirkte, dessen Programm im übrigen weitaus radikaler war als das von Eduardo Frei vor sechs Jahren und das sich in vielen wichtigen Punkten mit dem Programm der *Unidad Popular* genannten Volksfront deckte, deren Kandidat Salvador Allende war. Allende hatte zuvor schon dreimal für die Präsidentschaft kandidiert. Er war Mitbegründer der 1933 entstandenen Sozialistischen Partei, Minister in einem Volksfrontkabinett, das Ende der dreißiger Jahre an die Macht gelangt war, dann Präsident des chilenischen Senats und zudem (obwohl ein Freimaurer) nicht nur Marxist, sondern Marxist-Leninist und erklärter Freund Fidel Castros. Bei den Wahlen von 1964 hatte Allende als Kandidat einer sozialistisch-kommunistischen Einheitsfront (FRAP) knapp 39 v. H. aller Stimmen erhalten und war nur deshalb unterlegen, weil die Mehrheit der konservativ eingestellten Chilenen für Eduardo Frei als das „kleinere Übel“ gestimmt hatten. Als Bannerträger der 1969 entstandenen *Unidad Popular* setzte Allende sich für den Sozialismus ein, versprach aber, die demokratischen Freiheiten zu erhalten.

Auch Allende trat also für eine Art von „Revolution in Freiheit“ ein, die jedoch die von Eduardo Frei in dreifachem Sinne aufheben sollte: aufheben im Sinne von konservieren, negieren und höher heben.

Chile war in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts neben Frankreich und Spanien das dritte Land gewesen, in dem eine Volksfront entstanden war, die dann auch an die Regierung gelangte. Auch damals waren in der chilenischen Volksfront Kommunisten mit Sozialisten und Radikalen vereint gewesen — ähnlich wie das heute ist. Doch die Volksfront jener Zeit hatte einen defensiven Charakter. Sie war auf den Schutz der Demokratie gegen den Faschismus und nicht auf die Überwin-

dung des Kapitalismus gerichtet⁷⁾. An ihrer Spitze stand damals die Radikale Partei, die sich vor allem auf die Mittelschichten stützte und mancherlei Ähnlichkeiten mit der Radikal-Sozialistischen Partei der Dritten französischen Republik aufwies (die weder „radikal“ noch in irgendeinem Sinne „sozialistisch“ war).

Die heutige Volksfront stellt demgegenüber ein Offensivbündnis gegen Kapitalismus und Imperialismus dar, das unter der Hegemonie von Parteien steht, die sich ausdrücklich zum Marxismus-Leninismus bekennen und sich in erster Linie auf Arbeiter und Angestellte stützen: die Kommunistische und die Sozialistische Partei.

Zu diesen beiden gesellte sich im Jahre 1969 die Radikale Partei sowie eine von den Christlichen Demokraten abgespaltene Gruppe, die sich *Movimiento de Acción Popular* (MAPU) nannte, und außerdem zwei kleinere Gruppen, von denen die eine „sozialdemokratisch“ hieß, ohne auch nur das Geringste mit Sozialdemokratie im europäischen Sinne gemein zu haben. Schon dies weist darauf hin, wie gefährlich es wäre, in europäischen Kategorien befangen zu bleiben und die chilenischen Parteien nach Namen zu bewerten, die zwar europäisch klingen, in Europa aber in einem ganz anderen Sinne verwendet werden.

Die 1935 aus den Reihen der sozial-christlich denkenden Jungkonservativen hervorgegangene „Nationale Falange“, die sich erst im Jahre 1957 in die *Christlich-Demokratische Partei* verwandelte, ist zwar mit den als christlich-demokratisch bezeichneten europäischen

⁷⁾ An dieser Stelle soll ein Kuriosum der chilenischen Geschichte erwähnt werden: Hier siegte im Jahre 1938 der Kandidat der Volksfront nur deshalb, weil gerade die an Hitler orientierten chilenischen Nationalsozialisten unter Gonzalez von Marées in letzter Minute ihre Anhänger und Freunde dazu aufriefen, für diesen Kandidaten, Aguirre Cerda, zu stimmen, der mit 223 000 Stimmen gegen 218 000, die auf den konservativen Gegenkandidaten entfielen, gewählt wurde. Kurz vor den Wahlen hatten die chilenischen Faschisten einen Putschversuch unternommen, der rasch zusammenbrach und nach dessen Niederwerfung die chilenische Polizei zahlreiche, am Putschversuch beteiligte Studenten erschoss und Gonzalez von Marées in das Gefängnis brachte. Der Präsidentschaftskandidat der „Rechten“ war das prominenteste Mitglied der Regierung gewesen, die für diese Erschießungen verantwortlich gemacht wurde. Daher auch die erwähnte Reaktion der Nazis zugunsten von Aguirre Cerda.

Parteien organisatorisch verbunden, vertritt aber seit Jahren einen im Kern sozialistischen „Kommunitarismus“ und lehnt daher Kapitalismus und Imperialismus ab.

Die *Radikale Partei*, die bereits mehr als hundert Jahre alt ist (obwohl sie ihren ersten Parteitag erst 1888 abhielt), entstand zwar als eine gegen Konservative und Liberale gerichtete radikal-demokratische und vor allem auch laizistische Partei der Ober- und Mittelschichten, proklamierte aber bald ihre besonderen Sympathien für die Arbeiterklasse und nahm sogar eine „sozialistische“ Färbung an. Heute ist sie der Sozialistischen Internationale angeschlossen (was zu nichts verpflichtet), wo sie sich ziemlich weit „links“ von ihren Bruderparteien angesiedelt hat. Die meisten ihrer Führer liebäugeln mit dem Marxismus, wenn auch nicht notwendigerweise mit dessen leninistischer Prägung.

Sie war lange Jahre hindurch die stärkste Partei Chiles und hatte etliche Spaltungsprozesse zu überstehen. So entstand zum Beispiel nach 1964 eine weit rechts von ihr beheimatete *Radikal-Demokratische Partei*, die zum rechten Flügel der chilenischen Politik gezählt wird. Heute bildet die *Radikale Partei* in ihrer stark geschwächten Form den gemäßigten Flügel der *Unidad Popular*. Die im Jahre 1933 gegründete *Sozialistische Partei* ist aus der Vereinigung mehrerer Gruppen hervorgegangen, die sich nach dem Zusammenbruch einer kurzlebigen Sozialistischen Republik (1932) zusammenschlossen und die alle zwar zum Marxismus tendieren, jedoch starke Einwände gegen die Kommunistische Partei hatten. Auch die Sozialisten haben etliche Spaltungen durchgemacht. Im großen und ganzen stehen sie heute eher links als rechts von den Kommunisten, die ihnen nicht nur allzu eng an die Sowjetunion gebunden und zu sehr bürokratisiert, sondern auch als zu „gemäßigt“ erscheinen, weil sie viel Rücksicht auf die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten und Parteien Chiles nehmen⁸⁾. Lange Zeit hindurch hat sich die

Sozialistische Partei gewehrt, eine neue Volksfront zu bilden, der auch bürgerliche Parteien, (das heißt genau: die Radikalen) angehören sollten und war für eine Einheitsfront der Arbeiter eingetreten, während die Kommunisten bemüht waren, nicht nur die Radikalen, sondern möglichst auch die Mehrheit der Christdemokraten für die Bildung einer gemeinsamen Front zu gewinnen. Auch die MAPU, die sich in ihrer Mehrheit erst im Verlauf des Jahres 1971 zum Marxismus-Leninismus durchrang, stand eher links als rechts von den Kommunisten und betrachtete Fidel Castro als einen ihrer Helden und Vorbilder. Sozialisten und MAPU unterhielten ferner recht freundschaftliche Beziehungen zu den „castristischen“, auf den „gewaltsamen Weg“ eingeschworenen und nicht der *Unidad Popular* angehörenden *Bewegung der Revolutionären Linken* (MIR), die ihre Anhänger vor allem aus der Studentenschaft und den Bewohnern der städtischen Elendsquartiere erhielt.

Rechts von der Koalition der *Unidad Popular* standen die *Christdemokraten* als stärkste Partei des Landes, und wiederum rechts von diesen die bereits erwähnte kleinere *Radikal Demokratische Partei* und die *Nationale Partei*, die im Verlauf der sechziger Jahre aus einem Zusammenschluß der ehemaligen Konservativen und der ehemaligen Liberalen hervorgegangen waren.

Bei den Wahlen vom September 1970 erhielt Salvador Allende mit etwas mehr als 36 v. H. aller Stimmen mehr als jeder seiner beiden Gegenkandidaten, aber weniger, als er 1964 auf sich hatte vereinigen können, als die Radikalen noch nicht für ihn eingetreten waren. Das erklärt sich zum Teil daraus, daß die *Nationale Partei* den Ex-Präsidenten Jorge Alessandri, einen parteipolitisch Unabhängigen, aufgestellt hatte, der im Lande weit über die konservativen Kreise hinaus großes Prestige genoß und etwa 35 v. H. der Wähler für sich gewinnen konnte. An dritter Stelle stand der Christdemokrat Tomić. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit zu erreichen vermocht hatte, mußte das Parlament entscheiden. Nachdem Allende sich bereit erklärt hatte, seine demokratische Überzeugung erneut zu bekräftigen — und zwar in Form eines „Statuts der konstitutionellen Garantien“, das in die Verfassung eingefügt wurde —, stimmten die christlich-demokratischen Abgeordneten geschlossen für ihn, so daß er am 4. November 1970 sein Amt antreten konnte.

⁸⁾ Die sozialistische Partei war nie homogen gewesen und setzte sich lange Jahre aus „von einander verschiedenen, oft einander scharf bekämpfenden Tendenzen zusammen, deren Spektrum vom „Sozialdemokraten“ bis zu den Trotzlisten reichte. Ihre zahlreichen Spaltungen — die nicht unwesentlich auch durch persönliche Gegensätze bedingt waren, aufzuzählen ist hier nicht am Platz. Betont werden muß aber, daß sie bis heute weit weniger homogen und weniger diszipliniert ist als etwa die Kommunistische Partei.

III. Das Programm der Unidad Popular

Im Programm der *Unidad Popular* hatte man lesen können: „Chile ist ein kapitalistisches, vom Imperialismus abhängiges Land, das von Sektoren der Bourgeoisie beherrscht wird, die an das ausländische Kapital gebunden sind ... Die Volksregierung stellt sich zur Aufgabe, die Herrschaft der Imperialisten, der Monopole und der landbesitzenden Oligarchie zu beenden und den Aufbau des Sozialismus zu beginnen.“

Die in ausländischen Händen befindlichen Unternehmen, aber auch die als Monopole gekennzeichneten chilenischen Firmen — angeblich 150 von den 35 000 Privatbetrieben — sollten enteignet und zusammen mit den bereits im Besitz des Staates befindlichen Unternehmen einen *vergesellschafteten Sektor* der Wirtschaft bilden, neben dem ein gemischtwirtschaftlicher Sektor entstehen und ein privatwirtschaftlicher weiterexistieren sollte, der freilich innerhalb der zu organisierenden zentralen Planwirtschaft zu funktionieren hätte. Die Agrarreform sollte energisch vorangetrieben, der Boden vor allem (aber nicht ausschließlich) an genossenschaftlich organisierte Landwirte übergeben werden, ohne daß jedoch irgendeine Zwangskollektivierung betrieben werden sollte⁹⁾. Aus der Enteignung ausländischer Unternehmen sollte man aber nicht schließen, daß Chile in Zukunft etwa auf ausländisches Kapital und ausländische Direktinvestitionen grundsätzlich verzichten wollte. Der neue Wirtschaftsminister erklärte ausdrücklich auf einer Anfang 1971 zusammengetretenen Tagung der CEPAL (Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika): „Wir verschließen uns durchaus nicht der Teilnahme ausländischer Kapitalien.

⁹⁾ Das Organisationsproblem der kommenden chilenischen Landwirtschaft war nicht einfach. Das enteignete Land etwa den einzelnen Bauern zu geben, hätte die Produktivität gesenkt, abgesehen davon, daß ein solches Einzelbauerntum als Wurzel eines neuen agrarischen Kapitalismus den Sozialisten nicht sympathisch sein konnte. Die unter Freigeschaffenen Genossenschaften („*asentamientos*“) steckten in ihren Anfängen und hätten die Probleme der zahlreichen Tagelöhner, Unterpächter und anderer landloser Bauern nicht lösen können. Manche *asentamientos* hatten sich in kollektive Arbeitgeber verwandelt, die selbst Tagelöhner beschäftigten, was natürlich Sozialisten beunruhigen mußte. Die ab April/Mai 1971 entstehenden neuen „*Centros de Reforma Agraria*“ schienen manchen russischen Kolchosen oder gar Sowchosen zu ähneln, was wiederum zu Protesten vieler Bauern führte, die auf alles, was wie „Zwangskollektivierung“ aussah, allergisch reagierten.

Im Gegenteil — wir sind sehr an ihrem Beitrag interessiert, der nicht nur unsere eigene Kapitalbildung ergänzen, sondern uns auch die Assimilierung des technischen Fortschritts erleichtern und uns instand setzen soll, zu aktiven Teilhabern am wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt zu werden.“

Die Aufhebung des Privateigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln sollte — und das ist wichtig — nicht zu deren *Verstaatlichung*, sondern zu ihrer *Vergesellschaftung* führen. Das erläuterte Salvador Allende in seiner bereits zitierten Botschaft an das chilenische Parlament: „Die Errichtung eines Sektors des gesellschaftlichen Eigentums ist nicht die Schaffung eines Staatskapitalismus, sondern mit dem Beginn des Aufbaus einer sozialistischen Struktur gleichzusetzen. Das gesellschaftliche Eigentum wird gemeinsam von den im Betrieb Beschäftigten und Vertretern des Staates verwaltet werden, die die Tätigkeit des Unternehmens mit der Gesamtentwicklung der Wirtschaft abstimmen sollen. Der gesellschaftliche Sektor soll nicht aus bürokratischen und ineffizienten, sondern aus höchst produktiven Betrieben bestehen, die an der Spitze der Wirtschaft des Landes marschieren werden.“

Gleichzeitig lehnte Allende es jedoch ab, etwas wie den jugoslawischen Weg zu beschreiten; denn es sollte weder Marktwirtschaft noch Autonomie der verschiedenen Unternehmen geben.

Wie aber sollte die *politische Ordnung* aussehen? Welche Veränderungen sollten von einer Volksfront-Regierung in Angriff genommen werden, um das, was die Marxisten als bürgerliche Demokratie ansahen, in eine andere, ebenfalls demokratische, aber dem Weg zum Sozialismus besser angepaßte institutionelle Ordnung zu verwandeln? Im Programm der *Unidad Popular* heißt es: „Die revolutionären Veränderungen, die das Land benötigt, können nur verwirklicht werden, wenn das chilenische Volk die Gewalt in seine Hände nimmt und sie tatsächlich ausübt ... Was die politische Struktur betrifft, steht vor der Volksregierung die doppelte Aufgabe: die demokratischen Rechte und Errungenschaften der Werktätigen effektiver zu machen und zu vertiefen sowie die gegenwärtig bestehenden Institutionen zu verwandeln, um einen neuen Staat zu schaffen, in dem eben die Werktätigen und (sic!) das Volk die Macht tatsächlich

ausüben ... Durch einen auf allen Ebenen zu vollziehenden Demokratisierungsprozeß und eine organisierte Mobilisierung der Massen wird von der Basis aus eine neue Machtstruktur gebaut werden. Eine neue politische Verfassung wird die massive Einverleibung (*incorporación*) des Volkes in die Staatsgewalt institutionalisieren."

An die Stelle des bestehenden Zweikammer-Parlaments sollte eine „Versammlung des Volkes“ treten als höchstes Organ der Staatsmacht. Die Volksvertreter würden ein imperatives Mandat haben, ständig der Kontrolle ihrer Wähler unterliegen und jederzeit abberufbar sein. Die Volksversammlung würde auch die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes ernennen. Obgleich im selben Programm die demokratischen Rechte — auch die der Opposition — garantiert werden, das Prinzip der Gewaltenteilung bejaht und der politische Pluralismus festgelegt wird, schien die hier niedergelegte Konzeption der Demokratie nur schwer mit jener „repräsentativen Demokratie“ vereinbar zu sein, die Chile seit langem kannte. Die neue Demokratie sollte ja in erster Linie — wenn nicht gar ausschließlich — den Werktätigen zugute kommen, also ausdrücklich nicht allen Staatsbürgern, obgleich der Zusatz „und das Volk“ das Bild etwas unklar gestaltete. Während unter „Werktätigen“ anscheinend nicht nur Arbeiter, Angestellte, Handwerker und Bauern verstanden wurden, sondern auch „Kleinkapitalisten“, die zwar Arbeiter beschäftigen, aber auch selbst in ihren Betrieben mitarbeiteten, blieb unklar, inwiefern auch die sogenannte marginale Bevölkerung, die — wie oben erwähnt — nicht im Produktionsprozeß verwurzelt war und daher nicht als werktätig angesehen werden konnte, nun etwa unter den vagen Begriff „das Volk“ fallen würde.

Ebenso unklar war trotz mancherlei Erläuterungen, wie das Volk *direkt* die Macht ausüben sollte, was schwer mit dem *repräsentativen* Charakter einer Demokratie vereinbar war. Die Konzentration aller Macht in den Händen einer Volksversammlung, die ja auch die obersten Richter zu ernennen hatte, schien wiederum trotz allem dem Prinzip der Gewaltenteilung zu widersprechen, während das imperatives Mandat der Volksvertreter und ihre ständige Abberufbarkeit offensichtlich aus Lenins *Staat und Revolution* übernommen waren. Ob und wie in einem solchen System die persönlichen Freiheiten des einzelnen, die Pressefreiheit und die anderen Grundrechte für alle bestehenbleiben könnten, erschien etwas

problematisch. Was schließlich den politischen Pluralismus betrifft, so konnte dieser Begriff in mehr als nur einem Sinne interpretiert werden. Man darf schließlich nicht vergessen, daß in manchen „sozialistischen“ Staaten, wie etwa in der DDR, offiziell mehrere Parteien zugelassen sind, obgleich nicht viele bereit sein dürften, das dort bestehende System als „pluralistisch“ zu bezeichnen. Im übrigen hatte Präsident Allende selbst in seinem Gespräch mit Regis Debray darauf hingewiesen, daß zu einem späteren Zeitpunkt sehr wohl eine Einheitspartei der Revolution entstehen könnte: „Zu einem gewissen Zeitpunkt wird die Dynamik des revolutionären Prozesses die Voraussetzungen für eine Partei der Revolution hervorbringen. Es wäre jedoch utopisch, schon heute von einer solchen Einheitspartei zu sprechen. Später, wenn die Bedingungen ausgereift sind, wird sie sich vielleicht als notwendig herausstellen. Jetzt aber wollen wir innerhalb jener Realität wirken, die gegenwärtig existiert.“

Wieso die auf die repräsentative Demokratie eingeschworenen Radikalen sich mit den oben erwähnten Formulierungen des Programms einverstanden erklärten, ist nicht ohne weiteres zu verstehen.

Mag sein, daß die Vertreter dieser Partei meinten, es werde schließlich nicht so heiß gegessen wie gekocht, mag aber auch sein, daß sie — wie sehr viele Chilenen — mit dem bisherigen Funktionieren der Demokratie in ihrem Lande unzufrieden waren und nicht darauf achteten, daß hier sozusagen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet worden war. Denn ganz abgesehen davon, ob und inwieweit eine repräsentative Demokratie in einem unterentwickelten Land gut funktionieren *kann*, funktionierte sie in Chile tatsächlich so schlecht, daß sie zu einer Fessel für die Entwicklung geworden war, was auch die Regierung Frei am eigenen Leibe erfahren mußte. Der Pluralismus gegeneinander auftretender Pressionsgruppen, von denen jede nur an ihre eigenen und unmittelbaren Interessen dachte, verband sich mit dem Pluralismus der Parteien im Parlament und dem Amtsschimmel einer nicht gerade effizienten, zahlenmäßig aber starken Bürokratie, um den Fortschritt zu hemmen. Die Regierung Frei hatte unter anderem darunter gelitten, daß ihr die Oppositionsparteien im Parlament ständig ihre Pläne verwässerten und deren Durchführung auf die lange Bank schoben. So wurde das Agrarreformgesetz der damaligen Regierung erst 1967 vom Parlament verabschiedet. (Aus diesem Grunde klingen

die Vorwürfe, Frei hätte statt 100 000 nur 28 000 Landarbeitern tatsächlich auch Land gegeben, recht abwegig, wenn sie von seiten der damaligen „linken“ Opposition erhoben werden.) Ähnliches geschah mit der unter Eduardo Frei begonnenen „Chilenisierung“ des Kupferbergbaus. Schließlich war eine Verfas-

sungsänderung angenommen worden, die die Möglichkeit eines Volksentscheids und einer vorzeitigen Auflösung des Parlaments vorsah — eine Waffe, die Allende nun brauchen konnte, nicht so sehr, um die *repräsentative* Demokratie zu reformieren, als vielmehr, um die *bürgerliche* Demokratie aufzuheben.

IV. Von der Regierungsübernahme zur Machtergreifung

An die Regierung gelangt zu sein, bedeutete für einen Marxisten wie Allende nicht, bereits die Macht erobert zu haben. Davon konnte erst gesprochen werden, wenn alle entscheidenden Positionen in Wirtschaft und Staat fest in den Händen der neuen Regierung lagen, wenn der Staatsapparat tatsächlich den Weisungen dieser Regierung gehorchen würde — und wenn den Gegnern des Sozialismus die Möglichkeiten entrissen waren, den *Status quo ante* wieder herzustellen. Die Unterscheidung zwischen Regierung und Macht war von zentraler Bedeutung und wies auf den grundlegenden Unterschied hin, der zwischen der nach dem Sieg der Volksfront entstandenen politischen Situation und allen Konstellationen bestand, die sich aus den bisher abgehaltenen Wahlen ergeben hatten. Denn früher war ja stets — ganz im Sinne der „repräsentativen Demokratie“ — so verfahren worden, daß den jeweiligen politischen Gegnern die Möglichkeit belassen wurde, bei späteren Wahlen wieder an die Macht zu gelangen. Der Weg zum Sozialismus aber konnte nur beschritten und gesichert werden, wenn ein Weg zurück ausgeschlossen war.

Daher mußte der neue Präsident sich auf zwei grundlegende Aufgaben konzentrieren, die sozusagen parallel zu verwirklichen waren: Er mußte Maßnahmen ergreifen, die der Gesamtwirtschaft, vor allem aber den unteren Schichten des Volkes zugute kamen (was die Popularität der Volksfront steigern würde); darüber hinaus mußte er von der Regierung aus die Machteroberung betreiben, also die Bastionen des potentiellen Gegners stürmen. Beides sollte im Rahmen der bestehenden Legalität vollzogen werden.

Was die Maßnahmen zugunsten der Volksmehrheit betraf, so verfügte die neue Regierung zunächst einmal eine sehr beträchtliche Steigerung der Löhne bei gleichzeitigem Einfrieren der Preise für wichtige Konsumgüter. Sie beschleunigte den Prozeß der Agrarreform und ließ pro Tag einen halben Liter Milch an

alle Kinder verteilen — eine Maßnahme, die demagogisch zu sein schien, es aber angesichts der weitgehenden Unterernährung der Kinder nicht war. Die Steigerung der Kaufkraft der Massen führte nicht zu einer Steigerung, sondern — wie von der Regierung vorausgesehen — zu einer Verminderung der Inflation. Das wurde nicht nur durch das Einfrieren der Preise bewirkt, sondern ergab sich daraus, daß die auf den Konsum der Massen ausgerichtete chilenische Industrie bislang nur zu 60—70 v.H. ihrer Kapazität ausgelastet war und nun mit voller Kraft arbeiten konnte, ohne daß ihre Kosten beträchtlich gestiegen wären. Sogar die Gewinne der Unternehmer brauchten nicht geringer zu werden, da ja der Umsatz stieg. Tatsächlich war die industrielle Produktion von Konsumgütern elf Monate nach Allendes Regierungsantritt um ungefähr 10 v. H. gewachsen, während die Inflationsrate um etwa die Hälfte gesunken war und die Arbeitslosigkeit geringer wurde. Was die Agrarreform betraf, so hatte man sich die Enteignung von nicht weniger als 1000 großen und größeren landwirtschaftlichen Gütern für das Jahr 1971 zum Ziel gesetzt — eine Zahl, die nicht zuletzt auf Grund illegaler und von der Regierung nicht gebilligter Landbesetzungen beträchtlich überschritten wurde. Ende September wurde jedenfalls mitgeteilt, es seien bereits mehr als 1300 Güter enteignet worden.

Was den Angriff auf die „Bastionen der Bourgeoisie“ betraf, so konnte er aus drei Gründen im Rahmen der verfassungsmäßigen Legalität geführt werden, ohne daß das Parlament neue Gesetze beschließen mußte: 1. weil verschiedene Gesetze auch verschieden interpretiert beziehungsweise in einem Sinn angewendet wurden, der den ursprünglichen Absichten der Gesetzgeber nicht entsprach; 2. weil auf dem Papier noch bestehende, inzwischen vergessene, aber nie ausdrücklich aufgehobene Gesetze der neuen Regierung als Instrument dienen konnten; 3. weil größere Unternehmen,

wie zum Beispiel Aktiengesellschaften, durch einfache kommerzielle Transaktionen ihren Eigentümer wechseln konnten.

Die erstgenannte Möglichkeit hatte Allende in seinem Gespräch mit Debray erwähnt: „Die Gesetze, die das Volk diktiert (dicta), sind nicht jene, die die Bourgeoisie diktiert. So hatte die Bourgeoisie beispielsweise Gesetze erlassen, die die Besetzer von Grund und Boden nur mit leichten Geldstrafen belegte, während jene, die den ihnen verlorengegangenen Boden mit Gewalt wieder eroberten (recuperaban), schwer bestraft wurden. Mit anderen Worten: Das Gesetz bestraft nicht jene, die den Boden besetzen, sondern jene, die Boden wieder besetzen. Woher kommt das? Das kommt daher, daß Großgrundbesitzer Land, das Eingeborenen gehörte, besetzen konnten, und der Eingeborene, der dann seinen Boden wiederbesetzte, unter der ganzen Schwere des Gesetzes zu leiden hatte, während die Großgrundbesitzer solche Ländereien (straffrei) besetzen konnten. Die Gesetzgeber der Bourgeoisie hatten nicht daran gedacht, daß eines Tages das Volk die Gesetze anwenden könnte — ihre eigenen Gesetze gegen sie anwenden könnte. Was aber geschieht jetzt? Jene, die Ländereien besetzen, sind Eingeborene, zum Beispiel die Mapuche-Indianer, während die Großgrundbesitzer versuchen, sie mit Gewalt zurückzuerobern.“

Was ehemals erlassene und nie aufgehobene Gesetze betraf, so gab es vor allem ein Dekret, das die kurzlebige sozialistische Repu-

blik des Jahres 1932 erlassen hatte. Diesem Dekret zufolge konnte der Staat einen Betrieb übernehmen, der nicht im Interesse des Volkes funktionierte und zum Beispiel weniger produzierte, als er hätte produzieren können¹⁰⁾. Es war nicht schwer, die Arbeiter in einigen solcher Unternehmen dazu zu veranlassen, sich in einer Weise zu verhalten, daß die Voraussetzungen für die Anwendung dieses Dekrets gegeben waren. So konnten mehrere Großbetriebe sozusagen „auf kaltem Wege“, wenn auch nur vorläufig, bis die legalen Möglichkeiten zur Enteignung geschaffen sein würden, „sozialisiert“ werden.

Was schließlich den dritten der erwähnten Wege betrifft, so stellte es sich als möglich heraus, zum Beispiel die Mehrheit der Banken durch staatlichen Ankauf von Aktien in Staatsbesitz zu überführen, wengleich böse Zungen behaupteten, die ehemaligen Aktionäre hätten nicht immer aus freien Stücken verkauft, sondern dem Druck nachgegeben, der auf sie ausgeübt worden sei.

Obwohl die ersterwähnten Veränderungen zugunsten der breiten Volksmassen bereits ihre Auswirkungen sichtbar werden ließen, die zweiten, auf die Machteroberung ausgerichteten, sich erst in ihren Anfängen befanden, blieb die repräsentative Demokratie bestehen. Die demokratischen Freiheiten wurden nicht angetastet, der politische Pluralismus nicht aufgehoben, niemand aus politischen Gründen verhaftet.

V. Allendes Erfolge

Kein Wunder also, daß bei den Gemeindevahlen von Anfang April 1971 die Volksfront einen großen Erfolg verzeichnen konnte.

Die Parteien der *Unidad Popular* erhielten nun etwa 50 v. H. aller abgegebenen Stimmen, wobei 23 v. H. auf die Sozialisten, mehr als 17 v. H. auf die Kommunisten, aber nur etwas mehr als 8 v. H. auf die Radikalen entfielen, was das Gewicht des gemäßigten Flügels innerhalb der Volksfront verminderte und bald zu einer Krise in der Radikalen Partei führen sollte. Auch die Christdemokraten, die mit einem Stimmenanteil von 26 v. H. noch immer die stärkste politische Einzelpartei des

Landes darstellten, sollten wenige Monate nach den Wahlen eine neuerliche Abspaltung der Linken erleben, die zur Volksfront

¹⁰⁾ Das Decreto-Ley (Gesetzes-Dekret) Nr. 520 war bemerkenswerterweise erst in der zweiten, kaum mehr als sozialistisch zu bezeichnenden Phase dieser Republik, nämlich am 30. August 1932, erlassen worden. Einer seiner Paragraphen lautete, ein Unternehmen könnte enteignet werden, „falls der Produzent der Pflicht nicht nachkommt, in seinem Unternehmen dringend benötigte Artikel (artículos de primera necesidad) in jenen Mengen, jener Beschaffenheit und unter jenen Bedingungen herzustellen, die der Präsident der Republik festlegt“ (sic!) (zitiert aus dem Artikel von Eduardo Novoa Monreal, *Vías legales para avanzar hacia el socialismo*, in: Mensaje, Santiago Nr. 197 — Marzo Aberil, 1971.

hinüberwechselten¹¹⁾. Das Prestige Präsident Allendes stieg im Verlauf der darauffolgenden Monate auch noch deshalb, weil er seine außenpolitischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen vermochte. Zuerst wurden engere Beziehungen zum europäischen Ostblock geknüpft, die DDR anerkannt und die Beziehungen zu Kuba wiederaufgenommen, ohne daß es deswegen zu einer merkbaren Verschlechterung der Beziehungen Chiles zu den Staaten des „Westens“ gekommen wäre. Darüber hinaus gelang es Präsident Allende, auch mit dem konservativen Präsidenten des benachbarten Argentinien, General Lanusse, zu einer befriedigenden, im Geiste der Freundschaft geschlossenen Übereinkunft zu gelangen. Er unternahm eine Reise nach Ecuador, Kolumbien und Peru, wo er von den jeweiligen Regierungen freundlich aufgenommen, von der Bevölkerung aber stets begeistert begrüßt wurde. Er kehrte am 4. September, dem ersten Jahrestag seiner Wahl zum Präsidenten, als Triumphator nach Santiago zurück. Hunderttausende säumten die Straße vom Flugplatz bis zum Präsidentenpalais und jubelten ihm zu. Sein Prestige schien einen Höhepunkt erreicht zu haben, der kaum noch zu übertreffen war. Schon einige Wochen vor seiner Reise, am 16. Juli, hatte das Parlament einstimmig, also auch mit den Stimmen der Nationalen Partei, das ihm vorgelegte

Gesetz über die Verstaatlichung der in nordamerikanischen Händen befindlichen Kupferfirmen beschlossen. Drei Monate später sollte bekanntgegeben werden, ob und welche Entschädigungen gezahlt werden würden.

Was die zu zahlenden Entschädigungen betraf, so erhielt der Präsident das Recht, Berechnungen anstellen zu lassen, um die seit 1955 von den enteigneten Firmen erzielten Profite, eventuelle Extraprofite usw. festzustellen und alles, was die normalen Gewinnspannen überschritt, von der Entschädigungssumme abzuziehen. Ende September erklärte Allende, daß die zu enteignenden Firmen mehr als 770 Millionen Dollar Extraprofite erzielt hätten, die von den Buchwerten abzuziehen seien. Mitte Oktober veröffentlichte dann der Generalkontrollleur der Republik (vergleichbar etwa mit dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes) seinen Entscheid, auf Grund dessen den Kupferfirmen so gut wie keine Entschädigung zugesprochen wurde. Als die zu erwartenden Proteste von nordamerikanischer Seite laut wurden, ging durch ganz Chile eine Welle patriotischer Begeisterung, da sich so gut wie alle Chilenen (auch die Angehörigen der Oppositionsparteien) hinter diesen Entscheid stellten. Das führte, wenn auch nur vorübergehend, zu einer gewissen Besänftigung der mittlerweile hart zutage getretenen politischen Gegensätze.

VI. Erste Schwierigkeiten

Trotz der großen Anfangserfolge Allendes begannen bald auch dunkle Wolken aufzutauchen, die den Erfolg des chilenischen Experiments verdüsterten. Zunächst machte sich auf der politischen Bühne, wie zu erwar-

ten, eine wachsende Polarisierung bemerkbar. Während von seiten der Volksfront verständlicherweise vor allem die rechte Opposition attackiert und auch verdächtigt wurde, mit Staatsstreich-Plänen zu spielen, wurde auf der äußersten Linken eine Opposition laut, der

¹¹⁾ Die Wahlergebnisse im einzelnen:

Volksfrontparteien:	Sozialisten	22,9 %
	Kommunisten	17,4 %
	Radikale	8,2 %
	Sozialdemokraten	1,4 %
		<u>49,9 %</u>

Hierzu müßten aber auch die 1,1 % Stimmen gerechnet werden, die auf die von den Sozialisten abgespaltene, nicht zur Volksfront gehörende, aber marxistisch-leninistisch eingestellte „Union Socialista Populat“ abgeben wurden. (Die MAPU hatte keine Listen aufgestellt, da sie nicht als Partei konstituiert war.)

Gegner		
der Volksfront:	Christliche Demokraten	26,2 %
	Radikal-Demokraten	3,9 %
	Nationale Partei	18,5 %

Zu Vergleichszwecken scheint es mir angebracht, die Ergebnisse der chilenischen Wahlen seit 1960 anzuführen (bei den Wahlen von 1961, 1965 und 1969 handelt es sich um Parlamentsabgeordnete, bei jenen von 1963 und 1967 um Gemeindewahlen [„Regidores“]). Ich führe nur die wichtigeren Parteien auf:

	Prozente der Stimmen:				
	1961	1963	1965	1967	1969
Konservative	14,8	11,3	5,4	14,6	20,4
Liberale	16,6	13,0	10,0	16,6	13,6
Radikale	22,1	21,6	12,8	14,2	15,0
Sozialisten	11,1	11,5	9,9	15,0	16,7
Kommunisten	11,8	12,8	11,9		

die Entwicklung zum Sozialismus nicht schnell genug ging. Diese äußerste Linke bestand nicht nur aus der MIR, sondern auch aus anderen, von der MIR abgespaltenen und noch radikaleren Gruppen mit terroristischen Methoden. Angehörige einer dieser Gruppen ermordeten im Juli einen prominenten christlich-demokratischen Politiker. Eine andere Gruppe wurde Anfang Oktober von der Polizei ausgehoben, bevor sie ihre Pläne verwirklichen konnte. An ihrer Spitze stand übrigens ein Mann, der einen hohen Posten in der Eisenbahnverwaltung innehatte und als Mitglied der Sozialistischen Partei bekannt war. Aber auch die MIR, die nicht zu Terrormaßnahmen griff, war darauf bedacht, die Revolution vorwärtszutreiben und aus jener Enttäuschung Kapital zu schlagen, die sich in den Kreisen bemerkbar machen würde, die auf Wunder gehofft hatten. Vor allem tat die MIR alles, um die Agrarrevolution voranzutreiben. Sie organisierte illegale Landbesetzungen und setzte die von der Mehrheit der Chilenen fast vergessenen indianischen Minderheiten der Mapuches in Bewegung.

Die rechte Opposition protestierte wiederum vor allem gegen die Übergriffe auf dem flachen Land, gegen die — nach ihrer Meinung — gesetzwidrigen Enteignungen von Betrieben und gegen die angeblich drohende Einschränkung oder Aufhebung der Pressefreiheit.

Mitte September brachte die Nationale Partei eine Beschwerde gegen den Wirtschaftsminister vor das Parlament, der beschuldigt wurde, Unternehmen ohne gesetzliche Grundlage zu enteignen. Präsident Allende gelang es, die Christdemokraten dazu zu bewegen, sich bei der Wahl der Stimme zu enthalten, indem er versprach, dem Parlament bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die drei im Programm der Volksfront erwähnten Wirtschaftssektoren klar definiert und jener monopolistische Sektor klar gekennzeichnet sein würde, der von der Sozialisierung betroffen wäre — ein Versprechen, das Ende Oktober eingelöst wurde.

Das Problem der Pressefreiheit und der Freiheit der Massenmedien tauchte auf, als der Präsident selbst ungemein scharfe Angriffe auf die konservative Zeitung *Mercurio* gerichtet hatte und die Christdemokraten die Regierung beschuldigten, der von ihnen beeinflussten Fernsehstation der katholischen Universität die Mittel zu verwehren, um ein Netz von Sendern aufzubauen, das den Empfang ihrer Programme auch außerhalb der Hauptstadt er-

möglichen sollte. Außerdem habe die Regierung einer von den Christdemokraten beeinflussten Rundfunkstation einige Frequenzen weggenommen, die einem neuen, von der Gewerkschaftszentrale geleiteten Sender zugesprochen worden seien. Angesichts der von beiden Seiten scharf geführten Polemiken ist mir eine Klärung der Sachlage nicht möglich. Aber es gibt bereits vor diesem Streit abgegebene Erklärungen von Anhängern der Regierungskoalition, die das Problem der Pressefreiheit anders interpretieren als das Programm der Volksfrontregierung. In seinem Gespräch mit Debray hatte Allende etwa gesagt: „Wir werden die in den Händen der Bourgeoisie befindlichen Kommunikationsmittel nicht schließen ... Wir werden veranlassen, daß jene, die in diesen Unternehmen arbeiten und sehen, daß deren Politik sich gegen die Volksregierung richtet, innerhalb der Betriebe Widerstand leisten.“

Hier wurde ein Weg angedeutet, den Castro auf Kuba beschritten hatte und der sehr schnell zu einer Gleichschaltung der Kommunikationsmittel führte. Aber auch außer einer eventuellen Mobilisierung der Belegschaften standen der chilenischen Regierung noch ausreichende Mittel zur Verfügung, um den Einfluß ihr nicht genehmer Organe einzudämmen oder sie unter Druck zu setzen. Nur sie verfügte über ein Fernsehnetz, das sich über das ganze Land erstreckte. Sie hatte bereits den größten chilenischen Verlag (Zig—Zag) übernommen, besaß eine eigene Tageszeitung und verfügte über eine beträchtliche Zahl von volksfronttreuen Presseorganen. Nur sie konnte bestimmte Subsidien zahlen oder verweigern, wie zum Beispiel die zahlreichen Inseerate offizieller Stellen. Aufgrund der Kontrolle über Außenhandel, Banken und Kreditwesen hatte sie die Möglichkeit, die Lieferung von Papier zu lenken und unliebsamen Organen finanzielle Schwierigkeiten zu bereiten. Schließlich ging die Regierung Anfang Oktober daran, die größte chilenische Papierfabrik durch Kauf von Aktien in ihren Besitz überzuleiten. Daß die Pressefreiheit im ersten Jahr der Regierung Allende erhalten blieb, kann jedenfalls nicht als Garantie für ihr Weiterbestehen angesehen werden.

Kurze Zeit nach Beginn dieser Auseinandersetzungen wurde eine Korruptionsaffäre aufgedeckt, die sich unter der Regierung Frei ereignet hatte und in deren Mittelpunkt ein Mann stand, dem enge Beziehungen zur Regierung nachgesagt wurden. Die Volksfront-Presse begann daraufhin mit scharfen Angrif-

fen gegen Frei, auf die dieser mit ebensolcher Schärfe antwortete und vor allem die Kommunisten beschuldigte, mit Mitteln der Verleumdung ihre Vorherrschaft festigen zu wollen.

Ende Oktober schien — wenn auch nur vorläufig — eine Beruhigung eingetreten zu sein. Diese erklärt sich nicht nur aus der Einstimmigkeit, mit der die Enteignung der Kupfergesellschaften akzeptiert wurde, sondern möglicherweise auch daraus, daß einige verantwortliche Politiker der Volksfront einzusehen begannen, daß sie mit ihren Angriffen den Bogen überspannt hatten und ihre Attacken nicht zu dem erwünschten Ziel, nämlich der Schwächung oder gar der Spaltung der Christdemokraten, geführt hatten. Der innere

Zusammenhalt der Christdemokraten wurde durch diese Kampagne eher gefestigt, und zwei Wahlen, auf deren für sie positiven Ausgang die Volksfront großen Wert gelegt hatte, verliefen anders als erwartet: Im *Colegio de Periodistas*, der Kollektivorganisation, der fast alle Journalisten angehören, unterlag der Kandidat der Volksfront zugunsten eines Christdemokraten. Auch bei den Wahlen zum Verband der chilenischen Oberschüler (FESES) mußten die Volksfrontkandidaten eine Niederlage hinnehmen: 44 v.H. aller Stimmen fielen auf die Christdemokraten, 36 v.H. auf die Volksfront-Liste, 8 v.H. auf eine links von dieser stehende Revolutionäre Studentenvereinigung und weitere Stimmen auf die Listen der Nationalen Front und Splittergruppen.

VII. Wirtschaftliche Perspektiven

Bedenklicher als solche rein aus der konkreten Lage erwachsenen und nicht sonderlich wichtig zu nehmenden Erfolge der Volksfrontgegner war die wirtschaftliche Situation des Landes. Gewiß wies die Industrieproduktion bis zum Oktober 1971 Steigerung aus, doch war die Zunahme 1971 kaum größer als in den Jahren 1965 und 1966 und stieß nun auf Schranken, die keineswegs leicht zu überwinden waren: Die Kapazitäten waren bereits voll ausgenutzt, und zudem hätte eine weitere Produktionssteigerung beträchtliche Importe erfordert. Die Agrarproduktion wiederum mußte unter der Agrarrevolution leiden, obwohl deren Folgen sich zunächst weniger katastrophal auswirkten, als man hätte erwarten können. Immerhin wird Chile vor der Notwendigkeit stehen, seine Nahrungsmittelimporte zu vergrößern. Bereits seit etwa Juli/August macht sich eine Verknappung der Konsumgüter bemerkbar. Dies führte zur Entstehung eines Schwarzen Marktes, was wiederum die optimistischen offiziellen Zahlen über die gesunkene Inflationsrate zweifelhaft erscheinen ließ, denn der zu ihrer Berechnung verwendete Index war auf die offiziellen Preise gegründet und ließ die Schwarzmarktpreise außer acht. Die Regierung — bereits durch einen Lohnstreik beunruhigt, der im nationalisierten Kupferbergwerk El Salvador ausbrach und nur dank Konzessionen und durch persönliches Eingreifen des Präsidenten nach elftägiger Dauer beigelegt werden konnte — war entschlossen, gegen die wach-

sende Knappheit in der städtischen Versorgung etwas zu unternehmen. Präsident Allende rief zu gesteigerter Produktion auf, und das Problem der Verknappung war einer der wichtigsten Punkte auf einer Tagung der kommunistischen Führung Ende September und einer am 19. Oktober gehaltenen öffentlichen Rede des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, Corvalán.

Zu besonderer Besorgnis aber gab der Kupferbergbau Anlaß: Hier konnten die ursprünglich gesteckten Ziele trotz Produktionssteigerung nicht erreicht werden; die Gesteinskosten waren gestiegen, und außerdem und vor allem war der Weltmarktpreis für Kupfer gefallen und würde — schon im Hinblick auf eine mögliche Beendigung des Vietnam-Krieges — auch so schnell nicht wieder ansteigen. Mit anderen Worten: Chile würde wesentlich weniger Devisen einnehmen, während seine Importbedürfnisse stiegen.

Schließlich aber mußte der Staat gerade angesichts der ständigen Ausweitung des öffentlichen Sektors der Wirtschaft seine Fähigkeiten als Manager unter Beweis stellen müssen. Ob er diese Aufgabe bewältigen würde, schien um so problematischer, als alle wichtigen Stellen im Staats- und Wirtschaftsapparat nun nach einem komplizierten Proporzsystem unter die in der *Unidad Popular* zusammengeschlossenen Parteien verteilt worden waren — eine an das Prinzip des demokratischen Pluralismus gemachte Konzession, die möglicherweise un-

günstige Folgen auf die Effizienz zeigen würde¹²⁾. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Perspektiven konnte nicht ohne Auswirkung auf die Politik bleiben. Falls die allgemeine Lage sich 1972 ungünstig gestalten sollte, würde dies zu einem Sympathieschwund für die Volksfront-Regierung führen, der sich

bei den für März 1973 angesetzten Parlamentswahlen in unheilvoller Weise manifestieren könnte. Die Position des Präsidenten würde dann sehr geschwächt sein, und an ein Plebiszit zugunsten der von der Volksfront vorgesehenen Verfassungsänderung wäre in einer solchen Lage kaum zu denken.

VIII. Das Problem der Demokratie

Die Volksfront sah alle diese Gefahren, und so war es kein Wunder, daß einige ihrer führenden Köpfe sich dafür einsetzten, die Revolution schon jetzt, noch bevor die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert hatte, rasch voranzutreiben.

Zu ihnen gehörte vor allem der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Senator Carlos Altamirano, der bereits vor 1970 die Gangbarkeit eines „friedlichen Weges“ zum Sozialismus bezweifelt und sich ganz im Sinne Fidel Castros für den Weg der Gewalt ausgesprochen hatte. Er war erst nach Allendes Regierungsantritt zum Generalsekretär der Sozialisten gewählt worden. Ende August hatte Altamirano auf der 20. Nationalkonferenz der Sozialistischen Jugend eine bezeichnende Rede gehalten. In ihrem Verlauf wandte er sich sowohl gegen „ultralinke Abweichler“ in den

Reihen der Sozialisten, die revolutionäre Aktionen voreilig durchführen wollten, als auch gegen jene „rechten Abweichler“, die, wie er sich ausdrückte, „sozialdemokratische Positionen“ bezögen und „so naiv oder auch so feige seien“ anzunehmen, man könne revolutionäre Wandlungen, die auf der Tagesordnung stehen, etwa auf der Grundlage einer Zusammenarbeit zwischen einander entgegengesetzten Klassen durchführen. Der chilenische Staat sei auch jetzt noch, das heißt zehn Monate nach dem Beginn der Volksfront-Regierung, ein Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie. Er sei seinem Wesen nach auf die Erhaltung einer überlebten sozialen Ordnung ausgerichtet und durchaus ungeeignet, der sozialistischen Entwicklung zu dienen. Der Generalsekretär jener Partei, der auch Präsident Allende angehörte, setzte sich also ganz im Sinne Lenins für ein „Zerbrechen des Staates“ und — ohne sie ausdrücklich zu erwähnen — für eine proletarische Diktatur ein, die ja, vom Standpunkt des Marxismus gesehen, eine höhere Form der Demokratie darstellt.

Hier wurden einige weit über die Fragen der politischen Taktik hinausgehende Auffassungen vertreten, die das Gelingen des chilenischen Experiments unmöglich machen würden, aber auch grundlegende Probleme aufgeworfen, die man skizzieren muß, um die Möglichkeit einer Verbindung von Demokratie und Sozialismus untersuchen zu können.

Zunächst einmal hätte Altamirano, statt einige alte marxistische Klischees über den bürgerlichen Staat zu wiederholen (und so weit zu gehen, einen Staat, der gerade im Begriff war, die Bourgeoisie zu entmachten, als ein Werkzeug eben dieser Klasse zu charakterisieren), auch an jene Äußerungen von Marx und Engels denken können, in denen dem Staat ein Maß an Eigenleben gegenüber den ihm zugrunde liegenden gesellschaftlichen Klassen zugesprochen wird. Denn der chilenische Staat

¹²⁾ Prominente Politiker der Regierungsparteien und Präsident Allende sahen diese Gefahren, denen aber nur schwer begegnet werden konnte, solange nicht nur die Volksfront aus mehreren — zum Teil sich noch durch Spaltungen vermehrenden — Parteien bestand, von denen eine jede Posten wünschte; vor allem auch, solange die alten Gewohnheiten nicht geschwunden waren, den Staat weniger als Zugochsen der Entwicklung, denn als Milchkuh anzusehen, die eine große Zahl von Menschen, die keine andere Arbeitsmöglichkeit fanden, versorgen sollte. Anfang August war es zur Spaltung zweier der Volksfront angeschlossenen Gruppierungen (und fast gleichzeitig zu einer weiteren Abspaltung von linken Christdemokraten) gekommen. Die prominentesten Mitglieder der MAPU verließen die von ihnen mitbegründete Organisation, da sie ganz unter den Einfluß leninistischer Ideen gekommen war und vereinigten sich mit den von der Christlichen Demokratie abgespaltenen zu einer „Bewegung der christlichen Linken“, die nun neben der MAPU als besondere Gruppe innerhalb der Volksfront wirkte. Auch die Radikalen spalteten sich. Einige der prominentesten Mitglieder — Senatoren und Abgeordnete — dieser Partei bildeten eine „Radikale und Unabhängige Linksbewegung“, gegen deren offizielle Beteiligung an der Volksfront der Rest der Radikalen, die den Namen „Radikale Partei“ behielt, Protest einlegte.

führte eben seit vielen Jahren ein solches „Eigenleben“ und stand — lange bevor noch unter Frei der Demokratisierungsprozeß einen solchen Höhepunkt erreicht hatte — unter dem Druck einander entgegengesetzter Klassen und Gruppen, zwischen deren entgegengesetzten Interessen er permanent Kompromisse zu erreichen trachtete¹³⁾.

Bereits im Jahr 1957 hatte der Parteigenosse Altamiranos und gegenwärtige Außenminister Chiles, Clodomiro Almeyda, einen „Visión sociológica de Chile“ betitelten Vortrag gehalten, in dem es unter anderem hieß: „Die Sozialpolitik der Regierung tendiert seit den zwanziger Jahren zu einer gerechteren Umverteilung des Nationaleinkommens — mit Hilfe eines unorganischen Systems sozialer Gesetze, einer Sozialversicherung, Preiskontrollen usw., aus der insbesondere gewerkschaftlich organisierte Arbeiterparteien und die ständig größer werdende, politisch einflußreiche Mittelschicht Nutzen ziehen ... Seit den zwanziger Jahren üben die Mittelschichten und die Arbeiterklasse einen ständig wachsenden Druck auf unsere rückständige Produktionsstruktur aus ... Da die chilenische Demokratie das freie Spiel der Parteien gestattet und es jeder sozialen Kraft ermöglicht, verhältnismäßig frei in die nationale Politik einzugreifen, geschieht es, daß die entgegengesetzten Ansprüche verschiedener Gruppen einander neutralisieren, so daß keine von ihnen die Oberhand zu gewinnen vermag ... Das politische Gleichgewicht, in dem das Land seit Jahren lebt, findet seinen ökonomischen Ausdruck in einer grauenvollen Geldinflation, die die Bestrebungen des Volkes nach einer Verbesserung seiner Lage sterilisiert und die Versuche des Staates, unsere Wirtschaft voranzutreiben, vereitelt ... Der chilenische Staat wird zum Spielzeug all dieser Kräfte und Ten-

denzen, unfähig, das Land großen Zielen entgegenzuführen und der nationalen Existenz einen einheitlichen Sinn zu geben.“

Diese Ausführungen eines sozialistischen Politikers, der sich zum Marxismus bekannte, sind geeignet, die wirkliche Lage Chiles und die Problematik seiner Demokratie zu erhellen. Sie zeigen auch, wie wenig die Schwierigkeiten dieses Landes einfach aus dem Syndrom „Kapitalismus und Imperialismus“ ableitbar sind, wie eine solche im Programm der Volksfront niedergelegte Vereinfachung das Problem verfälscht.

Die pluralistische, repräsentative Demokratie, wie wir sie in einigen entwickelten Industrieländern kennen, beruht auf Kompromissen zwischen einer Mehrzahl von sozialen Gruppen (nicht nur „Klassen“!), von denen jede ihre besonderen Interessen vertritt. Dieses politische System war ein Spätprodukt der historischen Entwicklung und entstand, nachdem der gesellschaftliche Reichtum so stark gewachsen war, daß der Kampf der verschiedenen Gruppen um seine Aufteilung sich auf der Grundlage eines weitgehenden und allgemeinen Konsensus vollziehen konnte, ohne daß dadurch der wirtschaftliche Fortschritt allzu stark behindert worden wäre. Wo aber, wie in Chile, die pluralistische Demokratie entstand, bevor der gesellschaftliche Reichtum eine bestimmte Mindestgröße erreicht hatte, trat der Gegensatz zwischen dem wirtschaftlichen „Unterbau“ der Gesellschaft und ihrem politischen „Oberbau“ oftmals überdeutlich zutage. (Dieser Gegensatz erklärt sich teilweise auch aus jenem ideologischen Oberbau, der aus den entwickelten Ländern nach Chile importiert

¹³⁾ Im allgemeinen zogen die gut organisierten Sparten, die über Pressionsgruppen verfügten, Vorteile aus diesen Kämpfen, die sich auf dem Rücken der schwächsten, am wenigsten organisierten Volksteile (Landarbeiter, Angestellte, Arbeiter kleiner Betriebe, „marginale“ Bevölkerung etc.) abspielten. Andererseits muß auch vermerkt werden, daß die Vorteile der Oberschicht im allgemeinen größer waren als die der Mittel- und Unterschichten. „Der Staat ist in wachsendem Maße unter die Kontrolle privater Interessen geraten. Die weitgesteckten ökonomischen Funktionen des Staates ... wurden weitgehend für die Verteidigung privater Interessen eingesetzt“, schrieb der chilenische Professor Osvaldo Sunkel 1964. (Change and Frustration in Chile, in: Obstacles to Change in Latin America, ed. C. Veliz, Oxford University Press, London 1965, S. 135).

¹⁴⁾ Zu den Auswüchsen des Wohlfahrtsstaats gehörte auch das ungemein komplizierte, auf verschiedene Berufssparten aufgeteilte System der Sozialversicherung (sistema previsional), das ebenso ungerecht wie ineffizient war, an dem aber auch die Regierung Frei nicht gerüttelt hatte. In seiner im Mai 1970 an das Parlament gerichteten Botschaft hatte sich Präsident Frei in recht bitterem Ton über die den Fortschritt hindernde Aktivität der verschiedenen „Pressionsgruppen“ und das herrschende System der Sozialversicherung beschwert. Es gäbe, wie er sagte, in Chile einen neuen Typ von Feudalismus: „Jede Gruppe verlangt vom Lande mehr als das Land zu geben vermag. Jede versucht, auf Kosten anderer, die weniger gut organisiert sind, Vorteile zu ergattern und findet immer jemanden, der sich solcher Sektoreninteressen annimmt, die zum Nachteil des Gesamtinteresses durchgesetzt werden. ... Eine der schlimmsten Auswirkungen (dieser Ubel) kann auf dem Gebiet der Sozialversicherung beobachtet werden. Deren Reform zu verwirklichen ist noch weit schwieriger, als die Agrarreform durchzuführen.“

wurde und das Denken und Fordern so mancher Chilenen beeinflusste.) Wenn eine Vielzahl von Interessentengruppen, die über Macht verfügen, um einen wachsenden Anteil an einem nur allzu kärglichen Sozialprodukt kämpft, wird das notwendige Ziel der Steigerung dieses Sozialprodukts nur zu leicht dem seiner gerechteren Aufteilung geopfert, woraus sich eben Tendenzen zur Stagnation und Inflation ergeben. Das wird in besonderem Maße dann der Fall sein, wenn — wie ebenfalls in Chile — die institutionalisierte Demo-

kratie mit Elementen eines Wohlfahrtsstaates verbunden ist, der nur einem Teil der Bevölkerung zugute kommt und der von vielen Beobachtern als verfrüht angesehen wird. Salvador Allende, der immer wieder und mit Recht betont hat, es gelte vor allem, Produktion und Produktivität zu heben, mußte so unvermeidlich auf jene Hemmnisse stoßen, die aus der gewachsenen Wirklichkeit der chilenischen Demokratie erwachsen. Schon darum mußte es fraglich sein, ob und in welcher Form diese Demokratie erhalten werden konnte.

IX. Demokratie der Werktätigen?

Kaum geringer schien die Problematik einer etwa auf die Werktätigen beschränkten Demokratie zu sein. Die Marxisten der Vergangenheit hatten auch die proletarische Diktatur als eine Demokratie betrachten können, weil sie annahmen, daß die große Mehrheit des Volkes aus Proletariern bestehe, die gemeinsame Interessen hätten und sich dieser Interessen auch bewußt werden würden. Davon aber war in Chile nicht die Rede. Erstens gab es neben den eigentlichen „Werktätigen“ eine große marginale Bevölkerung, die überhaupt nicht im Produktionsprozeß verwurzelt war. Zweitens gehörten zu den „Werktätigen“ auch viele Kleinbürger und Bauern, die kaum am Sozialismus interessiert sein konnten, ganz abgesehen von den Kleinkapitalisten des Privatsektors der Wirtschaft, die manche auch zu den Werktätigen rechneten. Drittens betrachtete sich die Mehrheit der chilenischen Angestellten (und Beamten) nicht als Proletarier, sondern als Angehörige der Mittelschicht. Viertens aber konnte nicht einmal davon gesprochen werden, daß Sozialisten und Kommunisten etwa die erdrückende Mehrheit auch nur der eigentlichen Proletarier hinter sich hatten, die ihrerseits ja nur eine Minderheit der chilenischen Erwerbstätigen darstellten und von denen nur 15—20 v. H. gewerkschaftlich organisiert waren. Fünftens schließlich gab es beträchtliche Interessensunterschiede auch innerhalb der Arbeiterschaft¹⁵⁾.

Gerade in den Reihen der in den großen Kupferbetrieben arbeitenden Bergarbeiter hatte es seit langem eine gewisse Angst davor gegeben, Opfer der Sozialisierung zu werden: Auf Grund der verhältnismäßig hohen Löhne, die von den Nordamerikanern gezahlt wurden, und sonstiger Vergünstigungen waren diese Arbeiter tatsächlich gegenüber anderen proletarischen Gruppen privilegiert gewesen. Ähnliches galt auch für andere Arbeitergruppen, von denen die meisten weit mehr ihre eigenen Sonderinteressen verfolgten als die historischen Interessen des chilenischen Sozialismus

Standpunkt aus. Denn zum Wesen des Leninismus gehörte die von Lenin in „Was tun?“ niedergelegte Auffassung, daß die Arbeiterklasse von sich aus nur zu einem gewerkschaftlichen, nicht aber zu einem revolutionären Klassenbewußtsein gelangen kann, das nur von „außen her“, von einer als Partei organisierten Avantgarde in die Arbeiterschaft hineingetragen werden kann. — In Chile waren gerade die verhältnismäßig besser entlohnten und gut organisierten Arbeitersparten (etwa die Bergarbeiter der Großunternehmen), die eine Art „Arbeiteraristokratie“ ausmachten, am kämpferischsten, was nicht bedeutete, daß sie bei ihren Kämpfen etwa die Interessen der gesamten Arbeiterklasse im Auge hatten. — Die Mehrheit der chilenischen Arbeiter war aber nicht in Großbetrieben beschäftigt und auch gar nicht gewerkschaftlich organisiert. Vor wenigen Jahren ging ein chilenischer Autor so weit, das Folgende zu behaupten: „Wir wollen mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die Arbeiterbewegung eng mit der Bewegung der Mittelschichten verbunden war. Es handelt sich hier nicht um einander entgegengesetzte, sondern, umgekehrt, um mit einander eng verbundene Sektoren ... Der Arbeiter neigt dazu, sich selbst als Mitglied der Mittelschicht zu definieren. ... Das gilt insbesondere vom städtischen Arbeiter, dem (von einigen Ausnahmen abgesehen) ein wirkliches „Klassenbewußtsein“ fehlt.“ German Urzua Valenzuela *Los Partidos Políticos Chilenos*, Santiago 1968, S. 194.

¹⁵⁾ Die Frage, ob das chilenische Proletariat „klassenbewußt“ ist, kann solange nicht beantwortet werden, wie der Begriff des Klassenbewußtseins nicht klar definiert wird. Kämpferisches Auftreten für unmittelbare Interessen einzelner Belegschaften oder Berufssparten kann jedenfalls kaum als Beweis des „Klassenbewußtseins“ angesehen werden — vor allem nicht von einem leninistischen

zu vertreten. Wie stark wenigstens in einigen, recht wichtigen Unternehmen die „gemäßigten“ politischen Kräfte waren, ging schon aus einigen Wahlen hervor, die im Verlauf des Monats August stattfanden. Gewiß, in der Grube El Salvador hatten die Christdemokraten nur einen von sechs gewählten Vertretern durchbringen können. Im größten Stahlwerk Chiles aber, in Huachipato, wo mehr als 5000 Betriebsangehörige gewählt hatten, waren von den zehn gewählten Vertretern zwei Christdemokraten, drei Radikale, zwei Sozialisten und zwei Kommunisten, während der zehnte sich als Trotzkiist bezeichnete. Bei den Wahlen im großen Kupferbergwerk Chiquicamata standen 19 Kandidaten zur Wahl, von denen sechs gewählt wurden. Nur ein einziger von ihnen gehörte der Volksfront an, und er war Mitglied der Radikalen Partei und vereinigte zudem noch die geringste Stimmenanzahl auf sich. Vier der Gewählten waren Christdemokraten, und einer hatte sogar als Mitglied der Nationalen Partei kandidiert. Auch die Wahlen bei den Angestellten der Nationalbank erbrachten ein für die Volksfront ungünstiges Ergebnis.

Wie würden nicht nur die Intellektuellen, Kleinbürger und Bauern, von denen viele bereits eine Kollektivierung zu fürchten haben und ihre Opposition dagegen zu manifestieren begannen, sondern auch die Arbeiter sich verhalten, wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wüchsen, wenn es für sie alle gälte, die unmittelbaren Gruppeninteressen den historischen Interessen des chilenischen gesellschaftlichen Fortschritts zu opfern. Daß ihm gerade in dieser Hinsicht ein schwerer Weg bevorstand, war Präsident Allende seit langem klar: „Wie schwierig es ist, Genossen, einigen dieser Arbeitergruppen klar zu machen, welche Verantwortung sie auf dem Gebiet der Produktion haben! Was soll man dazu sagen, daß so viele von ihren Arbeitsplätzen fernbleiben, daß in einigen Betrieben vor allem an Montagen und Dienstagen 35—40 v. H. der Arbeiter fehlen?“

Das hatte Allende bereits Ende Mai in einer Rede vor den Studenten der Universität Concepción gesagt. Wie aber sollte unter solchen Bedingungen eine Selbstbestimmung des Proletariats verwirklicht werden — eines Proletariats, das in sich differenziert war, von dem ein beträchtlicher Teil nur Saisonarbeit kannte, während ein weiterer Teil in Kleinbetrieben mit handwerklichem Charakter beschäftigt war? Auch eine Selbstbestimmung

konnte das Problem nicht lösen, ganz abgesehen davon, daß sie nicht einmal geplant oder erwünscht war. „Arbeiterselbstverwaltung“ entsprach dem jugoslawischen Modell, das eine Marktwirtschaft einschloß. Allende aber wollte von diesem Modell nichts wissen und faßte sozialistische Wirtschaft als zentrale Planwirtschaft auf. Als Ende Oktober die Arbeiter von Chuquicamata damit drohten, einen Streik zu beginnen, um Lohnerhöhungen durchzusetzen, eilte Allende zu ihnen, um der Belegschaft ein System der Gewinnbeteiligung vorzuschlagen, das für alle nationalisierten Kupferbergwerke gelten sollte. Fraglich war allerdings, ob ein solches System materieller Anreize gut in die Gesamtpolitik der Regierung passen würde. In seiner Unterhaltung mit Regis Debray hatte er erklärt, die verstaatlichten Betriebe würden von gewählten Komitees der Belegschaft zusammen mit einem vom Staat eingesetzten Verwalter geleitet werden, dann aber erläuternd hinzugefügt: „Wir haben es für notwendig erklärt, daß die Arbeiter, Angestellten und Techniker prozentual an der Leitung der Betriebe beteiligt werden, was aber nicht bedeutet, daß diese Unternehmen über die Unabhängigkeit verfügen werden, ihre Produktion zu bestimmen. Wir sind und bleiben Anhänger einer zentralistischen Wirtschaft, und die Betriebe werden ihre Produktionspläne nach den Verfügungen der Regierung ausrichten. Darüber werden wir mit den Werktätigen diskutieren, ohne aber ihnen die Betriebe zu übergeben, damit sie dann produzieren, was sie wollen, und daraus persönlichen Nutzen ziehen.“

Wer auf zentrale Planung Gewicht legt und eine Steigerung der gesellschaftlichen Produktion als vordringliche Aufgabe ansieht, wird unvermeidlich die Demokratie der Belegschaften klein- und die Leitung durch die Technokraten großschreiben müssen. Denn ebenso wie die einzelnen Berufsgruppen unter den Arbeitern an ihre eigenen Interessen denken, so werden sich auch die Gesamtbelegschaften der verschiedenen Betriebe zunächst einmal spontan (und das heißt: demokratisch!) egoistisch verhalten, sie werden versuchen, für den eigenen Betrieb und damit auch für sich selbst besondere Vorteile herauszuschlagen. Wie aber sollte sonst eine Demokratie der „Werktätigen“ funktionieren? Dies war eines der schwierigsten Probleme, deren Lösung in keinem Lehrbuch zu finden war, das aber im Verlauf des chilenischen Experiments unbedingt gelöst werden mußte.

X. Demokratie oder Effizienz

Lenin hatte einst in einer berühmten Kurzdefinition erklärt, Sozialismus sei die Verbindung von Sowjets mit Elektrifizierung. Mit anderen Worten: Sozialismus ist Demokratie mit technologischem Fortschritt und wirtschaftlicher Effizienz. Immer wieder hatte es sich herausgestellt, daß es ungemein schwerfallen würde, beide Elemente miteinander zu vereinen, immer war die Spannung zutage getreten, die zwischen den zwei Grundtendenzen des sozialistischen Projekts — der technokratischen und der demokratischen — herrschte. Daß etwa in der Sowjetunion die „Sowjets“ der „Elektrifizierung“ zum Opfer gefallen waren, lag — wie mir scheint — durchaus nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie an der Rückständigkeit des Landes, in dem das erste sozialistische Experiment unternommen wurde.

Manche Sozialisten Chiles mochten die Wurzeln der Schwierigkeiten in dem „unterentwickelten“ Klassenbewußtsein der Proletarier ihres Landes und in den durch „bürgerliche“ Einflüsse (wie Egoismus, Materialismus usw.) bedingten gegenwärtigen Verhaltensweisen des chilenischen Volkes erblicken. Das aber hieße, daß erst die *Umerziehung* der Chilenen, die Schaffung eines „sozialistischen Menschen“, eine künftige Demokratie ermöglichen könnte. Doch würde eine solche Umerziehung nicht nur lange Zeit in Anspruch nehmen, sie könne auch nur *von oben* bewirkt werden, durch einen permanenten Druck einer bewußten Minderheit auf eine weniger bewußte Mehrheit. Dann aber wäre gewiß eine Kombination der Demokratie jeder Art mit dem Aufbau des Sozialismus unmöglich. Nur eine herr-

schende Partei könnte mit einiger (recht zweifelhaften) Aussicht auf Erfolg eine solche Wandlung leiten, so daß sich schließlich auch in Chile an Stelle der Herrschaft des Proletariats die Herrschaft einer Minderheit über das Proletariat verwirklichen würde.

Ein Jahr ist gewiß keine hinlängliche Frist, um den Erfolg oder Mißerfolg eines sozialen Experiments zu beurteilen — sie mag höchstens dazu ausreichen, um einige Tendenzen sichtbar zu machen, die dessen Gelingen gefährden können. Obgleich im Verlauf dieses Jahres die repräsentative Demokratie funktioniert hat, waren doch die Spannungen zwischen dieser konstitutionellen Ordnung und den von Marxisten-Leninisten erstrebten Zielen gewachsen. Es mochte viele geben, die an der Zukunft nicht nur dieser Form von Demokratie, sondern jeglicher Demokratie zweifelten, und andere, die befürchteten, Allende könnte den Sozialismus der Demokratie opfern. Es mochte auch viele geben, die darauf hofften, eine sozialistische Revolution als Revolution in Freiheit verwirklicht zu sehen. Optimisten wie Pessimisten aber sollten gleichermaßen das Wort des englischen Historikers Brogan in ihre Stammbücher schreiben, der auf Grund einer Analyse vieler revolutionärer Entwicklungen geschrieben hat: „Keine Revolution führt jenes Programm aus, dessen Verwirklichung sie dem Volk versprochen hatte. Sie mag darüber hinausgehen oder dahinter zurückbleiben. Gewiß aber wird sie vieles vollbringen, was ihre Führer weder versprochen noch gewollt hatten.“

Dieter Nohlen: Politischer Wandel durch Wahlen: Der Fall Uruguay

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/71, S. 3—22

Bei den uruguayischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 28. November 1971 bewirbt sich zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine Volksfront. Sie bietet der Wählerschaft eine substantiell neue Alternative als Antwort auf eine tiefgreifende ökonomische, soziale und politische Krise des einst wegen seines politischen Systems, seiner Sozialpolitik und politischen Kultur als Ausnahme in Lateinamerika angesehenen Landes.

Der Autor zeigt zunächst die ökonomischen, sozio-politischen und institutionellen Entwicklungen und Faktoren auf, die zu der heutigen Situation geführt und Uruguay „lateinamerikanisiert“ haben. Nach einer knappen Skizzierung der traditionellen Parteien wird vor allem Genesis und Programm der Frente Amplio untersucht, die uruguayische Volksfront im lateinamerikanischen Vergleich einzuordnen versucht und speziell als ein seiner Grundstruktur nach demokratisches Bündnis von der chilenischen Unidad Popular abgegrenzt. Es wird nach der Stellung von Militär und Kirche gefragt, die den Wahlprozeß beeinflussen, und eine Analyse der öffentlichen Meinung unternommen, die zu dem Ergebnis führt, daß das allgemeine Krisenbewußtsein der Wählerschaft noch nicht zu einer von der Wählertradition grundlegend abweichenden Stimmabgabe führen wird.

Schließlich werden einige Aspekte des Verhältnisses von Wahlen und politischem Wandel behandelt und die Bedeutung der uruguayischen Wahlen im Kontext der Auseinandersetzung zwischen Wahlen und Gewalt als Methoden der Machterlangung aufgezeigt.

Ernst-J. Kerbusch: Die Bedeutung von Wahlen in Lateinamerika am Beispiel der „demokratischen“ Wiederwahl ehemaliger Diktatoren

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/71, S. 23—36

In den westlichen Demokratien wird nur allzu leicht davon ausgegangen, daß die Durchführung von freien Wahlen — d. h. Wahlen, bei denen prinzipiell alle Wahlberechtigten sowohl wählen als auch gewählt werden können — bereits als Beweis für die Existenz eines demokratischen Regierungssystems angesehen werden kann.

Die Analyse einiger Wahlen in Lateinamerika zeigt demgegenüber, daß diese Annahme für Entwicklungsländer oft falsch ist.

Auch ehemalige Diktatoren, die keinen Hehl daraus machen, daß sie auch in einer neuen Regierungsperiode die demokratischen Spielregeln nicht unter allen Umständen einzuhalten gedenken, haben durchaus eine Chance, aus solchen Wahlen als Sieger hervorzugehen. Das gilt sowohl für Länder mit langer demokratischer Tradition wie Chile als auch für solche, die Jahrzehnte hindurch von Diktaturen regiert worden sind, wie z. B. Venezuela. Dabei spielt der Erfolg oder Mißerfolg während einer früheren Regierung nur eine sehr untergeordnete Rolle. Das gilt besonders dann, wenn es ihnen gelungen ist, durch Programme, die gezielt die Situation benachteiligter Bevölkerungsschichten (insbes. der Industriearbeiterschaft) verbesserten, eine rasch wachsende Gruppe in der Wählerschaft davon zu überzeugen, daß von ihnen mehr zu erwarten ist als von den „unfähigen und untätigen“ demokratischen Regierungen.

Eine Veränderung dieser Situation, in der die Gegner der Demokratie demokratisch an die Macht kommen, ist kaum zu erwarten, solange die Mehrzahl der Bevölkerung in Verhältnissen lebt, die geringfügige materielle Verbesserungen als wichtiger erscheinen lassen als abstrakte „bürgerliche Freiheiten“ (von denen sich mangels Ausbildung auch nur wenige Wähler einen rechten Begriff machen können).

Eine Veränderung könnte nur die totale Erneuerung des sozio-ökonomischen Systems der Länder Lateinamerikas bringen. Die aber ist, da sie auf Kosten der — weitestgehend identischen — politischen und ökonomischen Eliten gehen müßte, kaum zu erwarten. Deswegen besitzen Demagogen wie Vargas, Perón, Rojas Pinilla und Pérez Jiménez weiterhin auch in freien Wahlen gute Chancen, legal an die Macht zu kommen — mit der Gefahr, daß nach ihrem — zu erwartenden — Scheitern nur noch die revolutionäre Umwälzung als Alternative verbleibt.

Boris Goldenberg: Chiles Weg zum Sozialismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/71, S. 37—53

Bei dem Versuch, in Chile einen demokratischen Sozialismus zu verwirklichen, handelt es sich um ein Experiment von welthistorischer Bedeutung. Dieser Anspruch, der dem politisch-sozialreformerischen Unternehmen beizumessen ist, wird einsichtig gemacht, indem auf die Entstehung und Zusammensetzung der Volksfront verwiesen wird, die Salvador Allende an die Regierung brachte, und indem die Volksfront der dreißiger Jahre zum Vergleich herangezogen wird. Die wichtigsten Ereignisse des ersten Regierungsjahres Allendes werden in groben Zügen beschrieben: daraus ergeben sich Perspektiven für die weitere Entwicklung des für Chile angestrebten Sozialismus, damit zugleich aber wird auf die grundlegenden Schwierigkeiten hingewiesen, die sich bei den Reformmaßnahmen abzeichnen und bei dem Versuch eintreten werden, den Sozialismus im Rahmen einer repräsentativen Demokratie aufzubauen.